№ 79
A 34
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag, 16. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Februar 2600 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 4500 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 280 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 80 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3690 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686 — 2695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Le Trocquers Londoner Verhandlungen.

Noch keine Beschlüsse.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

o **London**, 15. Februar.

Der französische Delegierte Le Trocquer und seine Begleitung, die die Absicht gehabt hatten, heute nacht nach Paris zurückzukehren, haben ihre Abreise verschieben müssen. Die Verhandlungen haben sich mehr in die Länge gezogen, als man ursprünglich geglaubt hatte. Donar Law war einen Teil des Tages im Unterhause zurückgehalten. In englischen Kreisen wird versichert, daß die Diskussion mit der französischen Mission in sehr freundschaftlichem Tone gehalten war. Man weigert sich aber, irgendwelche Andeutungen über Beschlüsse zu denen man gekommen ist, zu machen.

In französischen Kreisen gibt man der „lebhaften Genugtuung" über den Verlauf der Verhandlungen Ausdruck, und man erklärt, daß die Franzosen mindestens etwas dabei herausschlagen werden. Als Basis eines den Franzosen genehmen Kompromisses würde man es betrachten, wenn die englische Regierung die in immer weiteren politischen Kreisen verbreitete Forderung, die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, benutzen würde, um einen Druck auf Deutschland auszuüben, die Durchfuhr von Kohlenzügen durch das englische Gebiet nicht durch verkehrstechnische Streiks zu behindern, das sonst der Abzug der Engländer erfolgen müsse. Nach wie vor besteht aber in England eine starke Mißstimmung gegenüber der französischen Transitforderung, und man betont hier, daß es „außerordentlich peinlich" wirke, daß Frankreich derartig unangenehme Anfragen an England stelle.

Man hat hier den Eindruck, daß der französische Minister Le Trocquer mit dem Prinzip nach London gekommen ist, je mehr er verlange, desto mehr werde er erhalten. Die Franzosen ersuchten daher ohne Einschränkungen England um die Durchfahrtserlaubnis in der englischen Zone. Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß diesem Ersuchen stattgegeben werden wird; es ist aber möglich, daß die Franzosen trotzdem eine beschränkte Transitserlaubnis in der Nordwestecke der englischen Zone herausschlagen werden, was ihnen die Möglichkeit geben würde, die Kohlentransporte von Düsseldorf nach Trier zu leiten. Wenn es die Durchlaßerlaubnis auf der Hauptlinie gestatten würde, die deutschen Eisenbahner wahrscheinlich sofort den Streik erklären, und die Engländer hätten in ihrer Zone die ganzen Unannehmlichkeiten, die dadurch entstehen könnten. Alle diese Aussichten haben diejenigen Kreise verstärkt, die die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinlande verlangen. In offiziellen Kreisen behauptet man aber, daß die Engländer das Rheinland nicht verlassen werden, und zwar, weil England das Verhalten der Franzosen im Rheinlande im Auge behalten wolle, für den Fall, daß diese versuchen sollten, das Ruhrgebiet vom Rheinland zu trennen.

Im Unterhaus hat Unterstaatssekretär Mac Neil auf eine Anfrage erklärt, daß die Franzosen bisher an England keineswegs mit einem Ersuchen herangetreten seien, einen Teil des Territoriums der englischen Zone Frankreich zum Transport der Ruhrkohle abzutreten. Er hat aber nicht geleugnet, daß die Franzosen Erleichterungen für den Transport der Ruhrkohle von England verlangt haben. Er hat weiter erklärt, daß die englische Regierung juristische Autoritäten um ihre Meinung gefragt habe, ob das französische Ersuchen zulässig sei oder nicht.

Bonar Law hat einen Antrag im Unterhaus bekämpft, in dem der englische Vertreter beim Völkerbund aufgefordert werden sollte, eine Revision des Friedens von Versailles zu fordern. Im Unterhaus ist infolge des Eingreifens mehrerer Mitglieder der Arbeiterpartei die Besetzung des Ruhrgebiets Gegenstand der Diskussion gewesen. Das Unterhausmitglied Clynes, Mitglied der Arbeiterpartei, erklärte die französische Aktion an der Ruhr für völlig ungerechtfertigt und unentschuldbar. Es sei ausgeschlossen, daß ein Friede in Europa haltbar sei, solange Frankreich und Deutschland unversöhnt seien. Jedenfalls könne die Arbeiterpartei der ungeheuerlichen Doktrin nicht beitreten, die Deutschland verhindern wolle, wieder ein starkes und gesundes Volk zu werden. Zum Schluß verlangte er von der Regierung, daß sie so schnell wie möglich ihre gegenwärtige Politik der Neutralität aufgebe und zwischen Frankreich und Deutschland vermittele.

wf **Paris**, 15. Februar.

Im Ministerium des Äußeren wurde heute abend jede Auskunft über die Londoner Verhandlungen des Ministers Le Trocquer abgelehnt mit dem Bemerken, es sei nicht möglich, Mitteilungen darüber zu machen, ehe der Minister zurückgekehrt sei und der Regierung Bericht erstattet habe. Man gibt am Quai d'Orsay zu, daß es sich um sehr komplizierte Fragen handelt und daß in der Londoner Besprechung das gesamte Problem der Ruhraktion aufgerollt werde. In französischen politischen Kreisen glaubt man, daß England für etwaige Zugeständnisse in der Eisenbahnfrage Gegenzugeständnisse verlangen werde.

Kölner Zwischenfälle.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Köln**, 15. Februar.

Es scheint, daß die Periode der englischen splendid isolation in Köln nunmehr vorbei ist. In den letzten zwei Tagen haben sich so schwere Zwischenfälle zugetragen, daß man an einen Abzug der Franzosen, den Engländern den Aufenthalt in Köln zu verleiden, nicht mehr gut zweifeln kann.

Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr erschien plötzlich ein Polizeidampfer mit französischer Flagge am Oberländer Ufer in Köln und machte neben den dort liegenden Kohlenkähnen Halt, die mit Ladung bergwärts nach Italien bestimmt waren, aber infolge des Schifferstreiks seit etwa vierzehn Tagen festlagen. Die Franzosen verlangten Bunkerkohle für den Dampfer und bemächtigten sich schließlich einer größeren Menge. Die herbeigerufene englische Polizei erschien am Platz, so daß weitere Entnahmen von Kohle eingestellt werden mußten. Heute vormittag fuhren zwei Kanalboote mit französischer Besatzung im Kölner Hafen an, beschlagnahmten das mit Kohle beladene Schleppschiff „Strohmeyer IX (Konstanz) und schleppten es rheinaufwärts davon. Gestern abend gegen 6 Uhr verlangten französische Soldaten in der Kölner Hauptmarkthalle von den Großhändlern Gemüse. Diese weigerten sich und schlossen baldigst ihre Verkaufsstände.

Die französischen Soldaten entfernten sich, erschienen aber bald wieder mit englischen Polizeimannschaften in Uniform und Zivil. Sie forderten einen Großhändler, der mit dem Ausladen eines Waggons Weißkohl beschäftigt war, auf, an die Franzosen zu liefern und, als der Großhändler sich weigerte, erging seitens der Engländer der Befehl, das Gemüse zu verabfolgen, widrigenfalls er sofort verhaftet und das Gemüse beschlagnahmt würde.

Der Inspektor der Markthalle ließ sich die Ausweise der englischen Polizeibeamten vorzeigen und erkundigte sich auch telephonisch nach der Richtigkeit. Unter dem Druck des englischen Befehls verabfolgte der Großhändler das Gemüse, das kurzerhand von den Franzosen in einen eben entleerten, auf einem Nebengleis stehenden Wagen geladen und nach Hattingen an der Ruhr dirigiert wurde.

Poincaré über das Schuldenproblem

Die Antwort für Polen.

Paris, 15. Februar. (W. T. B.)

Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf betr. einen Vorschuß von 400 Millionen für die polnische Regierung mit 515 gegen 68 Stimmen angenommen. Im Laufe der Debatte kam der Abg. Ergerard auf die interalliierte Schuld zu sprechen. Er hoffe, daß niemals eine Regierung in Frankreich die Konsolidierung der während des Krieges den weniger vermögenden Alliierten zugestandenen Vorschüsse verlangen werde.

Ministerpräsident Poincaré wendete ein, daß diese Angelegenheit in keinem Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stehe. Er habe zu wiederholten Malen sowohl auf der Londoner wie auf der Pariser Konferenz erklärt, sobald die Gläubiger Frankreichs ihm seine Schuld erlassen hätten, werde Frankreich seinerseits nicht zu gehen, auf seine Forderungen zu verzichten.

Der Berichterstatter Abg. Raynaldy verlangt, im Namen der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten die einstimmige Annahme des Entwurfs, der eine neue Kundgebung der Jahrhunderte alten französisch-polnischen Freundschaft darstelle. Er beruft sich auf die von den beiden Ländern 1921 abgeschlossene Konvention, die inzwischen veröffentlicht sei, und die zwar keinen Bündnisvertrag darstelle, nichtsdestoweniger aber die beiden Länder für den Fall eines nicht provozierten Angriffs eines gegenüber dem anderen verpflichte.

Für die Sozialisten erklärt der Abg. Moutet, sie könnten angesichts der Außenpolitik der Regierung, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verknüpft sei, diesen nicht annehmen. Poincaré erwiderte, daß hier ein großer Irrtum vorliege, da je die in Rede stehende Konvention schon 1921 von Briand unterzeichnet sei. Moutet verwies jedoch darauf, daß Briand, als er die Konvention mit Polen unterzeichnete, eine Politik im Sinne der Entente cordiale getrieben habe, und daß man damals vor der Konferenz von Genua und in Erwartung eines Garantievertrages mit Unterstützung des Völkerbundes gestanden habe.

Die Ereignisse von Lausanne.

Von

Dr. Edgar Stern-Rubarth.

Bald drei Monate haben die Vertreter der europäischen Großmächte und einiger kleinerer Interessenten mit der Angora-Delegation unter Führung Ismed-Paschas zusammengesessen; sie haben Programme entworfen und Programme abgelehnt, ultimative Forderungen aufgestellt und zurückgenommen — kurz, ein Schauspiel geliefert, das mit den komplizierten orientalischen Bretispielen außerordentliche Aehnlichkeit zeigte. Und nachdem ein halbes dutzendmal der Präliminarfriede angeblich vor der Unterzeichnung stand, oder die Konferenz unmittelbar vor dem Abbruch — nachdem fast alle Punkte, in denen die Parteien in unversöhnlichem Gegensatz zu stehen schienen, glücklich überbrückt waren, ging der Kongreß plötzlich ergebnislos auseinander.

Ergebnislos? Die Türken werden nicht dieser Ansicht sein. Aus der Flut ihrer Denkschriften, mit denen eine geschickte und neueren westlichen Gepflogenheiten ausgezeichnet angepaßte Propaganda die Konferenzteilnehmer und die Presse überschwemmt hat, ist eine bereits im Jahre 1920 verfaßte über den Friedensvertrag von Sèvres beachtenswert. Sie stellt die Punkte zusammen, in denen die Türken sich durch diesen Vertrag in ihrem Selbstbestimmungsrecht, in ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheit, in ihren Existenzmöglichkeiten über das einem Besiegten gegenüber zulässige Maß hinaus vergewaltigt fühlten: die fremde Besatzung in ihrer Hauptstadt Konstantinopel, die Vergebung von Smyrna und Thrazien an Griechenland, die geplante Schaffung eines Phantasiestaates Kurdistan, die Wiederherstellung der Kapitulationen, die Ausbeutung des Minderheitenschutzes zur Vernichtung der türkischen Staatshoheit durch die Verteilständigung ethnischer Einsprengsel, das nahezu völlige Verbot einer eigenen, für den Schutz des Landes ausreichenden Armee und die Verpflichtung zum Ersatz des Volksheeres durch eine unerschwingliche Söldnertruppe, die Errichtung einer Vormundschaft über die ganzen türkischen Finanzen, über die Zahnen und Häfen und über die Konzessionen, über die Zolltarife und über die Staatsschuld.

Was ist von all diesen Forderungen in Lausanne unerfüllt geblieben? Die Griechen verzichten auf Smyrna und Thrazien bis zur Marizagrenze, an der ein neutraler Streifen geschaffen werden soll, die Besatzungen ziehen aus Konstantinopel ab, auf Kapitulationen wird sozusagen verzichtet, und von all den anderen Beschwerdepunkten der Türken gegen den „Vorzellenvertrag" ist gar nicht mehr die Rede.

Ganz andere, erst in jüngster Zeit akut gewordene Probleme sind es, um die sich der Streit dreht, und im Vergleich zu den früheren recht unbedeutende: ob die Türken 5 oder 7 oder 9 Millionen Pfund „Wiedergutmachungen" an die Entente — nicht zahlen, sondern für Verrechnungswege gegen die bei Kriegsausbruch in London beschlagnahmten türkischen Kriegsschiffe oder die durch den Versailler Vertrag Deutschland weggenommenen türkischen Gutbaden in Berlin und Wien austauschen sollen, und das Statut über die Meerengen. Anstatt eines mare clausum für die Entente, oder genauer genommen, für England, wird das Marmara-Meer mit seinen beiden Ausgangspforten wieder türkisch, und man hat sich nur darum gestritten, ob im Kriegsfalle eine fremde Flotte im Ausmaße der größten eines Anliegerstaates am Schwarzen Meer (Sowjetrußland und seine verschiedenen Föderativstaaten, Rumänien, Bulgarien und die Türkei) passieren dürfe. Obendrein hat man den Türken die Inseln Imbros und Tenedos, die den Dardanelleneingang sichern, zurückgegeben.

Als dritter und letzter Punkt war schließlich nicht lange vor der Konferenz die Mossulfrage aufgetaucht, über die aber gleichfalls ein Kompromiß zwischen den beiden Nächstbeteiligten, England und der Türkei, in Form einer Verweisung dieser Frage an den Völkerbund angebahnt schien. Den Engländern kommt es dabei mehr auf die Petroleumquellen an, in bezug auf die sich die Türken mit einer Beteiligung am Ertrag begnügt hätten, den Türken auf die Stadt und einen Teil des Vilajets, weil dieses nach dem Verlust von Bagdad den einzigen und obendrein im Winter fast unpassierbaren Zugang nach Persien (über Senneh) und damit nach den wichtigen Karawanenstraßen Zentralasiens bildet.

Und trotzdem ist dieser scheinbar so günstige Vertrag von den Türken, wenigstens bis auf weiteres, abgelehnt worden, und die Konferenzteilnehmer sind verärgert auseinandergegangen. Die Vermutung drängt sich natürlich auf, daß die Türken dabei der einen oder anderen von den beiden großen Interessengruppen (nachdem die Russen sich mit einer Sonderbantenkontrolle begnügt hatten) — der französischen oder der englischen — als Vorspann gedient haben, um andere politische Belange, also etwa die Frage des Ruhrgebiets, unter dem Druck des Fiaskos von Lausanne nach Wunsch regeln zu können. Aber es ist nicht ganz leicht, festzustellen, welcher von beiden die Triebkraft für die plötzliche türkische Obstinanz gewesen sein könnte.

Zuerst sah es ja so aus, als ob eine französische Intrige die türkische Abordnung veranlaßt habe, die Unterschrift abzulehnen. Denn in dem Augenblick, als sich die Westmächte darüber einig zu sein schienen, daß man den Türken mit einiger Energie den schließlich formulierten Vertrag aufzwingen müsse, hat ein französisches Telegramm in Angora dazu ermutigt, weiter Widerstand zu leisten und den drohenden Abbruch der Konferenz nicht ernst zu nehmen oder wenigstens nicht als einen Abbruch der Verhandlungen überhaupt auszulegen. Die Erklärungen, die Lord Curzon hinterher in London abgegeben hat, dementieren auch einen solchen „Dolchstoß“ nicht gerade, aber er stellt doch recht bewußt die französisch-englische Einheitsfront wenigstens nach außen wieder her und geht über diesen Zwischenfall weg, für den der französische Delegierte Bompard verantwortlich gemacht wird. Auch die Tatsache, daß am letzten Konferenztage nach der Weigerung der Türken, zu unterschreiben, der französische Vertreter noch einen Vermittlungsversuch bei Lord Curzon gemacht hat, unterstreicht diese Wahrscheinlichkeit einer französischen Sonderpolitik im Orient. Und selbst französische Blätter, an der Spitze Tardieu im „Echo National“, bezeichnen Poincaré als den Hauptschuldigen an dem Abbruch.

Die andere Version, die gleichfalls allerhand für sich hat, schließt die Richtigkeit dieser Darstellung über eine französische Intrige keineswegs aus. Sie geht indes dahin, daß die Engländer die Ermutigung Frankreichs zum Widerstand bei den Türken dazu benützt haben, um ihnen ihrerseits ein englisch-türkisches Sonderabkommen in Aussicht zu stellen, wenn die Konferenz auf Grund ihres Widerstandes scheitern sollte. Da die englisch-türkischen Belange für die Türken im Augenblick viel wichtiger sind als ihre Interessen auf der französischen Seite — handelt es sich doch nicht nur um die Regelung der Mossulfrage, sondern um die ganze Finanzierung des neuen Staatswesens nach einem etwaigen Friedensschluß —, so ist diese Umstellung bei den orientalischen Realpolitikern keineswegs unwahrscheinlich. Das Spiel kennzeichnet sich dann einfach als ein Kuhhandel, bei dem der Meistbietende den Zuschlag erhält, und bei dem Nebeninteressen, wie die Ruhrfrage, den Türken, die die Fäden in der Hand zu halten glaubten, unter Umständen alle Trümpfe aus der Hand schlagen könnten.

Kurz zusammengefaßt ist die Lage für die Türken nun so, daß ihnen ein verhältnismäßig überaus günstiger, ihre materiellen Interessen wie ihr Selbstgefühl gleichermaßen berücksichtigender Vertrag von den Westmächten vorgelegt worden war, den sie hätten unterschreiben können und den sie sogar wahrscheinlich unterschrieben hätten — wenn Frankreich und England sich nicht für die Zukunft bei ihnen den Rang hätten ablaufen wollen und sie somit bewußt oder unbewußt zu einer gewissen Halsstarrigkeit ermutigt hätten. Da sich die beiden Hauptvertragsgegner aus Gründen, die auf anderem politischen Gebiet liegen, nicht gegenseitig beschuldigen wollen, sind sie nun offenbar stillschweigend dahin übereingekommen, die Türken für den Abbruch verantwortlich zu machen, deren Haltung der französische Delegierte Bompard in starken Worten als „stupide“ und als „Verbrechen“ bezeichnete, während sich der kühlere Lord Curzon mit dem Vorwurf der „Unehrlichkeit“ begnügte. In beiden Fällen schlug man den Sack und meinte den Esel. Nach welcher Seite die Türken eine künftige Verständigung orientiert sehen möchten, nachdem sie offenbar den Eindruck gewonnen haben, daß sie mit beiden gemeinsam trotz der ostentativ zur Schau getragenen Einigkeit vor den Kulissen nicht zu Rande kommen, deutet vielleicht das Verhalten Ismed-Paschas vor seiner Abreise an, wobei er sich förmlich von Lord Curzon verabschiedet hat, ohne den Franzosen einen entsprechenden Besuch zu machen und ohne einen Vorschlag Poincarés, er möchte noch einmal um die Fortsetzung der Verhandlungen ersuchen, offenbar auch nur zu beantworten.

Es wäre falsch, den Orientkonflikt nunmehr als neu aufgelebt zu behandeln. Er ist vielmehr in einen latenten Zustand getreten, der bis zu einem Wiederzusammentritt der Konferenzteilnehmer durch Fortsetzung des Kuhhandels zwischen Angora und den Westmächten im einzelnen ausgefüllt wird und bei denen vielleicht der dickere Geldbeutel der Engländer und ihre Besorgnis vor der Stabilisierung der französischen Ueberlegenheit auch außerhalb des europäischen Kontinents zu englisch-türkischen Vereinbarungen führt. Aber die Türken dürfen sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß die sehr starke Position der französischen Politik England gegenüber auch zu einer Preisgabe einzelner Orientinteressen Englands führen könnte und daß sie sich dann mit ihrer Weigerung in Lausanne endgültig zwischen zwei Stühle gesetzt hätten.

Sturmszenen im württembergischen Landtag.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

h **Stuttgart**, 15. Februar.

Die heutige Landtagssitzung führte zu einer häßlichen Szene, die der Parteifanatismus der württembergischen Bürgerpartei (Deutschnationale Partei) hervorrief. Bei der Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums hielt Ernährungsminister Keil eine sachliche, aufschlußreiche Rede, von der man den bestimmten Eindruck hatte, daß der Minister der Lage der Landwirtschaft volles Verständnis und praktische Einstellung entgegenbringe. Er hat auch den Kredit für die Landwirtschaft aus eigener Initiative von einer Milliarde auf drei Milliarden erhöht. Während seiner Rede fielen aber von der rechten Seite Ausdrücke, wie „Dolchstoß-Schwindler“, „Etappenfaulenzer“ usw. Der Abgeordnete Körner nahm dann das Wort für den Bauernbund und warf dem Minister Keil vor, durch eine Rede in Marbach den Franzosen in die Hände gearbeitet zu haben. der Industrie in den Rücken gefallen zu sein, die Kämpfer an der Ruhr verraten, das seelische Band um die deutsche Nation zerrissen zu haben, und beantragte deshalb auf Grund des Artikels 28 der württembergischen Verfassung, der Landtag wolle beschließen: „Der Landtag verlangt die sofortige Entlassung des Ministers Keil.“

Das Plenum geriet in ungeheure Erregung. Selbst der deutschvolksparteilige Abgeordnete Egelhaaf sprach von einer verheerenden Kugel, die aus dem Rohre sei. Minister Keil erklärte, auf diese persönliche Herunterreißung nicht antworten zu wollen. Dagegen erklärte Staatspräsident Dr. Hieber, daß die unerhörte Begründung dieses Antrages das, was die Antragsteller angeblich retten wollten, nämlich die innere Einheit, auf das schwerste geschädigt habe. Er behalte sich nach Prüfung der ganzen Angelegenheit eine weitere Stellungnahme vor. Von kommunistischer Seite wurde der Antrag Körner ebenfalls abgelehnt, und zwar, wie der Redner betonte, weil die Gefahr des nationalsozialistischen Fascismus bereits weit gediehen sei.

rh **München**, 15. Februar.

Zu dem Attentatsplan gegen den Abgeordneten Auer wird noch bekannt, daß der verhaftete Realschüler den Mordplan unumwunden eingestand. Er hatte Auer zuerst vergiften wollen, beschloß aber dann, unter einem Vorwand in sein Büro zu dringen und ihn dort zu erschießen. Die Verhaftung erfolgte in Kempten im Allgäu. Der politische Stammtisch, dem er angehörte, nennt sich „Treudeutsch“. Alle Mitglieder, bis auf den Vorstand, sind junge Leute.

Die Februargehälter.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags stimmte dem Nachtragsetat zu. Danach kommen ab 1. Februar zu dem Grundgehalte, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 942 v. H. als Teuerungszuschlag. Der Frauenzuschlag wurde auf monatlich 12 000 M. erhöht.

Der erweiterte Rapallo-Vertrag.

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf angenommen, der den sogenannten Rapallo-Vertrag zwischen Sowjet-Rußland und Deutschland auf die Sowjet-Republiken Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und Republik des Fernen Ostens ausdehnt.

Dänischer Protest gegen die Ruhraktion.

Die Besetzung ein Friedensbruch.

Kopenhagen, 15. Februar. (Ritzau.)

Die dänische Sozialdemokratie hielt gestern eine Versammlung für die Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine ab, die den 2000 Personen fassenden großen Saal des Konzertpalais füllten; der Andrang war so groß, daß viele keinen Platz mehr fanden. Der deutsche sozialdemokratische Führer Otto Wels hielt, von starken Ovationen begrüßt, eine auf Tatsachen und Dokumenten aufgebaute Rede für das deutsche Volk. Er erinnerte daran, daß sowohl das Ministerium Wirth wie das gegenwärtige Ministerium Cuno auf dem Programm der Erfüllungspolitik begründet seien. Wels erklärte: Deutschland ist eine demokratische Republik, die Arbeiterschaft hat sich in Deutschland größere Freiheit und größeren Einfluß als in irgendeinem anderen Lande erworben. Aber die Nationen, die den Krieg führten, um „den deutschen Militarismus und das deutsche Junkertum zu vernichten und den Völkern ihre Freiheit zu sichern,“ bedrohen jetzt Deutschlands Volksherrschaft. Die deutsche nationalistische Presse dankt offen Gott für Poincaré, dessen Politik die Reaktion in Deutschland zum Sieg führen werde. Ich rufe euch zu: Die deutsche demokratische Republik ist nicht verantwortlich für die Ausbrüche des deutschen Militarismus, hat aber gleichwohl die schwere Buße übernommen. Den Kampf, den die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet führen, führen sie nicht für die deutschen Kapitalisten oder für die deutsche Regierung, sondern aus dem innersten Antriebe des eigenen Herzens.

Der Vizepräsident der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Advokat Puntervold, gab der Zustimmung der norwegischen Arbeiter Ausdruck, worauf der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Folkethingsabgeordneter Stauning, sagte: Wir fühlen tiefstes Mitleid mit Deutschlands Arbeiterklasse und wünschen von Herzen, mehr deutschen Arbeiterkindern helfen zu können. Wir wünschen, daß kein Volk, auch nicht das deutsche, vernichtet wird. Wir fühlen, daß auch unsere Existenz auf dem Spiel steht. Es ist die Zukunft ganz Europas, die durch Frankreichs Wiederaufnahme des Krieges gegen den besiegten waffenlosen Feind bedroht wird.

In einer zum Schluß angenommenen Entschließung heißt es: Anschließend an die Proteste, die von den sozialdemokratischen Parteien und einer Anzahl von Arbeiterversammlungen in Frankreich, Belgien und England gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets angenommen wurden, spricht die in Kopenhagen am 14. Februar abgehaltene Versammlung namens der dänischen Sozialdemokratie das tiefste Bedauern über den durch die Besetzung geschehenen Friedensbruch aus. Die mit der Ruhraktion eingeleitete Politik erschwert die europäische Wiederaufbauarbeit und schiebt sie hinaus und bedroht das ökonomische Leben der Länder, auch der neutralen, mit weiterem Verderben, weshalb diese Entwicklung mit der größten Besorgnis zu betrachten ist. Die dänische Sozialdemokratie begrüßt mit Freuden die Sammlung der sozialdemokratischen Parteien, die jetzt im Begriff steht, sich zu vollziehen, und spricht ihre Zustimmung zu der Friedens- und Versöhnungspolitik aus, die jederzeit das Programm der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist. Nur durch Zusammenarbeit an einem positiven Aufbauprogramm kann der Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Länder stattfinden, und nur durch Frieden unter den Völkern kann die Entwicklung von Kultur und Produktion ermöglicht werden, die Lebensbedingung für alle Völker ist. Die dänische Sozialdemokratie und die ganze dänische Arbeiterklasse grüßt die kämpfenden Bruderparteien in Frankreich, Belgien, England und Deutschland und sagt ihnen Solidarität im Kampfe gegen die internationale kapitalistische Reaktion und den Militarismus zu.

Lebensforschung.

Von

Wilhelm Robert Fließ.

„Der Traum der früheren Alchymisten war gewesen, Leben aus Leblosem zu erzeugen, das Problem der modernen Lebensforschung heißt, die Eigenschaften des Lebendigen zu studieren, um sie beherrschen zu lernen.“ So stand kürzlich an dieser Stelle. Dabei gedachte man der modernen Biologie, welche sich experimentell nennt, weil sie nach Art des Experimentes bemüht ist, ihr Objekt, den lebendigen Vorgang, willkürlichen Bedingungen zu unterwerfen. Denn die experimentelle Herstellung des lebendigen Prinzips selber bleibt ihrer Willkür versagt. Sie weiß das und dieses Wissen trennt sie von der Alchymie. Sie bescheidet sich, wie die heutige Astronomie gegenüber der Astrologie früherer Zeiten. Ihr einziges Ziel ist die Erkenntnis. Die künstlichen Drangsalierungen, welchen der lebendige Stoff durch die Experimentalbiologie unterworfen wird, sollen ihn zwingen, über seine Bedingungen Aussagen zu machen. Man will einmal sehen, was er wohl aushält. Deshalb wird sein Gefüge gesprengt, seine Ernährung vereinfacht, seine Fortpflanzung unmöglich gemacht.

Gewiß ist das lehrreich, aber die Hochnotpeinlichkeit dieser Verfahren mahnt daran, nicht zu vergessen, was uns die freie Naturbeobachtung bereits früher gelehrt hat. Dies ist so Grundsätzliches, daß wir glauben möchten, ohne seine Kenntnis könnten die Experimente nicht recht verstanden und die Experimentatoren nicht recht geleitet werden. Wir erlauben uns deshalb, den Referenten und seine Leser auf das hinzuweisen, was Wilhelm Fließ über den Lebensstoff aus Beobachtungen erschlossen hat, mit denen er sich zum Zuschauer bei den alltäglichen Experimenten der Natur machte.

Vor allem die Doppelgeschlechtigkeit der lebendigen Wesen.

Die besondere Zusammenfassung einer Reihe neuer und anscheinend auseinanderliegender Beobachtungen zwang diesen Forscher zu der Behauptung, Mann und Weib seien nicht nur kuriose Formen höherstehender Lebewesen oder zwei verschiedene Entwicklungszustände derselben, sondern die einzigen Arten des lebendigen Stoffes überhaupt. Für den Charakter „männlich“ und „weiblich“ ist keine Entwicklungsstufe, kein Genitale, kein sekundäres Geschlechtsmerkmal die Vorbedingung, sondern jedes wirklich lebende Stück Natur stellt eine Mischung der aus diesen beiden einzigen, grundverschiedenen Sorten lebendigen Stoffes: männlicher und weiblicher Substanz. Sie sind nicht ineinander überzuführen (auch von der Natur nicht!), aber sie wirken aufeinander, entfachen, verbrauchen einander, und in diesem Zeugungsvorgang besteht das Leben. Das Leben jeder einzelnen Zelle, ob sie es allein genießt oder im Zellverband fristet, ob sie entwickelt ist, „ausdifferenziert“, oder „primitiv“, das heißt weniger ergiebig für unsere Mikroskope. Es ist stets an die Zeugung gebunden, die kleinste männliche und kleinste weibliche Stoffeinheiten im Zellinnern betreiben. Durch diesen Vorgang wird das Leben erhalten. Erlischt er, so ist es beendet. Die Leiche ermangelt der „Binnenzeugung“, ihre Veränderungen unterliegen den Gesetzen des Anorganischen. Mit dem Tod hat die Biologie ihre Herrschaft verloren. Der „unsterbliche“ Teil wurde ja vorher abgespalten. Denn das Individuum hat eine Zeit der geschlechtlichen Zeugung. Da wirkt auch männliche Substanz auf weibliche. Aber nicht „binnen“ in einem einzigen, sondern außerhalb zwischen zwei Individuen verschmelzen die Träger des Erbgutes. Diese Keimzellen sind auch doppelgeschlechtig: der Same trägt männliche und weibliche, das Ei weibliche und männliche Substanzeinheiten. Sie müssen es, denn sie leben. Dazu bedürfen sie der dauernden Binnenzeugung, jedes in seinem Innern. Aber sie sollen noch mehr. Die Natur will sie ausschließen vom Tode des Individuums, den alle anderen Körperzellen erleiden. Deswegen werden sie abgespalten und zeugen miteinander. Auch bei dieser besonderen Zeugung entsteht Leben. Aber in einem neuen, abgespaltenen Individuum, im Kinde.

Diese Grundvorstellung hat zu ihrer Entstehung die Experimentalbiologie nicht gebraucht, sie ist vor ihr entstanden. Ist sie nun — fragen wir — durch die Versuchsergebnisse erschüttert worden? Oder wird sie nicht dringend benötigt, um überhaupt unter den Resultaten der Experimente jene Ordnung zu schaffen, die wir Verständnis nennen?

In der „Jungfernzeugung“ erkennen wir eine Naturnotwendigkeit. Wenn bestimmte Ernährungsverhältnisse einem unbefruchteten Seeigelei die Entwicklung bis zur Larve gestatten (— Delage hat inzwischen bereits ein reifes Männchen erzielt! —), nimmt uns das wunder? Uns, die wir wissen, dieses Ei enthält männliche Substanz neben seiner weiblichen? Sehen wir etwas anderes in der künstlichen Parthenogenesis, als ein Weitertreiben der Binnenzeugung, wie es auch die Natur bei den Bienen vornimmt? Freilich ist dieses Verfahren nur in einer Generation wirksam. Zum Zustandekommen der nächsten Generation gehört die geschlechtliche Zeugung. Sie allein vermag, als das unsterbliche Prinzip, lebendigen Stoff dem Tode zu entziehen. Und wenn Einzeller sich lange Zeit hindurch teilen ohne daß eine Konjugation dazwischentritt, so zwingt uns die lebendige Ordnung, sie nicht anders zu werten, als die — räumlich vereinigten — Zellen eines vielzelligen Organismus. Nicht die morphologische Scheidung in Protozoen und Metazoen, sondern die biologische Erkenntnis der verschiedenen Leistungen von Binnenzeugung und Konjugation führt zum Verständnis.

Damit aber verliert ein zweites Wunder seinen Charakter als Kuriosum: das Explantat. Es ist gewiß eine ansehnliche Leistung der Experimentierkunst, wenn ihr gelingt, ausgepflanzte Zellen und Gewebe eines höheren Organismus zum zeitweiligen Fortleben tatsächlich zu veranlassen. Die Möglichkeit aber fällt keineswegs außerhalb unserer beherrschenden Vorstellung vom Lebensprozeß. Bin ich einmal gezwungen, räumlich getrennt lebende Zellen als biologisch zusammengehörig aufzufassen, so erstaunt es mich nicht, in einem anderen Falle biologisch zusammengehörige Zellen räumlich getrennt leben zu sehen.

Hier liegt auch das Rätsel des Stecklings. Alle durch Pfropfung „ungeschlechtlich“ gewonnenen Pflanzen sind als ein einziges Individuum anzusehen. In der Tat sterben sie den Tod eines Individuums. La-France-Rosen und Borsdorfer Aepfel gingen ein, als das Leben ihrer Stammpflanzen seinen Ablauf vollendet hatte.

Die Natur unterhandelt nicht mit dem Experimentator, ihre Konzessionen sind scheinbar. Das zeigt die Parthenogenesis, zeigt die Explantation, und das würden die anderen biologischen Experimente zeigen, wenn uns der Raum gestattete, die allgemeinen Voraussetzungen für ihr besonderes Verständnis hier zu entwickeln. Wichtig ist nur zu wissen, daß auch die menschliche Willkür des modernen Experiments niemals die „göttliche Ordnung“ eines einzigen biologischen Gesetzes zu durchbrechen vermag.

Eritus sicut deus. Nimmermehr!

Ein Geistliches Spiel im Deutschen Dom. Das Spiel vom Großen Abendmahl (von den klugen und törichten Jungfrauen), das schon im 13. Jahrhundert in Thüringen aufgeführt wurde, erfährt gegenwärtig in Berlin seine Wiederbelebung. Auch in seiner neuen Gestalt will das Spiel nicht Schauspiel sein. Die Aufführung findet in der Neuen Kirche (Deutscher Dom, am Gendarmenmarkt) statt. Die Darsteller sind Laien. Der alte Text wurde beibehalten. Die Musik wurde eigens für diese Aufführung von Spes Stahlberg geschrieben. Es finden drei Aufführungen statt, am 25. Februar, 4. und 11. März, abends 6 Uhr.

Hasenclever übersetzt Swedenborg. Die in Walter Hasenclevers letzten Dramen deutlich gewordene okkulte Strömung hat ihn zum tieferen Studium Swedenborgs geführt, den er jetzt, für den Verlag Paul Steegemann in Hannover, übersetzt. Von der Ausgabe wird der erste Band „Himmel und Hölle“ mit Zeichnungen von Kokoschka in Kürze erscheinen.

Aus den Theatern. Als nächste Neueinstudierung der Staatsoper werden in den ersten Tagen des März Nicolais „Lustige Weiber“ erscheinen. In der kommenden Woche wird Franz Schrekers „Schatzgräber“ wiederholt, mit dem Komponisten am Pult und seiner Gattin als Els. Sonntag, 25. d. M., beginnt Hermann Jadlowker ein auf vier Abende berechnetes Gastspiel als Radames in „Aida“.

Kunstnachrichten. Professor Frankl-Halle hält heute abend einen Lichtbildervortrag über „Stile des Städtebaus“ für den Stipendienfonds des Verbandes der Studierenden der Kunstgeschichte im Kunstgewerbemuseum.

Der Stickstoff-Vertrag der Anilinfabrik.

Die kürzlichen Verhandlungen in der französischen Kammer über das im Jahre 1919 getroffene Stickstoff-Abkommen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung haben zu einer Reihe von Erörterungen in der Presse geführt. Dazu erklärt die Badische Anilin- und Sodafabrik:

„Durch die im Versailler Friedensvertrag erfolgte Wegnahme ihrer Patente wurde die neue deutsche synthetische Stickstoffindustrie schutzlos. In Amerika und England sind infolgedessen auch Konkurrenzfabriken entstanden. Frankreich, welches die Stickstoffabrik in Oppau während der langen Monate des Waffenstillstandes durch einen Stab von Kontrolloffizieren (Ingenieuren und Chemikern) besetzt hielt und alle Einzelheiten des Verfahrens durch zahlreiche Kommissionen studieren ließ, verschaffte sich hierdurch neben den Patenten Kenntnis des gesamten Fabrikationsganges.

„Unter dem Zwang dieser Verhältnisse mußte es als ein Erfolg bezeichnet werden, daß es im Einverständnis mit der deutschen Reichsregierung gelang, mit den Franzosen im November 1919 ein Abkommen zu treffen, demzufolge eine französische Fabrik nach dem Haber—Bosch-Verfahren zur Deckung des französischen Bedarfs errichtet werden sollte. Für den deutschen Inlandsmarkt bedeutete das Abkommen mit den Franzosen die ungestörte Weiterentwicklung des Betriebes in Oppau und damit die Sicherstellung des Stickstoffbedarfs der deutschen Landwirtschaft in den letzten drei Jahren.

„Wenn die Franzosen heute von Deutschland über die Mengen aus dem Versailler Friedensvertrag hinaus die zehnfachen Mengen an Stickstoff verlangen, so ist diese Forderung von Deutschland zurückgewiesen worden, weil die Franzosen auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die Möglichkeit hatten, schon vor drei Jahren eine Stickstoffabrik zu bauen. Hätten die Franzosen den Vertrag sofort ratifiziert und eine Stickstoffabrik errichtet, so würden sie schon seit Jahr und Tag ihren Bedarf aus eigener Produktion haben decken können. Es ist deshalb für jeden rechtlich denkenden Menschen unverständlich, daß heute Frankreich trotz des Vertrages mit der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik aus dieser eigenen Versäumnis eine Verfehlung Deutschlands konstruieren will.

„„Der Vertrag mit Frankreich vom November 1919 ist seitens der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik abgeschlossen worden nicht in der Absicht, irgendwie Geldgewinn zu machen, sondern einzig und allein, um die fabrikationshindernde Fessel der feindlichen Besetzung der Fabrik zu sprengen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, hat die Fabrik nichts getan, um auf eine praktische Ausführung des Vertrages hinzuwirken mit dem Ergebnis, daß bis heute — über drei Jahre nach Vertragsabschluß — noch nicht mit dem Bau der französischen Fabrik begonnen ist.

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß das Abkommen bereits im Jahre 1920 in der Tages- und Fachpresse besprochen worden ist (vgl. z. B. die Notizen in der „Frankfurter Zeitung" vom 25. 7. 1920, im „Berliner Börsen-Courier" Nr. 326 vom 15. 7. 1920 und in der „Chemiker-Zeitung" vom 29. 7. 1920) ohne daß daran Erörterungen und Angriffe irgendwelcher Art geknüpft wurden."

Rücktritt der Regierung Simonaitis.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung."

l **Memel**, 15. Februar.

Heute mittag gab die aus dem Litauer Einfall hervorgegangene Regierung Simonaitis die Geschäfte an die von der Sonderkommission eingesetzte Regierung Gailius ab. Dem Akt wohnte auch der französische Oberkommissar bei. Das bedeutet der Form nach einen Erfolg der Sonderkommission der Botschafterkonferenz, während in der Tat das fait accompli der Litauer auf diese Weise anerkannt wird. Die neue Regierung setzt sich nunmehr zusammen aus dem früheren litauischen Gesandten in Berlin Gailius als Landespräsident, den Litauern Birschkut und Borchert und den beiden Deutschen Falk und Pannars.

Die Besetzung bis zur endgültigen Entscheidung ist so geregelt, daß die Litauer den südlichen Teil der Stadt besetzen, während der nördliche den Franzosen zufällt, denen so ein „ehrenvoller Abzug ermöglicht werden soll, da sie sich einschiffen werden, sobald die endgültige Entscheidung vorliegt. Der morgige Tag der Unabhängigkeitserklärung Litauens wird durch eine Parade der litauischen Truppen gefeiert.

Im übrigen hat die Interimsherrschaft den „Erfolg" gehabt, daß sowohl die Kasse der Stadt wie auch die des Landesdirektoriums leer ist, so daß die Stadt nicht in der Lage ist, die morgen fälligen Unterstützungen für die Arbeitslosen zu zahlen, die daher mit Demonstrationen drohen.

Die Außenseiter im Auswärtigen Amt

Im Haushaltungsausschusse wurde gestern die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Abg. Müller-Franken (Soz.) vertrat die Auffassung, daß die Auslandsmissionen in erster Linie politische Behörden sein sollen, die nicht das Interesse einzelner Wirtschaftsgruppen, sondern des gesamten deutschen Volkes vertreten sollen. Die Außenseiter hätten sich im Auswärtigen Amt gut bewährt, und es läge kein Grund vor, sich diesen Erfahrungen zu verschließen, da auch andere Länder zu ihrem Vorteil so verfahren. Uebrigens sei es noch eine Frage, ob man nicht auch Bismarck im Sinne des landläufigen diplomatischen Werdeganges als Outsider bezeichnen könne.

Abg. Stücklen (Soz.) kritisierte die seiner Meinung nach zu zahlreich erfolgenden Versetzungen der Diplomaten, die nur mit großen Unkosten verknüpft seien und auch die Stetigkeit der Arbeit behinderten. Alsdann setzte sich Redner für eine Unterstützung des Auslandsinstituts in Stuttgart ein.

Abg. v. Kemnitz (D. Vp.) war der Meinung, daß die Aufnahme von Außenseitern in höheren Stellen des Auswärtigen Amts nur ausnahmsweise vorgenommen werden sollte. Um die Intelligenzen herauszuholen, wo sie nur immer zu finden seien, genüge es, bei der Einstellung der Attachés die breiteste Basis zu wählen, dann habe man später völlig durchgebildetes Personal zur Genüge.

Staatssekretär v. Maltzan begrüßte die Anregung des Abg. Schücking, **ein besonderes Referat für die Behandlung der Frage des Völkerbundes zu schaffen.** Zu den übrigen Anregungen aus der Mitte des Ausschusses bemerkte der Staatssekretär u. a., daß bei der Auswahl der Attachés Rücksicht auf die paritätische Beteiligung der Anwärter katholischen Glaubens genommen werde. Einschübe von Außenseitern in mittlere Posten machten natürlicherweise bei denjenigen, die von der Pike auf gearbeitet hätten, böses Blut und dürften im Interesse einer gedeihlichen amtlichen Arbeit nur ausnahmsweise vorgenommen werden. Mit Dank erwähnte im weiteren Verlauf seiner Rede der Staatssekretär die großherzige Hilfe der Schweiz, die jetzt in einer Expedition nach Deutschland die Mittel und Wege ausfindig zu machen suche, die das furchtbare Elend in ganz Deutschland mildern könnten.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf morgen.

Der vierfache Steuerabzug.

Der Reichsrat hat dem Beschluß des Steuerausschusses des Reichstages zugestimmt, wonach vom 1. März an die steuerfreien Abzüge bei der Lohnsteuer vervierfacht werden.

Sechs vom Hundert Zinsen.

Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die Vorschrift des § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches einstweilen außer Kraft gesetzt wird. Der Paragraph bestimmte, daß der Schuldner, wenn ein höherer Zinssatz als 6 v. H. vereinbart war, nach Ablauf von sechs Monaten das Kapital unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten kündigen kann. Infolge der Geldentwertung ist eine zeitweilige Außerkraftsetzung der Vorschrift nötig geworden.

Republik, Monarchismus, Föderalismus.

Etatsberatung im Reichstage.

Die fortgesetzte zweite Lesung des Haushalts für das Reichsministerium des Innern begann am Donnerstag mit einer Rede des Abg. Dr. **Barth** (Dnat.), der sich vornehmlich mit den Verhältnissen in Sachsen beschäftigte. Namentlich übte er Kritik an der Personalpolitik des Ministers Dr. Zeidler, der seine Beamten durch „Druck auf den Magen" zu Republikanern machen wolle. Gesinnungsschnüffelei sei an der Tagesordnung, aber nicht nur in Sachsen, sondern überall in Deutschland. Die sächsischen Industriellen würden aufs schlimmste terrorisiert, aber keiner der daran schuldigen Gewerkschaftssekretäre sei bisher zur Rechenschaft gezogen worden. Der Reichsminister des Innern sollte einmal die Akten der sächsischen Regierung einfordern.

Die Rede des Deutschnationalen hatte bei den Sozialdemokraten lebhafte Unruhe ausgelöst, und der sächsische Minister **Lipinski** beeilte sich, die Angriffe abzuwehren. **Er wies sie als unbegründet zurück, namentlich den Vorwurf der religiösen Unduldsamkeit.** Die Regierung müsse gegen diejenigen Beamten einschreiten, die zur Mißachtung der Vorschriften aufforderten, aber er könne feststellen, daß die Mehrzahl der sächsischen Beamten sich auf den Boden der Republik gestellt hätten. Die Behauptungen des Vorredners über politische Maßregelungen seien ungeheuer übertrieben. Auch die am Vortage von dem Abg. Schreiber angegriffene sächsische Polizei nahm Lipinski in Schutz. Die sächsische Polizeischule sei so vorzüglich, daß sie in kurzer Zeit ihre Schüler zur Referendarprüfung befähige! Die angefeindeten sächsischen Staatskommissare hätten in vielen Fällen durch ihre vermittelnde Tätigkeit die Gefahr ernstester innerer Unruhen ausgeschaltet. Die sächsische Regierung bürge für Ruhe und Ordnung in ihrem Lande auch ohne die von dem Vorredner verlangte Einmischung der Reichsregierung.

Abg. **Maretzky** (D. Vp.): Wenn wir zu gelegener Zeit auf verfassungsmäßigem Wege eine Aenderung der Staatsverfassung erstreben, so ist das kein Unrecht. Halten doch auch die Sozialdemokraten die jetzige Staatsform nur für ein Uebergangsstadium. Die Republikaner glauben, die Republik durch ein besonders schroffes Vorgehen gegen Monarchisten schützen zu wollen. Wir müssen aber jetzt vor allem den Staat aufrecht erhalten, wir **mißbilligen es auch, wenn Beamte gegen die republikanische Staatsform verstoßen.**

Abg. **Delius** (Dem.): In der inneren Verwaltung muß in Reich, Ländern und Gemeinden mit der äußersten Sparsamkeit gewirtschaftet werden. Der Streit, ob Unitarismus oder Föderalismus, ist müßig, zumal in der heutigen Zeit, wo der Einbruch der Gegner in das Ruhrgebiet jeden Gegensatz zwischen Nord und Süd im Deutschen Reich ausgelöscht hat. Die Frage Groß-Hamburg muß endlich gelöst werden; Preußen muß hier Entgegenkommen beweisen. Beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes muß die deutsche Wissenschaft in vorderster Reihe mitwirken; jede mögliche Förderung, auch vom Reich, muß ihr deshalb zuteil werden. Wir bedauern tief, daß sie im Ausland betteln gehen muß, und wir appellieren an die deutsche Privatwohltätigkeit, die uns dieses klägliche Schauspiel ersparen sollte. Die Schutzgesetze für die Republik haben sich als eine Notwendigkeit herausgestellt und sind es noch. Wir haben von höheren Beamten arge Anpöbelungen der deutschen Republik und ihrer Hoheitszeichen erleben müssen. Dankbar begrüßen wir, daß energisch gegen die offenen und versteckten Feinde der Republik eingeschritten wird.

Abg. **Leicht** (B. Vp.): Der föderative Charakter des Reiches muß aufrechterhalten werden. Unsere Feinde möchten den Föderalismus zu einer Zerreißung Deutschlands benützen, aber es wird ihnen nicht gelingen, eine Main-Linie zu errichten.

Abg. **Eichhorn** (Komm.): Unsere Arbeiter werden ein wachsames Auge darauf haben, daß die Ruhraktion nicht zu nationalistischen Zwecken mißbraucht wird. In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen einer nationalistischen Propaganda an der Ruhr.

Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf heute, Freitag, 2 Uhr nachmittags, vertagt.

Nachspiel.

Roman
von
Werner Schendell.

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie fehlten in meinem Kreise, sagte Linda, als Ludwig ihre Hand küßte. „Meine Freunde sind langweilig geworden. Die Zeit schreibt ihre eigene Parodie, es gibt nichts Bedeutendes, dem wir noch eine Schelle anhängen könnten. Nicht einmal Kaltegg" — sie reichte ihm nachlässig die Hand — „will mehr Kasperle spielen. Es ist sehr langweilig. Auch eine Jungfrau von Orleans kann unser Volk nicht gebrauchen! Neulich habe ich verkleidet in einer Versammlung eine kleine Emeute anzetteln wollen, da hat man mich für eine Entente-Agentin gehalten." Sie gähnte leicht. Ihre erwartungsvolle Langeweile lag wie eine Hülle über sprungbereiten Muskeln.

„Sie haben recht," sagte Ludwig, „man findet keine Gegenspieler. Nur die Feigen sind leben geblieben."

Der warme Duft durchdrang ihn. Lebenskraft, ungebrochene Gewalt stand um sie wie ein glänzendes Ornat. Es gleißte und knisterte in ihrer Nähe.

Linda spürte etwas von der Sicherheit Ludwigs. Dieser Mann konnte wie ein Mondsüchtiger auf Dächern und Fenstersimsen schreiten, ohne zu fallen. Sie ahnte auch das Manische, das Krampfhafte, Aufgereckte, hineingepreßt in eine mächtige Rüstung, die seinem Wuchse zu groß war. Und es lockte sie, das geheime Wort zu finden, mit dem man ihn anrufen mußte, mit dem man ihn erwecken oder töten konnte.

Sie öffnete die Augen; ein rieselnder Strom spiegelte sich in sich selbst.

Was tat es, wenn er fiel und zerbrach, wie die Mondsüchtigen, deren Namen man ruft? Ein Geheimnis lockte wieder, eine Wand zwischen ihr und der Langenweile baute sich auf.

Ludwig bewunderte sie mit offenen Blicken. Einen Brokken von Vitalität nannte er sie bei sich selber. Ihn reizte das Abenteuer. Diese souveräne Frau mit dem bösen Verstande unter herrlichem langem Haar versprach ungeahnte Gefahren.

Er sah dann Johanna vor sich, und Linda erlosch wieder. Es bildete sich aus den beiden Frauen ein Körper, der sich sogleich in die bronzene Römerin verwandelte und königlich vor ihm stand. In der Tat war Linda von ähnlichem Wuchs wie Johanna. Hatte Jacques von Cuip diesen selben Typus empfunden, wenn er, betäubt von dem Arom seiner Frau, auf Raub ausging nach Verwandtem?

Linda fragte ihn unvermittelt: „Was wollten Sie kürzlich bei mir?"

„Ich suchte damals eine Frau für einen andern."

„Für einen Rivalen?" fragte sie geschmeidig, immer mehr auflebend. Fast ungläubig und überrascht, daß ihr eine Sensation vorbehalten war. „Erzählen Sie. Sie wollten also —"

„Es war nicht nötig," lächelte Ludwig. „Ich bin Sieger."

Sie zuckte die Schultern und lachte schonungslos.

„Sieger? Irgendeine kleine Ehefrau, ein braves Haustier, an Hürde und Herd gewöhnt? Ist das ein Sieg? Man bindet ihre Kette von der Krippe los und führt sie an eine andere, wo sie zu knabbern findet. Voilà tout."

„Vielleicht," sagte Ludwig mit leichter Verbeugung, „die andern, verehrte Frau, die nichts zu knabbern haben, verlernten auch dies Verlangen."

„Sieh an," sagte sie und betrachtete ihn neugierig, als sähe sie ihn eben erst erscheinen.

Es klingelte, es kamen einige Herren, die sofort ein politisches Thema anschlugen. Ludwig verabschiedete sich.

„Sie kommen wieder, ich weiß es," sagte Linda, als er ihr die Hand küßte. Ludwig sah, wenn man sie genau betrachtete, war ihre Nase ein wenig schief und spitz.

„Gewiß, ich werde kommen, wenn ich Zeit habe." Kaltegg ging mit ihm.

Die Herren, die bis dahin unter Lindas Mitwirkung über den Sturz eines vergreisten Parteibonzen beraten hatten, nahmen jetzt Kaltegg aufs Korn. „Er ist Aufsichtsratsvorsitzender geworden bei einer Firma, vor der er die Regierung vorher gewarnt hatte," so sagte man. Dem Konsortium blieb nichts übrig, es mußte ihn an die Spitze stellen. Er bekam die Konzessionen, die nötig waren, im Handumdrehen. Die Gesellschaft hatte nichts zu bereuen, er machte sich bezahlt.

Linda lachte auf.

Man begann von Geldgeschäften. Sie erwartete zu Tisch einen Amerikaner. Man mußte Verbindungen aufnehmen, vielleicht konnte man nicht mehr lange in diesem armen Lande bleiben, wo Eleganz geschmacklos wurde und die Helotenbevölkerung mit bissigem Knurren die Sorglosigkeit anblickte.

Wahrscheinlich mußte man das Land bald verlassen, das seinen Gläubigern hörig wurde.

Abreisen. Anderswohin. Es gab noch leuchtende Städte. Und auch Europa war noch nicht ganz zerfallen. Unbeteiligt, gänzlich souverän plauderte Linda mit den Männern, die den verhängt trüben Metallglanz ihres Auges nie zum Strahlen brachten. Und wie sie diese Welt durchschaute und nichts darüber aus eigenem Herzen dazutun wollte und konnte, wußte sie, daß ihre Kälte ihr immer aufs neue Diener brachte.

XVII.

Ludwig war eben bei Johanna eingetreten, als Herr Zadke gemeldet wurde. Johanna bemerkte seine Ungeduld. Es schien, sie richtete es ein, daß stets eine fremde Gestalt, eine Nachricht oder ein Auftrag in ihre Nachmittage und Abende trat. Er war ungeduldig. Er hatte die Geschichte eines Hundes bedacht, der auf dem Grabe seines Herrn verhungert war. Er fand eine einleuchtende Erklärung dafür. Der Hund, zu schwach, dem Herrn gegenüber sein Selbst zu behaupten, hatte sein Wesen und sein Herz in die Wesenheit des Menschen gegeben. Er verlor sich, er gab sich auf. So litt er natürlicherweise unter den Schmerzen seines Herrn wie unter seinen eigenen und mußte sterben, weil der Herr den besseren Teil seiner Existenz mit in die Erde genommen hatte. Was also Wunder und Gerede von der großen Treue dieses Tieres — dieser Hund starb naturgesetzlich.

Ludwig litt ebenso natürlich an dem Schwanken Johannas, die sich von Jacques zurückgezogen hatte, die sich oft dicht zu ihm neigte, sich dann immer wieder voll Scheu zurückzog und in eine unstete, leidenschaftliche Koketterie verfiel, als sei sie ein Mädchen, das sich zum ungeheuren Opfer entschlösse.

Er hatte sich aufgebäumt, war tagelang fortgeblieben. Sein Gefühl brach oftmals auf in schlaflosen Morgenzeiten, die ihn zermürbten.

Er quälte sich von drei Uhr früh bis sieben oder acht Uhr mit dem Haß, der Liebe und spöttischer Verächtlichmachung, dann schlief er verzweifelt ein und wachte spät auf, zerschlagen, totmüde und hoffnungslos.

Wenn er dann in den Nachmittagsstunden zu ihr fuhr, war alles vergessen. Lange konnte sie sich nicht mehr versagen. Immer noch mußte er warten und hoffen, daß seines Wesens Wesentliches einmal wiederkehre in seine matte, durstige Seele.

Was wollte Zadeck? Johanna hatte ihm mitgeteilt, wann Ludwig käme.

Der blonde Phantast war mager geworden. Vertrockneter Glanz lag noch auf seinem Gesicht, an den Augenringen schimmerte brüchige Haut, und Falten zeigten sich, die nicht mehr verschwanden. Er brauchte Ludwigs Hilfe.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kanzler über das Volksopfer.

Bisher drei Milliarden Ertrag.

In der Reichskanzlei fand gestern die erste Sitzung des Vertrauensausschusses des Deutschen Volksopfers statt. Außer Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden waren zahlreiche Vertreter aus den alt- und neubesetzten Gebieten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Wirtschaftsverbände, der Landwirtschaft, des Handwerks, der Presse, der Kirche, der Wohlfahrtspflege usw. anwesend.

Der Reichskanzler schilderte in großen Zügen die Entstehung des deutschen Volksopfers und teilte dabei mit, daß der Geschäftsstelle bisher rund **3 Milliarden Mark, außerdem mehrere hundert Millionen Mark in Devisen zugegangen seien.** Nicht berücksichtigt sind in diesen Zahlen die bei den Sammelausschüssen usw. im Lande noch liegenden zweifellos sehr erheblichen Beträge. Das Hilfswerk der Landwirtschaft hat dem Ruhrgebiet bis zum 6. Februar rund **400 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln zugeführt.** Da dieses Hilfswerk noch in den Anfängen steckt, ist gerade von ihm noch viel zur Entlastung der Bevölkerung zu erhoffen. Er streifte ferner gewisse Verdächtigungen gegen das deutsche Volksopfer, wozu keinerlei Anlaß vorliege. Ausdrücklich betonte er, daß die im Rahmen des Deutschen Volksopfers aufkommenden Beträge unter keinen Umständen und in welcher Form es sei, zur politischen Werbearbeit oder zur Entlastung der Verpflichtungen der öffentlichen Fürsorge dienen sollten. Der Einigkeit in dem Abwehrwillen müsse auch die Einigkeit der Hilfsbereitschaft zur Seite treten.

Die dem Ausschuß vorgelegten Richtlinien für die Sammlung und die Verwaltung des Deutschen Volksopfers fanden grundsätzliche Billigung. Zur weiteren Durchführung des Hilfswerks wird ein Arbeitsausschuß gebildet, dem Vertreter des Reichsrats, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Beamtenschaft, der Presse, der kommunalen und karitativen Verbände, der „Ruhrhilfe der Wirtschaftsorganisationen" und der Landwirtschaft angehören. Dieser Ausschuß wird in den nächsten Tagen zusammentreten. Ein Finanzausschuß, dem führende Vertreter der Bankwelt angehören, ist bereits bei der Geschäftsstelle des Deutschen Volksopfers gebildet worden.

Beschlossen wurde ferner, sofort für das rheinisch-westfälische Gebiet rechts des Rheines 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und entsprechende Summen für die übrigen besetzten Gebiete zur Ausschüttung zu bringen, sobald dort die erforderlichen Unterausschüsse gebildet sind. Auch diese Unterausschüsse sollen in engster Fühlung mit allen Bevölkerungsschichten arbeiten, um von vornherein eine zweckmäßige und gerechte Verwendung der Mittel zu gewährleisten.

Rathaus und Theater in Essen besetzt

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

ems **Essen,** 15. Februar.

Die Nervosität der französischen Besatzungsbehörden und -truppen äußert sich in immer grotesker werdenden Formen. Heute nachmittag ist unter einem Aufgebot von etwa einem Dutzend Panzerautos und mehreren hundert Infanteristen das Rathaus in Essen besetzt worden. Im Rathaus befand sich zu dieser Zeit kein einziger Beamter, da alle Büros wegen Proteststreiks (gegen die Verhaftung des Bürgermeisters Dr. Schäfer) geschlossen waren. Die Soldaten drangen in das Haus ein, stießen den Pförtner beiseite, und die **Offiziere durchsuchten die Zimmer des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie der Beigeordneten.**

In Essen war nämlich das Gerücht verbreitet, daß Oberbürgermeister Dr. Luther, der Ernährungsminister, sich in Essen aufhalte. Wahrscheinlich hat dieses Gerücht zu der Durchsuchung des Rathauses geführt. Außerdem aber ist anzunehmen, daß die Durchsuchung des Rathauses Material schaffen sollte für den morgigen Prozeß gegen Bürgermeister Dr. Schäfer, der, wie man jetzt erfährt, angeklagt ist wegen Nichterfüllung der Requisitionen der französischen Befehlshaber. Insbesondere wird ihm zur Last gelegt, daß er nicht die verlangten 200 Betten im Krankenhause zur Verfügung gestellt hat und daß er außerdem die geforderten 72 Automobile nicht geliefert hat.

Außer dem Rathaus ist **auch das Stadttheater besetzt worden.** Die Besetzung des Stadttheaters ist eine „Sanktion" wegen Nichtbelieferung des Hotels Kaiserhof mit elektrischem Licht. Man hat im Stadttheater das Hauptkabel durchschnitten, so daß keine Vorstellungen mehr stattfinden konnten. (Wegen des Proteststreiks wäre heute die Vorstellung sowieso ausgefallen.) Auch hier hat ein Gerücht für die Besetzung des Theaters andere Gründe angeben wollen.

Man gab gestern abend im Stadttheater „Wilhelm Tell" vor ausverkauftem Hause. Die Rütli-Szene war die Gelegenheit zu einer großen patriotischen Kundgebung. Als die Schauspieler den Schwur zu sprechen anfingen, konnten sie vor Bewegung kaum die Worte herausbringen. Der Schauspieler sagte: „Wir wollen sein . . ." Das ganze Publikum erhob sich im selben Moment und sprach die Worte des Schwurs in tiefer Bewegung mit.

Mittags wurde die **Reichsbankstelle Essen** von einer Abteilung Soldaten besetzt. Eine kleine Menschenmenge sammelte sich auf dem Platz vor dem Kaiserhof an. Durch eine in den Nebenhäusern bereitgehaltene weitere Abteilung wurde daraufhin der Platz sofort geräumt. Obgleich die wenigen Passanten der Aufforderung zur Räumung sofort und ohne Widerstand nachkamen, wurden sie von den französischen Soldaten mit Bajonetten und Fußtritten mißhandelt. In Bottrop wurden marodierende belgische Soldaten durch eine belgische Offizierspatrouille festgenommen.

*

Heute mittag wurde der Kaufmann Otto Steinbach von einem belgischen Offizier auf der Straße verhaftet, weil er ihm kein Feuer für seine Zigarette geben wollte. Er sollte gegen eine Kaution von 300 000 M. wieder freigelassen werden. Man hat sich aber schließlich mit einer Kaution von 100 000 M. begnügt und Steinbach entlassen, mit der Bemerkung, daß er wegen „unfreundlichen Benehmens" gegen die Besatzungstruppen vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde. . .

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat zur Hebung der im widerrechtlich besetzten Gebiet durch den Einfall entstandenen Milchnot die Einfuhr von täglich 50 000 Litern Milch aus Holland in die Wege geleitet. Da infolge des schlechten deutschen Wechselkurses die Milch an die Bevölkerung zum Gestehungspreis nicht abgesetzt werden kann, hat der Reichsminister für Ernährung im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen aus den von den gesetzgebenden Körperschaften bewilligten allgemeinen Mitteln die Beträge zur Verfügung gestellt, die zur Verbilligung der Milch auf den Inlandspreis erforderlich sind. Neben der Einfuhr von holländischer Frischmilch ist auch durch Zuweisung von Kondensmilch und Milchpulver versucht worden, der dringendsten Milchnot abzuhelfen. Die Milchzuweisung beschränkt sich nicht auf das Ruhrgebiet, sondern umfaßt auch Städte des altbesetzten Gebiets, soweit ihre Milchversorgungslage ein Eingreifen des Reiches notwendig macht.

Die Suche nach einem „Zwischenfall"

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

o **Bochum,** 15. Februar.

Der Alte Bergarbeiterverband, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein erlassen folgenden Aufruf an die Bergarbeiterschaft:

„Die Ereignisse der letzten Tage, vor allem die Mißhandlung und Verhaftung von Funktionären der Arbeitnehmerorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, **zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besatzung versucht, die Arbeiterschaft zu provozieren.** Ihre bisherige ruhige, aber entschlossene Abwehrtaktik wird den Eindringlingen unbequem, und sie **versuchen, durch einen allgemeinen Aufstand der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen,** was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiterschaft richten wir deshalb **die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.** Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft siegreich zu beenden. Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand der Bevölkerung. Die Kommunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach dem Generalstreik rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés. Kameraden! Tretet jenen Generalstreik-Propagandisten entgegen, wahrt Ruhe und Besonnenheit, folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen."

Terrorakte.

Der Kaufmann Rehsen in Bochum ist, weil er sich weigerte, Waren an Mitglieder der Besatzung abzugeben, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Auf der Zeche Trappe in Silschede haben französische Truppen acht Fässer mit Oel beschlagnahmt.

Im Landkreis Hagen haben die Franzosen die laufende Einreichung statistischen Materials über die Lebensmittellage eingefordert und die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung angeboten. Beides wurde abgelehnt.

In Bochum wurde der Klempner Wilhelm Thon ohne Grund von einem französischen Militärposten überfallen und durch Kolbenschläge und durch einen Bajonettstich unterhalb des linken Auges schwer verletzt. Thon, dem bei dem Ueberfall 27 000 Mark abhanden gekommen sind, liegt im Krankenhause.

Dem Bürgermeister Dr. Eckert in Mörs ging ein Ausweisungsbefehl zu. Er teilte durch ein Schreiben der Besatzungsbehörde mit, daß er der Ausweisung keine Folge geben werde und seine Geschäfte wieder aufgenommen habe. Darauf wurde er verhaftet und im Auto fortgeschafft. Im folgte bald der Erste Beigeordnete Dr. Raschade, der sich ebenfalls geweigert hatte, den Befehlen der Besatzungsbehörde nachzukommen.

Die Besatzung in Duisburg versucht jetzt, durch Abschneiden der Kalkzufuhr die Hochöfen des niederrheinischen Gebiets zur Stilllegung zu bringen. Es werden weder Züge noch Schiffe mit Kalk oder Kalksteinen durchgelassen. Die Werke, die noch für einige Zeit versehen waren, haben jedoch bereits Mittel und Wege gefunden, um einen, wenn auch notdürftigen, Bezug sicherzustellen.

Im Duisburger Hauptpostamt richten sich die Franzosen häuslich ein. Vor dem Maschinenhaus stehen Tag und Nacht Posten, da man Sabotage befürchtet. Trotz angestrengtester Bemühungen ist es ihnen nicht gelungen, den Betrieb ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Zum ersten Male standen gestern vor dem belgischen Militärgericht in Duisburg preußische Gerichtsbeamte, die von den Belgiern verhaftet worden waren, weil sie sich auf Anordnung des Justizministers geweigert hatten, Gefangene, die die Besatzungsbehörde eingeliefert hatte, anzunehmen. Der Strafanstaltsvorsteher hatte dies dem belgischen Kriegsgericht schriftlich mitgeteilt, worauf er als auch sein Inspektor und sein Sekretär verhaftet wurden. Das Gericht, das anscheinend neue Weisungen von den vorgesetzten Behörden bekommen hatte, benahm sich den Angeklagten gegenüber außerordentlich streng. Sie wurden, obgleich sie darauf hinwiesen, daß sie ihrer Regierung den Treueid geschworen hatten und nicht meineidig werden wollten, zu je sechs Monaten Gefängnis, 50 000 M. Geldstrafe und Ausweisung aus dem besetzten Gebiet nach Verbüßung der Strafe verurteilt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Sämtliche anderen Beamten des Gefängnisses haben darauf die Arbeit niedergelegt. Die Schwerverbrecher sind nach Düsseldorf und Cleve abtransportiert und die Leichtverurteilten auf sechs Monate beurlaubt worden. Das Gefängnis steht vollkommen leer.

Die Kontrolle des Bahnverkehrs.

Von unserem Sonderberichterstatter.

ems **Essen,** 15. Februar.

Die Kontrolle bei der Ausfahrt der Züge aus dem neubesetzten Gebiet ist seit 24 Stunden viel strenger geworden. Der vorgeschriebene Aufenthalt der Züge auf den Grenzstationen, für den 15 Minuten verlangt wurden, **dehnt sich bei den Personenzügen auf eine Stunde aus.** Auf einigen Stationen werden die Personalausweise geprüft, während auf anderen wieder das Gepäck der Reisenden einer eingehenden Untersuchung unterzogen wird. Daß selbst bei einfahrenden Güterzügen schikanös gehandelt wird, beweist der Umstand, daß die Milch führenden Güterwagen trotz mehrfacher Kontrolle nicht durchgelassen wurden, und daß man wieder in anderen Milchzügen sämtliche Milchkannen öffnete und den Inhalt kontrollierte, ehe man die Einfuhr nach dem Bezirk erlaubte. Dadurch hat die Milch vielfach großen Schaden erlitten und ist teilweise vollkommen verdorben an den Abnehmer gelangt.

Geldentwertung und Steuergesetze.

Die Beratungen im Reichswirtschaftsrat.

Der Finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats setzte am 14. d. M. die Beratung des Gesetzentwurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen fort.

Zu Artikel I. Berücksichtigung der Geldentwertung bei den Tarifen wurde von Arbeitnehmerseite mit der Absicht der schnelleren Anpassung an die Geldentwertung ein Antrag gestellt, wonach der Reichsfinanzminister unter Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des Reichstags ermächtigt sein sollte, die Tarifvorschriften in allen von dem vorliegenden Entwurf erfaßten Bestimmungen zu ändern. Der Antrag wurde jedoch von der Mehrheit mit elf gegen vier Stimmen abgelehnt. Mit neun gegen drei Stimmen wurde ein Antrag der Vertreter der Genossenschaften angenommen, wonach in § 13 Ziffer 5a des Einkommensteuergesetzes zu den abzugsfähigen Spareinlagen auch die gerechnet werden sollen, die ein Steuerpflichtiger für einen seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltungsangehörigen macht. In Anbetracht der Kreditnot wurde mit elf gegen sieben Stimmen die Erhöhung des bei Genossenschaften satzungsgemäß zulässigen kapitalsertragssteuerfreien Geschäftsguthabens auf 100 000 Mark angenommen.

Zu Artikel II, Bewertungsvorschriften, wurde ein neuer Antrag Untucht eingebracht:

„Bei Berechnung des steuerbaren Einkommens ist auf Antrag des Steuerpflichtigen von dem nach den §§ 32, 33 und 33a für ein Wirtschaftsjahr ermittelten Betriebsgewinn oder Geschäftsgewinn der jeweilige Wert der im Laufe des Wirtschaftsjahres eingetretenen Abnutzung der zum land- oder forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder bergbaulichen Anlagekapital gehörigen Gegenstände nach den Anschaffungskosten am Schluß des Wirtschaftsjahres in Abzug zu bringen und zwar ohne Rücksicht auf den Buchwert der in Betracht kommenden Aktiven in der Bilanz. Die nach den allgemeinen Abschreibungsgrundsätzen von den Steuerpflichtigen in dem betreffenden Geschäftsjahr bereits vorgenommenen Abschreibungen kommen auf diese Absetzung in Anrechnung. Auf die hiernach verbleibende Summe ist bei Körperschaften eine Abgabe von 10 v. H., bei anderen Steuerpflichtigen eine solche in Höhe von der Hälfte der zu veranlagenden Steuer zu entrichten."

Die Vertreter der Arbeitgeber stellten sich auf den Boden der Regierungsvorlage und forderten die Aufrechterhaltung der Beschlüsse erster Lesung, wonach darüber hinausgehend eine Bindung der Rücklagen an den Zweck und eine Kontrolle ihrer Verwendung stattfinden soll. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wandte sich gegen diese letzte Forderung. In der Abstimmung wurde darauf der Antrag der Arbeitgebervertreter abgelehnt.

Am Schluss des Abs. 2 des § 33b der Regierungsvorlage ist einzuschalten:

„Bis zu 20 pCt. des Betriebsgewinnes können die Steuerpflichtigen, die nicht dem K.St.G. unterliegen, als Wiederbeschaffungsfonds über die zulässige Absetzung für die Abnutzung hinaus zurückstellen. Ueber die Verwendung dieses Fonds ist durch besondere Anzeige alljährlich Nachweisung zu führen. Auf die diesem Fonds zugeführten Gelder ist die Hälfte der zu veranlagenden Steuer zu entrichten. Ergibt sich, daß die dem Fonds zugeführten Gelder nicht spätestens am Schlusse des vierten Geschäftsjahres nach ihrer Bereitstellung den vorgesehenen Zwecken zugeführt sind, so ist der Rest der veranlagten Steuer unter voller Berücksichtigung der inzwischen etwa eingetretenen weiteren Geldentwertung nachzuzahlen."

§ 33b der Regierungsvorlage und die in erster Lesung neu eingefügten §§ 33c und d wurden bestätigt. Ferner wurde beschlossen, den Zeitpunkt, von dem ab die Vorschriften des neuen § 59 des Einkommensteuergesetzes Anwendung finden sollen, von 1922 auf das Jahr 1920 vorzuverlegen.

Im Artikel III, Zahlung wurde zu § 1 mit neun gegen fünf Stimmen ein Antrag von Arbeitnehmerseite angenommen, wonach bei Verzug der Steuerzahlung für den folgenden angefangenen Monat ein Zuschlag von 15 pCt. und für jeden folgenden Monat ein monatlicher, um 5 pCt. erhöhter Zuschlag von der rückständigen Summe zu zahlen ist. (Entw.: gleichbleibend 10 pCt.). Ferner wurde gleichfalls mit elf gegen sieben Stimmen beschlossen, dem § 42 des Einkommensteuergesetzes, Absatz 1, eine Bestimmung hinzuzufügen, durch die der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, zum Zwecke der Anpassung der Vorauszahlungen an die Geldentwertung unter Zustimmung des Reichsrates und des Steuerausschusses des Reichstags einen entsprechenden Aufschlag anzuordnen.

Im übrigen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung bestätigt und das Gesetz mit den Aenderungen mit zwölf gegen vier Stimmen angenommen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags für ein Kartellgesetz. Die Vorlage eines Kartellgesetzes ist vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages befürwortet und dem Reichstag gleiche und beschleunigte Stellungnahme empfohlen worden. Der von der Reichsregierung vorzulegende Gesetzentwurf soll nach dem Antrag enthalten: Errichtung eines Kartellregisters, Bildung eines Verbraucherbeirats bei den Kartellen, Einspruchsrecht der Reichsregierung gegen die Beschlüsse der Kartelle auf Ansuchen des Beirats. Demgegenüber ist es Ansicht der Reichsregierung, daß die Kartelle wirtschaftlich notwendige Gebilde sind, denen der Staat auch das Recht erhalten müsse, ihren Mitgliedern zwingende Vorschriften aufzuerlegen.

Reichseinnahmen an Gesellschaftssteuer und Reichsstempelabgabe. Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes wurde eine Rohsolleinnahme an Gesellschaftssteuer und Reichsstempelabgabe für Gesellschaftsverträge und Wertpapiere von 2591,9 Millionen Mark im Dezember 1922 erzielt. Die Einnahmen stellten sich in der Zeit von April bis Dezember 1922 auf 7002,4 Millionen Mark gegenüber 1405,3 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Ausblasen weiterer lothringischer Hochöfen. Wie die Basler Nationalzeitung aus Paris erfährt, machen sich die Wirkungen der Ruhrbesetzung stark in der französischen Eisenindustrie fühlbar. Im lothringischen Becken sowie im Meurthe- und Moselrevier haben die Hüttenwerke ihre Tätigkeit stark eingeschränkt. Die meisten Hochöfen wurden ausgeblasen. Gießereieisen ist mangels Ruhrkohle nicht verfügbar. Die Preise sind seit dem 20. Januar von 290 auf 350 Fr gestiegen. Eine nervöse Erregung herrscht auf dem französischen Stahlmarkt. Die Preishausse hat sich rasch auf das übrige Gebiet des Eisen- und Stahlmarktes übertragen und eine allgemeine Unsicherheit wurde ausgelöst, die lähmend wirkt.

Dividenden.

Sächsische Cartonnagen-Maschinen A.-G. Dresden. Der Aufsichtsrat beschloß der o. G.-V. am 22. März die Verteilung einer Dividende von 42 (i. V. 7) pCt. auf die Vorzugsaktien und von 150 (25) pCt. auf die Stammaktien sowie die Erhöhung des Stammaktienkapitals um bis zu 28 Mill. Mark vorzuschlagen. Hiervon sollen den Stammaktionären 24 Mill. M. im Verhältnis von 1 : 1 zu 500 pCt. und den Vorzugsaktionären 1½ Mill. M. im Verhältnis von 1 : 1 zu gleichfalls 500 pCt. angeboten werden.

Rheinische Spiegelglas Fabrik zu Eckamp. 100 pCt. und 3000 M. Bonus pro Aktie auf das erhöhte Aktienkapital (i. V. 50 + 50 pCt.).

Magdeburger Hagelversicherungs-Ges. 200 M. für die Aktie (i. V. 125 M. Dividende und 125 M. Bonus).

(Hierzu zwei Beilagen.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Kurt Sliba, Berlin.
Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.

Säuglings- und Mutterheim

Eröffnung einer neuen Wohlfahrtseinrichtung in Neukölln.

Gestern mittag wurde das am Mariendorfer Weg gelegene neuerrichtete Säuglings- und Mütterheim mit einer kleinen Feier seiner Bestimmung übergeben. Der Neuköllner Bezirksmedizinalrat Dr. Silberstein begrüßte die erschienenen Gäste und gab einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte der Anstalt. Als im Jahre 1917 die gegenüberliegende Provinzial-Hebammenlehranstalt ihre Pforten eröffnete, gab deren Leiter, Prof. Dr. Hammerschlag sogleich die Anregung, daß im Zusammenhang mit dieser Anstalt ein Säuglings- und Mütterheim errichtet würde, einmal im Interesse der Säuglinge und Mütter selbst und ferner, um den Hebammenschülerinnen eine genügende Ausbildung in der Säuglingsfürsorge zuteil werden zu lassen. Die Stadt Neukölln griff diese Anregung auf, und es kam bald darauf ein Vertrag mit der Provinzialverwaltung zustande, nach dem diese die Hälfte der Baukosten, die sich damals auf rund eine halbe Million stellten, und ein Drittel der laufenden Betriebskosten übernahm. Der Bau wurde 1920 begonnen, mußte aber im nächsten Jahr eingestellt werden und konnte erst im vorigen Jahr weiter in Angriff genommen werden. Da die städtischen Behörden sich in kluger Voraussicht frühzeitig der nötigen Materialien versichert hatten, konnte der Bau vollendet werden, besseren Kosten sonst phantastische Summen erfordert hätten. Der für 150 Säuglinge und 40 Mütter bestimmte Bau kann aber zunächst nur für 60 Säuglinge und 20 Mütter in Benutzung genommen werden, da es an Mitteln zur Beschaffung der nötigen Betten und Wäsche fehlt. Obwohl die Anstalt erst seit acht Tagen eröffnet ist, ist der Andrang so groß, daß man die Kinder in Kinderwagen betten muß.

Der Leiter der Anstalt, Dr. Orgler, umschrieb die Ziele der Anstalt, die einmal Mütter mit Säuglingen in den ersten Tagen nach der Entbindung, dann gesunde Säuglinge aufnehmen soll, bei denen soziale Not eine häusliche Pflege unmöglich macht, und schließlich kranke und schwächliche Säuglinge. Dabei ist hervorzuheben, daß unter den gesunden Säuglingen, auch wenn sie die Mutterbrust bekommen haben, die meisten untergewichtig sind, da es den Müttern an Nahrung fehlt. Im allgemeinen sollen die Mütter mit ihren Säuglingen vier Monate in der Anstalt zubringen, eine Entlassung findet aber nur dann statt, wenn außerhalb der Anstalt für Mutter und Kind genügend gesorgt ist. Zur Vermeidung der Gefahr von ansteckenden Krankheiten kommen alle neu aufgenommenen Kinder auf 2—3 Wochen zunächst auf eine Quarantänestation, die Betten in Einzelboxen enthält, und die von den übrigen Säuglingsstationen völlig abgetrennt liegen. Diese, die alle nach Süden zu gelegen sind, enthalten nur je 4—6 Betten. Loggien gestatten bei günstigem Wetter den Kindern den Genuß der frischen Luft. Dadurch, daß die Küche im Dachgeschoß untergebracht ist, wird man im Hause selbst nicht durch Gerüche belästigt. In jedem Stockwerk ist ein Zimmer für Frühgebärten, in dem die Luft durch eine isolierte Dampfheizung auf 28 Grad gebracht werden kann. Außerdem befinden sich in der Anstalt ein chemisches und physikalisches Laboratorium, ein Röntgenzimmer und ein Raum für kleinere Operationen. Die Milch- und Waschküche ist im Untergeschoß untergebracht und mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet.

Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow dankte namens der Zentralverwaltung dem Bezirk Neukölln, und namentlich seinem Stadtmedizinalrat Dr. Silberstein für die Errichtung dieser mustergültigen Anstalt und sprach die Hoffnung aus, daß die anderen Bezirke Mittel und Wege finden, dem guten Beispiel Neuköllns zu folgen, da die Erhaltung des Nachwuchses bei den entsetzlichen Wohnungsverhältnissen und der schlechten Ernährung die wichtigste sozialhygienische Forderung darstellt. Namens der Provinzialverwaltung überbrachte Prof. Dr. Hammerschlag Glückwünsche, und Baurat Müller erläuterte an den Plänen, die von seinem Vorgänger Zikler ausgearbeitet waren, die Einrichtungen der Anstalt. Bei der bereitsfolgenden Besichtigung fand diese die Anerkennung aller Anwesenden, insbesondere auch die der zahlreich erschienenen Kinderärzte.

Li.

Kohlpreiserhöhung. Nach Mitteilung des Kohlenamtes kostet vom 19. Februar an ein Zentner Koks für Küchen- und Ofenbrand frei Keller 12 725 M.

Das Tiergartensee hält noch nicht! Wie die Tiergartendirektion uns mitteilt, hat sich nach dem erst zwei Tage anhaltenden Frostwetter auf den Gewässern des Tiergartens eine leichte Eisdecke gebildet, die stellenweise zwei Fingerbreit stark ist, an den meisten anderen Stellen jedoch weniger dick ist, und zwar infolge der ungleichen Erwärmung, die das Wasser vom Grunde her erfährt, und auch wegen er ungleichen Belüftung durch die kalte Luft. Den Umstand, daß überhaupt schon eine Eisdecke da ist, benutzen viele Kinder und auch Erwachsene, um dem Eissport zu huldigen. Die Direktion des Tiergartens hat aber die Eisbahn auf ihren Gewässern noch nicht freigegeben, weil die Eisdecke noch nicht die genügende Trogfähigkeit besitzt, und lehnt jede Verantwortung für Unglücksfälle ab. Sollte das Eis im Laufe der Zeit genügend stark werden, so wird die Oeffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt werden.

Großfeuer in Charlottenburg. In dem Gebäude der Stoeffer—Farbband- und Kohlenpapier-Fabrik in der Windscheidstraße 18 in Charlottenburg brach gestern nachmittag im vierten Stockwerk Feuer aus. Drei Wehren der Charlottenburger und Wilmersdorfer Wachen konnten nicht verhindern, daß die Flammen auch auf das Dachgeschoß übergriffen und es vollständig vernichteten. Zeugenvernehmungen haben ergeben, daß ein Arbeiter in fahrlässiger Weise in einem offenen Feuer des vierten Stockwerks Farbe gekocht hatte. Durch Ueberkochen war der Brand entstanden. Die zahlreichen Arbeiter, die während des Feuerausbruchs innerhalb der Gefahrzone waren, wurden gerettet. Ein Feuerwehrmann erlitt leichtere Verletzungen durch herunterfallende Balken, ein anderer erlitt eine Rauchvergiftung und mußte in die Wache zurückgetragen werden. Soweit es sich bisher schätzen ließ, geht der Schaden in die Milliarden. Er ist durch Versicherung gedeckt.

Schweres Fliegerunglück in Magdeburg. Auf dem Flugplatz am Krakauer Anger in Magdeburg war der Kaufmann Ernst Schulze, ein bewährter Kriegs- und Sportflieger, mit einem neuen Flugzeug auf einem Probeflug begriffen. Das Flugzeug überschlug sich und fing Feuer. Der Flieger konnte sich nicht mehr retten und verbrannte unter seinem Flugzeug.

Ruhrspenden des Auslands. Die von den deutschen Vereinen in Stockholm eingeleitete Hilfsaktion für die notleidenden Bewohner des Ruhrgebiets ergab bisher 13 500 Kronen (rund 32 Millionen Mark) und 3½ Millionen Mark. — Der frühere deutsche Konsul in Calcutta Otto Mall in Zürich stiftete für die Ruhrspende 1 Million Mark. — Von den in Hamburg wohnenden Holländern wurden für die Ruhrspende 3 Millionen Mark gesammelt und vom Vorstand des holländischen Vereins „Freundschaft“ dem Bürgermeister Dr. Diestel übergeben. — Das Central Relief Comittee in New York hat wiederum das Deutsche Rote Kreuz beauftragt, für die Notleidenden des Ruhrreviers 500 Säcke Mehl nach Essen zu senden. Die Liebesgaben sind bereits unterwegs.

Tariferhöhung im Stadt- und Vorortverkehr. Die Reichsbahndirektion steht, wie wir erfahren, in Unterhandlung mit dem Verkehrsministerium wegen Erhöhung der Personentarife auf allen Strecken des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs. Beabsichtigt ist eine Verdoppelung sämtlicher Preise, die wahrscheinlich die Zustimmung des Ministeriums finden wird. Es würde dann die erste Zone dritter Klasse 100 M. und zweiter Klasse 200 M. kosten. Die Entscheidung wird etwa in drei bis vier Tagen fallen, so daß mit dem Inkrafttreten der neuen Sätze bis spätestens zum 1. März zu rechnen ist.

Warum sind die Schulen ohne Kohle?

Koks, der unterwegs verschwindet

20 Millionen Mark städtische Ruhrspende.

Gegen die Schließung zahlreicher Schulen durch den Magistrat erhoben in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung sämtliche Parteien Einspruch. Der demokratische Redner machte bei dieser Gelegenheit Mitteilungen, die ein grelles Schlaglicht auf grobe Mißstände in der städtischen Verwaltung werfen.

Oberbürgermeister Böß erklärte, daß alle Schulen, die Kohlen haben, den Unterricht fortsetzen werden. Kinder aus jenen Schulen, die über Kohlen nicht verfügen, würden vorübergehend in benachbarten Schulen untergebracht werden.

Stadtverordneter Merten (Dem.) erklärte, daß der Magistrat in dieser Angelegenheit recht unglücklich operiert habe. Nachdem die ablehnende Haltung der Aufsichtsbehörde gegenüber den beantragten Kohlenferien bekannt war, hätte der Magistrat sich im Interesse des Ansehens der Selbstverwaltung nicht eine solche Niederlage holen dürfen, wie er sie schließlich erlitten hat. Man müsse aber einmal den Ursachen der Kohlenmisere nachgehen. Sie bestünden darin, daß Werkdeputation, Gasanstalten und Schuldeputation nicht zusammenarbeiten. **Im Frühjahr sei ein Ueberfluß an Kohlen in Berlin vorhanden gewesen. Für billiges Geld habe man sie damals verkauft, und jetzt müsse für teures Geld zugekauft werden.** Genauso unerhört sei es, daß jetzt beispielsweise eine Schule im Norden Berlins 300 Zentner Kohlen mehr habe als sie brauche, während andere wegen Kohlenmangels geschlossen werden müßten. Ganz unglaublich sei es auch, wenn es beispielsweise vorkommen könne, **daß auf dem Wege von der Tegeler Gasanstalt zu einer anderen Schule im Norden Berlins von 46 Zentnern Koks,** die sich auf einem Wagen befunden haben, **unterwegs 15 Zentner „verloren“ gehen.** Dergleichen dürfe sich nicht wiederholen. In die ganze Belieferung der Schulen mit Kohlen müsse mehr Ordnung, System und Kontrolle kommen. (Lebhafter Beifall.)

Einstimmig forderte die Versammlung den Magistrat dann auf, für die schleunige Belieferung aller Schulen mit Kohle und für die Wiederinbetriebsetzung der geschlossenen Gemeindeschulen zu sorgen.

*

Sowohl die staatlichen wie auch die städtischen Beamten haben in den letzten Jahren allen anderen Gehalts- und Lohnempfängern gegenüber den großen Vorteil gehabt, daß ihnen ihr Gehalt stets auf ein Vierteljahr im voraus gezahlt wird, so daß sie verhältnismäßig billiger ihre wichtigsten Bedürfnisse an notwendigen Lebensmitteln und Bekleidung decken konnten. Die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat nun im weiteren Verlauf der Debatte einen Antrag begründen lassen, nach dem künftig allen städtischen Hilfs- und Tarifangestellten das Gehalt bzw. der Lohn wöchentlich gezahlt werden soll.

Oberbürgermeister Böß teilte mit, daß der Magistrat diesem Antrage gern entsprechen würde. Die Gesichtspunkte, die hierfür in Betracht kommen, billige er durchaus, aber leider befinde er sich in einer schwierigen Lage. Reich und Staat zahlen neuerdings nur lästig den Tarifangestellten und Hilfsarbeitern, und wenn die Stadt eine kürzere Frist wählen würde, sei mit Sicherheit anzunehmen, daß dies vom Reich wieder moniert werden würde. Die Regierung lege bei jeder Gelegenheit Wert darauf, daß die Stadt nicht größere Aufwendungen in dieser Hinsicht mache als Reich und Staat. Der Oberbürgermeister empfahl schließlich, die Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen. In der Zwischenzeit würde er nochmals Fühlung mit der Reichsregierung nehmen. Nachdem von kommunistischer Seite mitgeteilt worden war, daß den Straßenbahnfühlern im Dezember nur 52 000 Mark ausgezahlt worden seien und die Nachzahlungen sich bis in den Februar hinein erstreckt hätten, ergriff der Oberbürgermeister nochmals das Wort und gab zu, daß dies ein unhaltbarer Zustand sei, aber die Stadt befinde sich finanziell in der denkbar schwierigsten Lage. Auch in den letzten Tagen wieder sei dem Finanzminister dargelegt worden, daß den Städten und besonders Berlin geholfen werden müsse. Es sei dann auch in Aussicht gestellt worden, der Stadt ein Darlehen zu überweisen. Leider verzögern sich solche Beschlüsse aber immer beträchtlich. Auch heute sei noch nicht zu sagen, wann die Auszahlung der vorgesehenen Summen erfolgen werde. Die Versammlung kam schließlich überein, die ganze Materie in dem Tarifausschuß beraten zu lassen.

Ein Antrag der Demokraten, infolge der dauernden Teuerung der wichtigsten Lebensmittel von der Regierung zu verlangen, daß sofort alle brauchbaren Maßnahmen zur Verbilligung ergriffen werden fand einstimmige Annahme. Es wurde als besonders notwendig bezeichnet, die Gütertarife für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch herabzusetzen und rücksichtslos gegen den Wucher mit Lebensmitteln einzuschreiten. Weiter wurde der Magistrat aufgefordert, dahin zu wirken, daß künftig wenigstens die Mütter und Kindern die notwendigen Mengen Milch sichergestellt werden.

Für die Unterstützung der Bevölkerung im Ruhrgebiet wurden 20 Millionen Mark bewilligt. Ein Antrag der Deutschnationalen, bei den Altberliner Krankenhäusern wieder das Zwei-Klassen-System einzuführen, stieß auf entschiedenen Widerspruch der Linken. Dr. Weyl (Soz.) bezeichnete den Tag der Abschaffung der verschiedenen Klassen von Kranken als einen Ruhmestag der Stadt Berlin. Gerade in der heutigen Zeit sei es nicht angebracht, auch noch im Krankenhause Klasseunterschiede zu machen. Nicht den Wohlhabenden dürften im Krankenhause Einzelzimmer zur Verfügung gestellt werden, sondern denjenigen Kranken, deren Zustand es notwendig mache. Die Versammlungsmehrheit überwies aber den deutschnationalen Antrag einem Ausschuß.

Zum Schlusse wurde dann der Syndikus der Handelskammer, Oskar Meyer, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Bandenüberfall auf das Postamt Teltow.

Gestern abend gegen 6½ Uhr, als die Straßen schon im völligen Dunkeln lagen, erschien vor dem Portal des Postamts in Teltow ein Personenauto, dem neun maskierte Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren entstiegen. Während zwei bei dem Auto zurückblieben, drangen die sieben anderen in das Postgebäude ein und verlangten von den anwesenden Beamten, drei Damen und zwei Herren, unter dem Ruf: „Hände hoch!“ die Auslieferung der Postkasse. Die Banditen waren mit Armeepistolen bewaffnet, mit denen sie die Beamten in Schach hielten. Zufällig befand sich in der Kasse kein Bargeld. Dagegen fielen den Räubern Postwertzeichen und Briefmarken im Werte von drei Millionen Mark in die Hände. Sie wollten sich nun an dem Privateigentum der Beamten vergreifen, unterließen es aber, da ihnen anscheinend die Beute zu gering war. Nach wenigen Minuten fuhren sie wieder mit dem Auto davon. Die Postbeamten versuchten nunmehr telephonisch die Polizei zu alarmieren, hatten damit aber keinen Erfolg, da die Räuber vor dem Ueberfall sämtliche Telephonleitungen durchschnitten hatten. Die Verfolgung der Flüchtigen verzögerte sich infolgedessen erheblich, und es konnte bisher nicht festgestellt werden, welchen Weg das Auto genommen hatte. Die Schutzpolizei war in Verbindung mit der Kriminalpolizei die ganze Nacht hindurch tätig. Patrouillen wurden auf alle Landstraßen, die aus der Stadt führen, entsandt. Das Zerschneiden der telephonischen Leitungen machte sich im Fernsprechverkehr zwischen Berlin, Zehlendorf und Teltow in den gestrigen späten Abendstunden unangenehm bemerkbar. In der Nacht wurde eine provisorische Leitung gelegt, um auf dieser einen Notverkehr einzurichten.

Die Schneebeseitigungs- und Streupflicht wird den Hauswirten und Hausverwaltern erneut durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten in Erinnerung gebracht. Die Reviere sind angewiesen worden, zur Verhütung von Unfällen — namentlich auch der zahlreichen Kriegsbeschädigten — auf strengste Durchführung der Vorschriften zu halten und besonders auch darauf zu achten, daß die Insassen von den dazu verpflichteten Personen von Schnee und Eis freigehalten werden. Gegen Säumige wird nach fruchtloser Verwarnung unnachsichtlich Strafanzeige erstattet.

Der Bund der Niederdeutschen vor dem Staatsgerichtshof.

Drahtbericht der „Vossischen Zeitung“.

* Leipzig, 15. Februar.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich heute mit der Beschwerde des Bundes der Niederdeutschen gegen die von einer Anzahl Landeszentralbehörden erlassenen Auflösungsverfügungen zu beschäftigen. Der Bund hatte seinen Sitz in Hamburg und erstreckt sich über das ganze Reich. Aufgelöst wurde der Bund in Preußen, Hamburg, den beiden Mecklenburg, Lippe-Detmold und Schleswig-Holstein, mit der Begründung, es handle sich um einen Geheimbund, dessen Betätigung eine ganz andere als die in den Statuten vorgesehene sei. Er verfolge den Zweck, die verfassungsmäßig festgesetzte republikanische Verfassung des Reiches und der Länder zu untergraben, besonders bei einem Rechtsputsch die Wiederaufrechterhaltung der Republik zu verhindern. Dies gehe in der Hauptsache daraus hervor, daß er militärisch organisiert sei. Er habe namentlich in Mecklenburg einen besonderen Stafettendienst eingerichtet. Bei den Obersten außer Dienst p. Bronsart in Neustrelitz sowie in Bergedorf seien Kleinkaliberige Karabiner, eine teschingartige Waffe, sogenannte Geko-Karabiner, beschlagnahmt worden, ebenso größere Mengen von Patronen. Aus den aufgefundenen Schriftstücken ergab sich, daß die Beschaffung weiterer solcher Luxuskarabiner geplant gewesen sei. Jedes Mitglied sollte ein Tesching erhalten. Mehrere Führer seien am Kapp-Putsch beteiligt gewesen. Der Bund sei der Nachfolger der Organisation Escherich.

Von Seiten der Bundesleitung wird hiergegen eingewendet, der Stafettendienst habe nur der Nachrichtenübermittlung dienen sollen und den Zweck gehabt, bei einem Ausbruch des Generalstreiks die technische Nothilfe so rasch wie möglich in Gang zu bringen. Die Geko-Karabiner seien keine Waffen, sie seien ohne Waffenschein in der Waffenhandlung zu erhalten und dienten lediglich dem jugendlichen Spiel- und Jagdsport. Von der Entente seien sie nicht verboten.

Der Staatsgerichtshof fällte folgendes Urteil: Das Verbot in Preußen bleibt, da die Beschwerde verspätet eingereicht ist, bestehen. Auf die übrigen Beschwerden werden die Auflösungsverfügungen der betreffenden Landesbehörden kostenpflichtig aufgehoben. Wenn auch die Verfügungen nach Lage der Zeitumstände, unter deren Einfluß sie erfolgt sind (kurz nach der Ermordung Rathenaus), psychologisch durchaus erklärlich sind und wenn auch vielerlei dafür spricht, daß der Bund der republikanischen Verfassung keineswegs freundlich gegenüberstand, so ist doch ein voller Beweis für die Voraussetzung des Gesetzes zum Schutze der Republik nicht als erbracht anzusehen.

Volksobstermarken. Volksopfermarken für die Rhein-Ruhr-Hilfe verschickt die Reichsdruckerei in den nächsten Tagen an die Ober-Postdirektionen zur Verteilung an die Postämter. Zur Ausgabe kommen drei Marken zu 5 M. mit den Bezugsbeiteren, orange, mit einer Spende von 100 M., zu 25 M. mit den Landarbeitern, braun, mit einer Spende von 500 M. und eine zu 20 M mit dem Pfiliger, blau, in Kupferdruck, mit einer Spende von 1000 M. Die

Marken werden zum Freimachen von Postsendungen im inneren deutschen Verkehr sowie im Verkehr mit dem Ausland zugelassen. Jedoch empfiehlt es sich nicht, sagt das Reichspostministerium, sie zur Freimachung von Sendungen nach Frankreich und Belgien zu verwenden. Von der Marke zu 5 M. werden bis zu 10 Millionen Stück hergestellt, von der zu 25 bis zu 5 Millionen und von der Marke zu 20 M. bis 1 Million.

Neue Bilder aus dem besetzten Offenburg und von der Ruhr bringt die heutige Nummer der „Berliner Illustrirten Zeitung".

Französisches Gericht über deutsche Soldaten. Nach einer Havas-Meldung hat das Kriegsgericht in Amiens drei deutsche Militärpersonen, den Hauptmann Schmitz vom 48. Infanterie-Regiment, den Sergeanten Loesch von der deutschen Feldgendarmerie und einen Soldaten Warth wegen angeblicher Verbrechen, die sie während des Krieges in Frankreich begangen haben sollen, in contumaciam verurteilt, und zwar die beiden ersten zu 20 Jahren Zwangsarbeit, den dritten zum Tode.

Wild-West in Polnisch-Oberschlesien. In Polnisch-Oberschlesien sind die Unbotmäßigkeiten auf einzelnen Strecken der Eisenbahn zu einer solchen Gefahr für die Betriebssicherheit, wie auch für das Leben der Reisenden geworden, daß sich die Eisenbahnverwaltung veranlaßt gesehen hat, die Züge auf diesen Strecken von stark bewaffneten Polizeiaufgeboten begleiten zu lassen. Zum persönlichen Schutz gegen Angriffe soll auch das Eisenbahnpersonal, das auf den gefährdeten Strecken Dienst tut, mit Schußwaffen ausgerüstet werden.

Der Kampf gegen den Alkohol. Am Sonntag, dem 18. d. M. veranstalten die Verbände, die sich die Bekämpfung des Alkohols zur Aufgabe gesetzt haben, im Reichstag eine große Kundgebung, in deren Verlauf auch Reichstagspräsident Loebe und führende Parlamentarier aus den Reihen des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei und der V. S. P. D. das Wort ergreifen werden. Der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs hat das Kabinett bereits passiert und wird den Reichstag in einigen Tagen beschäftigen.

Russen in der „Alhambra". Die Russen erobern — mit ihrer für deutsche Augen neuen und gediegen-amüsanten Kleinkunst — allmählich die Mehrzahl der Brettl-Rampen. So sind sie nun wieder als Gastspiel des Russisch-Deutschen Theaters „Masken" in die Alhambra am Kurfürstendamm eingezogen; was sie bieten — ein gut nachempfundenes Antrittslied; ein Damenquartett nebst im Takt beweglichen Hintergründen; ein nach altem Muster gestellter „Chor" — ist im Verhältnis zu dem, was man bisher aus russischen Kehlen vernahm, was man an russischen Tänzen sah, über dem Niveau. ej.

„Weiße Maus." Das Februar-Programm in der Eremitage, das eine Reihe guter Darbietungen aufzuweisen hat, erhält eine besondere Note durch die schüchternen Frechheiten des Conférenciers Harry Lambertz-Paulsen. Originelle und gutwirkende neue Chansons bringt Emmy von Emmering, und in dem bekannten Lied „Im tiefen Keller" erklingt Adolf Liebans angenehmer Baß. Moderne Tänze bringen Janos und Olivia. Außerdem wurde ein heiteres Erlebnis, genannt „Ta-Ta" sowie einige Tänze des Celly-de-Rheydt-Balletts dargeboten.

Die städtische Ingenieurakademie in Wismar hält ihre Ingenieurprüfungen abermals etwas früher ab als sonst üblich. Sie will dadurch weitere Hilfskräfte der Industrie rechtzeitig zuführen.

Wetteraussichten bis Sonnabend mittag: Gelinde, überwiegend bewölkt, mit leichten Schneefällen bei mäßigen, veränderlichen Winden.

Die Pyramiden.

Grabdenkmäler der Pharaonen.

Zu Aegyptens Grabstätten führte der dritte Vortrag in der Vortragsreihe „Die Wissenschaft des Spatens". Einer der erfolgreichsten Forscher auf diesem Gebiete, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. L. Borchardt, hatte das Führeramt übernommen. Einleitend gab er eine kurze Uebersicht über die Arbeiten in den ägyptischen Gräberstätten. Er gedachte der Ausgrabungen der Deutschen Orient-Gesellschaft bei Abusir, würdigte die französischen und amerikanischen Arbeiten auf diesem Gebiete und zeigte, daß wir jetzt über ein außerordentlich reichhaltiges Material verfügen, um die Entstehung und Entwicklung des Pyramiden fast lückenlos zu verfolgen.

Im großen und ganzen hat sich bestätigt, was Erman 1886 auf Grund philologisch-historischer Untersuchungen gefolgert hatte, daß die räumliche Verteilung der Pyramiden eine ziemlich willkürliche sei. Jeder König baute in der Nähe seiner Residenz sein Grabdenkmal; verlegte er seinen Regierungssitz, so wurde das Grabmal, das noch nicht vollendet war, unvollendet gelassen und ein neues in der Nähe der augenblicklichen Residenz in Angriff genommen. Bei jedem ägyptischen Grabdenkmal haben wir drei Teile zu unterscheiden: Grabkammer, Grabhügel und Kultkammer. Die Form des Hügels selbst bedingen technische Rücksichten auf den der Natur des Landes entsprechenden Baustoff, den Nilschlammziegel. Hohe Mauern aus diesem Material halten, selbst wenn sie keinen seitlichen Druck durch eingeschüttete Hinterfüllung bekommen, am besten, wenn sie mit Böschung in der Ansichtsfläche angelegt werden. So bekam der Hügel die allseitig geböschte Form der „Mastaba". Unter der Mastaba liegt die Grabkammer, in ihr die Statuenkammer und vor ihr der Kultplatz. Schon in den Anfängen der vierten Dynastie werden durch Ueberbauen des Kultplatzes die Hinterbliebenen gegen Witterungsunbilden bei den Totenzeremonien geschützt. Zuerst wird ein mit einem Tonnengewölbe überdachter Raum vor die Ostfassade der Mastaba gelegt, dann mehrere, schließlich ein ganzes Gewirr von Kammern, von denen zuerst einige, endlich sogar alle in die Mastaba selbst sich einschieben. Dann zeigt Borchardt weiter, wie aus der einfachen Maßstabe durch mehrfache Ummantelungen die „Stufenpyramide" wird, so in der dritten Dynastie. Aber noch fehlt der quadratische Grundriß, das Kennzeichen der wirklichen Pyramide. Sie schuf der erste König der vierten Dynastie. Im Lichtbild schauen wir die Wandlungen, die die Pyramiden, die zusammen mit dem Totentempel das königliche Grabdenkmal ausmachen, während der verschiedenen Dynastien durchgemacht haben. Nach der zwölften Dynastie hört das Pyramidenbauen auf.

Kurz, aber nachdrücklich wendet sich Borchardt gegen den Unfug, allerhand verborgene Weisheit in den Maßverhältnissen der Pyramiden zu wittern. Diese Bauten hatten weder mit der Verkörperung der Zahl π, noch mit der des goldenen Schnitts etwas zu tun. Die absonderlichen Zahlenverhältnisse, die man hier festgestellt haben will, ergeben sich ganz einfach aus der Einteilung des bei dem Pyramidenbau angewandten Grundmaßes, der ägyptischen Elle, und der Art, wie die alten Aegypter Winkelmessungen vornahmen. K. J.

Kurzer Tagesbericht. Durch den Keller des Hauses Oranienstr. 160 am Oranienplatz brachen gestern Diebe in die Waschküche und von dort durch die Decke in das darüber befindliche Stahlwarengeschäft von Weyersberg und raubten für viele Millionen Mark Rasierklingen. Auf ihre Ergreifung und die Wiederherbeischaffung der Beute ist eine Million Mark Belohnung ausgesetzt worden — Mit 300 holländischen Gulden, die der Bankbeamte Dr. phil. Hermann Hoffmeister aus der Rankestr. 7 von einem Bekannten zur Anschaffung von Aktien erhalten hatte, hat der ungetreue Angestellte das Weite gesucht. Die Kriminalpolizei fahndet nach ihm. — Gestern mittag versuchte ein zwölfjähriger Schulknabe in Schmargendorf auf den Anhänger eines fahrenden Lastkraftwagens zu klettern, um sich seinen Heimweg zu erleichtern. Er rutschte dabei ab und kam so unglücklich zu Fall, daß die Räder des Anhängers über seinen Kopf gingen. Der Knabe war sofort tot. — Gestern nachmittag wurde die 60 Jahre alte Frau Marie Gens aus der Hollmannstr. 39 festgenommen, als sie auf dem Markt in der Großgörschenstraße einer andern Frau aus ihrer Tasche 21 240 Mark stahl. Auf der Wache stellten die Beamten zu ihrer Ueberraschung fest, daß die Diebin bereits seit dem Jahre 1920 wegen anderer Straftaten gesucht wurde. — Gestern abend wurde der 50 Jahre alte Dreher Max Neumann, Pankow, Gottschedstr. 22, am Bahnhof Gesundbrunnen zwischen den Gleisen mit abgefahrenen Füßen aufgefunden. Wahrscheinlich ist er beim Abspringen vom fahrenden Zuge unter die Räder gekommen. Das Rettungsamt brachte ihn mit Kraftwagen in das Virchow-Krankenhaus.

Justizpersonalien. Zu K.-G.-Räten sind ernannt: der frühere els.-lothr. O.-L.-G.-Rat Keetmann, die L.-G.-Räte Dr. Joel vom L.-G. II, Fabisch und Dr. Jonas vom L.-G. III, Dr. Orgler aus Beuthen (Ober-Schles.). — Zu Notaren sind ernannt: R.-A. Ernst Aufrecht im Bez. des A.-G. Mitte, Siegf. Preis im Bez. des A.-G. Schöneberg. — In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Dr. Wehlau, bisher beim L.-G. I, II, III, jetzt auch A.-G. Mitte; Berendt, bisher L.-G. I, II, III, jetzt auch beim A.-G. Charlottenburg; der fr. R.-A. Siegfr. Kuntz und der G.-Ass. Rathe beim L.-G. I. — Zu L.-G.-Direktoren sind ernannt: L.-G.-Rat Dr. Zeeden vom L.-G. I, A.-G.-Rat Wachler vom A.-G. Mitte beim L.-G. I. — Versetzt sind: A.-G.-Rat Rahm (Senftenberg) als L.-G.-Rat an das L.-G. I; Dr. Guhrauer vom A.-G. Mitte, Dr. Behrend (Crossen) als L.-G.-Rat an das L.-G. II; Dr. Krüger (Alt-Landsberg) als L.-G.-Rat an das L.-G. III. — Zu L.-G.-Räten sind ernannt: L.-Rat Paul Müller, Dr. Frhr. v. Wrangel, G.-Ass. Hans Schneider beim L.-G. I, L.-Rat Dr. Heinrich Siebert, St.-Ass. Dr. Viktor Lehmann und G.-Ass. Dr. Smoschewer beim L.-G. II, L.-Rat Risop und Aloys Thiemann, A.-R. Rusche beim L.-G. III. — Zu H.-G.-Räten sind ernannt: Kfm. Max Brasch beim L.-G. I. — Zum H.-Richter ist ernannt: Brau-Dir. Ernst Rübel beim L.-G. I. — Aus dem Justizdienste geschieden: G.-Ass. Klotzbach, Dr. Lazarus inf. s. Uebern. als R.-Rat des R.-Min. für Wiederaufbau; Bernecker und Dr. Karl Koch inf. s. Uebern. in den Dienst der R.-Eis.-Verw.; Mendel, Dr. Rittger und Dr. Spack inf. ihrer Uebern. als Reg.-Ass. in die R.-Fin.-Verw.; Dr. Fuhrberg inf. s. Uebern. als Reg.-Ass. in die landw. Ver.

Unter Wilden und wilden Tieren. Zu der am Sonnabend, nachm. 8½ Uhr, in den Ufa-Lichtspielen, Tauentzienpalast, stattfindenden Sondervorstellung des großen Afrikafilms „Unter Wilden und wilden Tieren", die zum Besten des Berliner Zoologischen Gartens veranstaltet wird, hat der Forschungsreisende Dr. Arthur Berger das Vorwort und den begleitenden Vortrag übernommen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf an den Kassen der Ufa-Theater erhältlich.

Sanatogen

Das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Familien-Nachrichten

Am Dienstag, dem 13. d. M., entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

Rosalie Dann
geb. Tietz

im 65. Lebensjahre.
Sie folgte unserem lieben Vater nach 1½ Wochen in die Ewigkeit.

Golzow (Oderbruch), den 13. Februar 1923.

Betrauert von den Kindern und Verwandten.

Oskar Dann und Frau
geb. Sußmann
Walter Mamroth und Frau
geb. Dann
Ruth Dann als Enkel.

Die Beisetzung findet Freitag, den 16. d. M., um 11½ Uhr, auf dem jüdischen Friedhof in Cüstrin-N. statt

3—4-Zimmerwohnung
auch abgeschlossen, gut möbliert, Westen,
von Ausländer gesucht.
Offerten Unter den Linden 39 Zimmer 22.

Bis 10 Millionen
gesucht zum Ausbau eines
Kindersanatoriums
an der Nordsee. Hypoth. Sicherheit a. 1. Stelle nach zu amortis. Staatshypothek. Reelles Unternehmen.
Eilangebot an
Direktor Fischer, Wangeroog (Insel)

Stellenmarkt

Gesucht per sofort oder später
Bilanzbuchhalter
nur erste Kraft, gewandt und sicher,
Flotte Stenotypistin
Maschinenschreiberin
Kontoristin.
Bewerbungen u. Lebenslauf schriftlich an
Gener.-Vertr. der Schokoladenfabrik B. Sprengel & Co., Hannover, Walter P. F. Lohmann, Berlin, Taborstraße 20.

Bedeutende Berliner Automobilfabrik sucht zur Leitung der
Wagen-Ablieferung-Abteilg.
einen tüchtigen, gewissenhaften
Beamten.
Herren, die bereits in größerer Automobilfabrik ähnlichen Posten mit nachweisbarem Erfolg bekleidet haben, werden gebeten, ausführliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Referenzen und Gehaltsansprüchen u. 5340 Ullsteinh., SW 68, einzureich.

Perfekte Köchin
langjährige Zeugn., zum Eintritt am 1. Mai gesucht. Kurfürstendamm 100 Tel. Uhl. 9090.

Jg. Mann, 21 Jh., sucht Stellung als **Volontär** in der Autobranche. Kenntnisse vorhand. Ck. 42802 Ullstein-Fil. Charlottenburg, Kantstr. 28.

Gutsinspektor
verheiratet, bei großer Verwaltung in Oberschlesien in ungekündigter Stellung, 37 Jahre alt, hiesiges 2500 Morgen großes Gut 8 Jahre vollkommen selbständig bewirtschaftet, da Chef nicht da, sucht für 1. 7. 23 der politischen Lage wegen anderweitige selbständige
Vertrauensstellung
am liebsten auf größerer Begüterung. Kaution in jeder Höhe Zuschriften unter **W Voss 149** an Verlag Ullstein, Breslau 1, Zwingerplatz 2.

Kolb & Schüle A.-G. in Kirchheim-Teck.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu der am **Freitag, dem 16. März 1923, vorm. 10 Uhr,** in den **Geschäftsräumen der Gesellschaft in Kirchheim-Teck** stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresberichts mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie über die Verwendung des Reingewinns.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahl.
5. Aenderung des § 23 des Statuts betreffend die Bezüge des Aufsichtsrats und des § 24 des Statuts betreffend das Stimmrecht der Vorzugsaktien. Gemäß § 278 Abs. 2 HGB. bedarf es zur Beschlußfassung über letzteren Antrag neben dem Beschluß der Generalversammlung eines in gesonderter Abstimmung gefaßten Beschlusses der Aktionäre jeder Gattung.

Zur Teilnahme an den Beschlußfassungen der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt, welcher sich bis spätestens mit Ablauf des vierten Werktages vor der Generalversammlung über seinen Aktienbesitz dadurch ausweist, daß er seine Aktien entweder bei der Gesellschaft selbst, bei der **Dresdner Bank** in **Berlin, Frankfurt a. M., Heilbronn, Mannheim, München, Nürnberg, Schlitz in Oberhessen, Stuttgart, Ulm,** bei der **Bayerischen Vereinsbank Filiale Bayreuth,** bei der **Basler Handelsbank** in **Basel oder Zürich** oder bei einem **Notar** hinterlegt und bis nach der Generalversammlung beläßt, auch genügt die Beibringung eines Depotscheins der Reichsbank. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist gleichzeitig mit dieser, spätestens mit Ablauf der festgesetzten Hinterlegungsfrist, beim Vorstand der Gesellschaft ein genaues Nummernverzeichnis der hinterlegten Aktien einzureichen.

Kirchheim-Teck, den 13. Februar 1923.

Für den Aufsichtsrat:
Ph. Helbing Vorsitzender.

Tüll- und Gardinen-Weberei Aktiengesellschaft, Plauen-Haselbrunn i. V.

Bezugsangebot auf neue Aktien.

Die außerordentliche Generalversammlung der Tüll- und Gardinen-Weberei Aktiengesellschaft, Plauen-Haselbrunn i. V., vom 9. Februar 1923 hat u. a. beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von 10 Millionen Mark um nom. M. 15 000 000 auf 25 Millionen Mark durch Ausgabe von 10 000 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Stamm-Aktien über je M. 1 000 und 1 000 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Stamm-Aktien über je M. 5 000 Nennbetrag zu erhöhen. Die neuen Aktien, welche für das laufende Geschäftsjahr volle Dividendenberechtigung haben, sind von der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Dresden mit der Verpflichtung übernommen worden, den alten Aktionären der Gesellschaft ein Bezugsrecht in der Weise anzubieten, daß auf M. 1 000 Nennwert alte Aktien — sowohl Stamm-Aktien wie Vorzugs-Aktien — M. 1 000 Nennwert junge Stamm-Aktien zum Kurse von 1000 % zuzüglich eines nach der amtlichen Notierung des Bezugsrechts an der Berliner Börse festzusetzenden Pauschales zur Abgeltung der Steuer auf die Einräumung von Bezugsrechten, sowie Börsenumsatzsteuer bezogen werden können.

Vorbehaltlich der Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister fordern wir die Aktionäre auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Anmeldungen zur Ausübung des Bezugsrechts haben bei Vermeidung des Ausschlusses

bis einschließlich 5. März 1923

in Berlin bei der **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,** oder bei der Bankfirma **Georg Fromberg & Co., Berlin W 8,**
in Chemnitz bei der **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Chemnitz, Johannisplatz 4,**
in **Dresden** bei der **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Dresden,**
in **Plauen i. V.** bei der **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Plauen i. V.**

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar provisionsfrei, sofern die alten Aktien, nach der Nummernfolge geordnet, ohne Dividendenscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein eingereicht werden.

Soweit die Ausübung im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen.

Die Aktienurkunden, für welche das Bezugsrecht ausgeübt wird, werden abgestempelt zurückgegeben.

Der Pauschalbetrag für die Bezugsrechtsteuer ist vom 2. März 1923 an bei den Bezugsstellen zu erfahren. Der sich danach ergebende Bezugspreis für die neuen Aktien in Höhe von 1000 % = M 10 000 zuzüglich des erwähnten Pauschales sowie zuzüglich Börsenumsatzsteuer ist vom 2. März bis 5. März 1923 bar zu erlegen. Soweit der Bezugspreis vor Festsetzung des Pauschales zur Abgeltung der Bezugsrechtsteuer entrichtet wird, ist das Pauschale in der gleichen Frist nachzuzahlen. Bei nicht rechtzeitigem Eingang werden Verzugszinsen berechnet.

4. Ueber die geleistete Einzahlung wird Quittung erteilt.
5. Die Aktienurkunden über die neuen Aktien werden bei derjenigen Stelle, bei welcher die Einzahlung geleistet ist, nach Fertigstellung gegen Quittung und Rückgabe der Kassenquittung über die Einzahlung ausgehändigt.
6. Die Vermittelung des An- und Verkaufes der Bezugsrechte einzelner Aktien übernehmen die Anmeldestellen.
7. Formulare für die Anmeldungen sind bei den obengenannten Stellen kostenfrei erhältlich.

Dresden, im Februar 1923.

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Dresden.

Deutsche Vorkriegs-Vermögen in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Nach vorliegenden Nachrichten ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Gesetzentwurf über die Freigabe deutscher Vermögenswerte bis zur Höhe von $ 10 000.— und die Freigabe der Zinsen noch in der jetzigen Session des nordamerikanischen Kongresses zum Gesetz erhoben wird

Unsere Gesellschaft ist in Verbindung mit der International Acceptance Bank, Inc., 31, Pine Street, New-York, nunmehr bereit, sich mit der Vorbereitung der Anträge auf Freigabe zu befassen.

Wir geben Interessenten anheim, sich an unsere Niederlassungen **Hamburg 1,** Ferdinandstraße 75, oder **Berlin W 56,** Jägerstraße 52, zu wenden

Deutsche Waren-Treuhand-Aktiengesellschaft.

Deutsche Immobilien-Verkehrs-Aktiengesellschaft.

Bilanz per 31. Dezember 1922.

Soll.	M.
Kassenbestand	2 649 765,75
Bankenbestand	576 080,10
Postscheckbestand	390,99
Konto-Korrent-Debitoren	1 863 695,50
Grundstücks-Konto	24 015 676,06
Beteiligungs-Konto	1 010 500,—
Hypotheken-Konto II	395 000,—
Kautions-Konto	28 100,—
	30 539 208,40

Haben.		M.
Aktien-Kapital-Konto	5 000 000,—	
do. dividendenberechtigt ab 1. 1. 23	15 000 000,—	20 000 000,—
Konto-Korrent-Kreditoren		2 942 368,35
Hypotheken-Konto I		2 738 600,—
Gewinn p. 1922		4 858 240,05
		30 539 208,40

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	M.
Handlungs-Unkosten-Konto	1 582 896,18
Zinsen-Konto I	54 298,55
Haus-Unkosten-Konto	97 026,20
Gewinn p. 1922	4 858 240,05
	6 592 460,98

Haben.	M.
Grundstücks-Konto	1 194 210,40
Haus-Ertrags-Konto	97 117,08
Zinsen-Konto II	60 333,50
Provisions-Konto	5 240 800,—
	6 592 460,98

Berlin-Grunewald, den 12. Februar 1923.

Der Aufsichtsrat:
Joseph.
Der Vorstand:
Walter Scharr.

Hausschneiderin., erstkl., K. 4000, s. Beschäft. Ck. 42301 Ullst.-Fil. Charl., Kantstr. 28.

VILLA gesucht
westlich. Vorort. Genaue Beschreibung m. Plan vom Eigentümer. Offerten unter **M. 6123** an Heinr. Eisler, Ann.-Expd., Berl. SW 48

Zeitungen
Kilo 350 Mark!
Bücher 250, Stampfpapier 200, Akten, Skripturen (Vernichtung unt. Garantie), Felle, Metalle, Lumpen, Flaschen kaufe zu höchst. Tagespr.
Schomburg, Pfalzburger Str. 13. Tel. Uhland 6227. Von 500 Kilogr. an Engrospreise.

Bechstein-Flügel
f. g. erh., 4 Mill., Blüthner-, Duysen-, Feurich-Flügel und Pianos.
Konetzny, Bülowst. 48

Pianos, Flügel
kauft Pianomag. Barbarossastr. 2, Noll. 3897

Aus Privathand
Schlaf-, Speise-, Herrenzim., einz. Möbel, Klaviere, Perserteppiche sucht **Frischer,** Charlbg., **Krumme Str. 65,** Stpl. 8295.

Prismen-Feldstecher
schnellst. zu kauf. ges. Photoh. Steckelmann Potsdamer Str 135

8% Anleihe der Stadt Köln.

Nachdem die eingegangenen Zeichnungen den aufgelegten Betrag von M. 2 000 000 000 bereits erheblich überschreiten, hat die Stadt Köln die staatliche Genehmigung zur Erhöhung des Anleihebetrages auf insgesamt M. 6 000 000 000 beantragt. Infolgedessen wird der zur Zeichnung aufliegende Betrag auf

M. 6 000 000 000

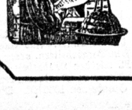
erhöht. Die Zeichnungsbedingungen sind unverändert.

Zeichnungspreis 97 %.

Der Ablauf der Zeichnungsfrist wird bis zum 24. Februar, vormittags 11 Uhr, verlängert; früherer Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Berlin, Köln, Düsseldorf, Barmen, Frankfurt a. M., Hamburg, im Februar 1923.

Deutsche Bank. Direction der Disconto-Gesellschaft. Dresdner Bank. Mendelssohn & Co. Deichmann & Co. Delbrück von der Heydt & Co. A. Levy. Sal. Oppenheim jr. & Cie. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G. Leopold Seligmann, J. H. Stein, Landesbank der Rheinprovinz. Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Lazard Speyer-Ellissen, M. M. Warburg & Co.



AUGENGLÄSER
für ARBEITSBEDARF, SPORT und GESELLSCHAFT
Neuheiten in Rundglas-Brillen und Kneifern
Beste Einrichtung für wissenschaftliche Augenuntersuchung
Prismen-Feldstecher, Theatergläser, Mikroskope
RODENSTOCK G.m.b.H.
Leipziger Str. 101-102, Eckhaus Equitable, Friedrichstr. 59-60
Rosenthaler Str 45, Joachimsthaler Str. 44, Grunewaldstr. 56
PHOTO-SPEZIAL-ABTEILUNG
Apparate und Bedarfsartikel.

Umschau in Technik und Wirtschaft

Nr. 7 — Beilage zur Vossischen Zeitung vom 16. Februar — 1923

Die Wasserwirtschaft.

Von
Baurat Galland.

Das Wasser, das durch atmosphärische Niederschläge in Form von Regen und Schnee auf die Erdoberfläche herabfällt oder sich als Tau, Reif oder Nebel herabsenkt, ist für alles Leben auf der Erde unentbehrlich. Die atmosphärischen Niederschläge entstehen durch Verdunstung auf dem festen Lande, in der Hauptsache aber durch Verdunstung auf den ungeheuren Meeresoberflächen, die ungefähr 70 v. H. der gesamten Oberfläche der Erde betragen. Die Sonne aber leistet die gewaltige Arbeit der Verdunstung.

Wenn nun der Zuschuß an Wasser, der durch Verdunstung auf den Meeresoberflächen entstanden ist, nennen wir sie kurz „Meereszufuhr", größer wird als der Ablauf aus den Flüssen ins Meer, so entsteht auf dem Lande eine Anreicherung, d. h. eine Aufspeicherung von Wasser, andernfalls eine Verminderung der Wasservorräte.

Schwankungen im oberirdischen Abfluß, die sich alljährlich zu bestimmten Zeiten wiederholen, sind jahreszeitliche Erscheinungen, andere aber, die mehr oder weniger periodisch in nassen oder trockenen Jahresreihen auftreten, sind als klimatische Schwankungen anzusprechen. Troß der großen Vorräte im Erdboden, deren Menge ebenso jahreszeitlich und periodisch in hohem Maße schwankt, ist eine Ungleichmäßigkeit des Abflusses in den Flüssen nicht zu vermeiden, aber sie kann teilweise durch zweckmäßige Maßnahmen der Wasserwirtschaft ausgeglichen werden.

Das auf der Erdoberfläche vorhandene oder im Erdboden sich vorfindende Wasser dient in so vielfacher Weise zur Erhaltung unserer Lebensbedingungen, wirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecken, wie es sich die meisten Menschen nicht vorstellen können. Menschen und Tiere brauchen Trinkwasser; es wird Quellen und Brunnen, den Grundwasserschichten oder Flüssen und Seen entnommen, um teils im Naturzustande, teils besonders aufbereitet verbraucht zu werden. Die Pflanzen erhalten das Wasser unmittelbar aus Niederschlägen, oder sie holen sich durch ihre Wurzeln das als „Grund-" oder „Haftwasser" im Erdboden vorhandene Naß. Fehlt es an den genügenden Mengen, so muß der Mensch durch künstliche Bewässerungsanlagen den Landkulturen Wasser zuführen.

In Flüssen und Kanälen wird das Wasser der Schiffahrt und Flößerei dienstbar gemacht. Wo sich in fließenden Gewässern ein stärkeres Gefälle zeigt oder zu schaffen ist, hat der Erfindungsgeist Wasserkraftmaschinen eingebaut, die die Städte, Industrie und Gewerbe sowie die Landwirtschaft mit elektrischer Energie versorgen oder zu sonstigen Zwecken Kraft abgeben. Viele Industrien brauchen außerdem Wasser zu Nutzzwecken in ihren Betrieben, Bergwerke und Salinen geben ihre Anfallwasser ab, zu denen sich die große Menge der Schmutzwässer aus menschlichen Siedlungen, aus Industrie und Gewerbe gesellt. Die Wasserläufe müssen alle diese Abwässer nach vorheriger, mehr oder minder sorgfältiger Reinigung mit zu Tal nehmen.

Das Wasser fällt aber nicht das ganze Jahr hindurch gleichmäßig auf die Erde herab. Auf die Menge hat der Mensch keinen Einfluß; Aufgabe der Wasserwirtschaft wird es sein müssen, die jeweils vorhandenen Wassermengen wirtschaftlich richtig zu verteilen und zu verwenden und einen gerechten Ausgleich zwischen den ganz verschieden gearteten Interessen der Verbraucher zu schaffen. Aufgabe der Wasserwirtschaft ist es auch, aus den Ueberschußmengen in wasserreicher Zeit Vorräte hinüberzuretten in die Zeiten des Mangels und der Trockenheit, d. h. also Speicherwirtschaft zu treiben. Je intensiver die Wassernutzung mit steigender Kultur und Besiedlung, desto größere Bedeutung wird gerade diesem Zweige der Wasserwirtschaft zufallen.

Flüsse und Kanäle würden bei Wassermangel zeitweise ohne ausreichende Wassertiefe sein, um der Schiffahrt dienen zu können; aus Sammelbecken, die in Ueberschußzeiten gefüllt werden, kann während der Trockenzeiten das erforderliche Wasser den Flüssen zugeleitet werden. Den Unheil bringenden, plötzlich zu Tal stürzenden Hochwässern wird durch die Talsperren Halt geboten, sie werden in den Staubecken aufgefangen und in ihrer Abflußmenge geregelt, in ihrer Wucht gebändigt, den Verbrauchszwecken richtig dienstbar gemacht.

Die Abwässer der Städte, der Bergwerke und Industrie dürfen nicht ohne weiteres im Zustand ihrer Verunreinigung den Flüssen wieder zugeführt werden, da hierdurch Gesundheitsschädigungen von Menschen und Tieren entstehen und besonders der Fischbestand des Vorfluters leiden würde. Die Wasserwirtschaft hat hier zu sorgen, daß die Abwässer ausreichend wieder geklärt werden, und daß der Zulauf in die Flüsse in einer Form geschieht, welche Schädigungen der Allgemeinheit ausschließt. — Auf die mannigfachen Verfahrensarten bei der Reinigung kann hier nicht näher eingegangen werden; es sei nur erwähnt, daß außer der mechanischen Entfernung der groben Beimengungen eine Feinreinigung im sogenannten Absitzverfahren unter Umständen unter Zugabe besonderer chemischer Stoffe und andererseits durch ein biologisches Klärverfahren oder auch beide in Verbindung miteinander in Frage kommen können.

Von ganz besonderer Bedeutung für unsere Ernährungswirtschaft ist die Wasserwirtschaft im Dienste der Landeskultur; sie ermöglicht uns, die zweckmäßige Entwässerung zu nassen, versumpften Bodens (auch in der Moorkultur) und Bewässerung von Ländereien zu gegebenen Zeiten und mit entsprechenden Wassermengen durchzuführen. Die Entwässerung und ihre Regelung kann mittels offener durch Staue zu regelnder Wasserzüge oder aber unterirdisch durch Dränungen (Dränage) erfolgen. Voraussetzung für den Erfolg landeskultureller Wasserwirtschaftsarbeiten ist u. a. auch eine genaue Kenntnis über das Verhalten und den Verlauf der Stände des Grundwassers, eine Frage, der erst neuerdings erhöhte Beachtung geschenkt wird.

Wohin würde es aber nun führen, wenn ein Besitzer einer heilkräftigen Quelle dadurch in seinem Besitz gestört wird, daß jeder dritte ihm vom Nachbargrundstücke aus den Zulauf dieser Quelle abfangen könnte? Wer eine Wasserkraftanlage auf seinem Besitztum hat, darf nich schrankenlos das Wasser aufstauen, oder zeitlich auf längere Dauer zurückhalten, ohne daß auf die oberhalb und unterhalb seines Besitzes liegenden Wasserinteressenten Rücksicht genommen wird. Hier muß der Gesetzgeber eingreifen.

Grundsätzlich steht das Eigentum an den großen Wasserläufen dem Staate zu, an kleineren den Eigentümern der Ufergrundstücke anteilig bis zur Mittellinie des Flusses. Auf Grundstücken hat der Eigentümer das Anrecht auf das im Boden befindliche Wasser. Wenn aber ein jeder das ihm zukommende Wasser schrankenlos verwenden wollte, würde eine Beeinträchtigung der Allgemeinheit oder anderer Berechtigter eintreten. Hier war der erste Anlaß zu einer Wasserwirtschaft durch die Gesetzgebung gegeben, die Wassergesetze der verschiedenen Länder regeln die Nutzung und Abführung des Wassers. Sache der Behörden und der der Wasserwirtschaft sich widmenden Verbände ist es, die Vorschläge für Vervollkommnung der Gesetze und Vorschriften zu machen und dauernd im Sinne der für die Interessen des Landes so wichtigen Wasserwirtschaft tätig zu sein.

Aus der Welt der Technik.

Die Danziger Technische Hochschule hat die Würde eines Dr.-Ing. e. h. folgenden Technikern verliehen: Dr. phil. A. Ebeling, Direktor der Siemens u. Halske A.-G., wegen seiner Verdienste um die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Fernsprechkabel, ferner dem Geh. Oberpostrat im Reichspostministerium P. Crämer wegen seiner Verdienste um die Errichtung und Weiterbildung des Liniennetzes für Telegraphie.

*

Kommerzienrat Ludowici in Jockgrim in der Pfalz wurde wegen seiner Verdienste um die Archäologie zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät der Universität Würzburg ernannt.

*

Der Hamburger Ingenieur und Leiter der Wassermesser-Abteilung am Hamburger Wasserwerk, Gottfried Klein, erhielt von der Leitung der Wasserwerke in Neapel ein Angebot zur Reorganisation des dortigen Wassermesserbetriebes.

*

Dem Fabrikanten Matthias Lautenschläger in Berlin, einem gebürtigen Bayern, ist wegen seiner Verdienste um die Erfindung und Erbauung wissenschaftlicher Hilfsapparate von der tierärztlichen Fakultät der Universität München der Doktortitel h. c. verliehen worden.

*

Der ordentliche Professor Dr.-Ing. Ludwig Gümbel ist im bald vollendeten 48. Lebensjahre in Charlottenburg gestorben. Der ausgezeichnete Schiffbautechniker war am 12. März 1874 in St. Julian in der Rheinpfalz geboren. Im Jahre 1910 berief ihn die Berliner Technische Hochschule in das Ordinariat für Schiffbautechnik, insbesondere für Schiffskessel und Schiffshilfsmaschinen. Hier hat er 13 Jahre lang verdienstvoll gewirkt und sich als Konstrukteur ebenso wie als Lehrer eines berechtigten Ansehens erfreuen dürfen. Die Beerdigung Gümbels fand diesen Mittwoch nachmittag auf dem alten Luisenkirchhof in Charlottenburg statt.

Die Braunkohlenvorräte Preußens. Preußen hat in den Jahren 1921/22 die Braunkohlenvorräte inventarisiert. Diese Inventarisierung ist von der Preußischen Geologischen Landesanstalt ausgeführt worden. Man hat dabei das alles als Tagebaugebiet berücksichtigt, wo das Verhältnis von Kohle zum Deckgebirge günstiger als 1 : 2,5 war. Bei Tagebauen hat man 30 v. H., bei Tiefbauen 50 v. H. Abbauverlust in Rechnung gestellt. Schwache Braunkohlenflöze, die flächenhaft auftreten, sind nicht mit eingerechnet. Beim Lesen der folgenden Zahlen beachte man, daß sie Millionen Kubikmeter bedeuten und in der ersten Reihe für Tagebau, in der zweiten Reihe für Tiefbau gelten: Niederrhein (Revier Köln Ost, Köln West) = 2315,34; 1382,00; Westerwald (Revier Dillenburg) —; 105,00; Kassel 37,09; 123,80; Schmalkalden 0,93; 7,40; Nordhausen —; 7,38; Goslar 0,18; 0,05; Hannover (Süd und Nord) 4,00; —; Celle —; 103,25; Halberstadt 82,55; 518,66; Magdeburg 78,50; 575,00; Eisleben —; 1,75; Naumburg 350,00; 125,00; Zeitz 355,80 306,43; West-Halle 1140,50; 384,60 Ost-Halle 882,11; 749,09; West-Kottbus 254,57; 1323,47; Ost-Kottbus 313,77; 3332,36; Görlitz 874,71; 865,55; Frankfurt a. d. O. 40,01; 430,54; Ost-Waldenburg —; 64,50; West-Waldenburg 0,008; 16,69. Das sind zusammen gegen 6730,00 Millionen Kubikmeter im Tagebau zu gewinnender Braunkohlen. Dem stehen 10 417,00 Millionen Kubikmeter Braunkohlen entgegen, die Tiefbau fördern muß.

Die Technik im Auslande.

Die Photographische Setzmaschine ist eine neue Erfindung, die sich die Firma Robertson, Brown u. Orell in St. Annes kürzlich patentieren ließ. Der Apparat ist äußerlich der Linotype ähnlich. Die Matrizen sind jedoch kleine Glasnegative oder -positive des Buchstabenbildes, die am Fuß eine Metallschiene besitzen und an deren Kopf ebenfalls ein Metallstück mit Signaturen für das Ablegen angebracht ist. Für jeden Buchstaben bestehen einzelne Negative, die durch Anschlagen der Tastatur freigegeben werden und zu einem Zeilenträger laufen. Ist eine Zeile gesetzt, so wird sie automatisch in gleiche Höhe wie die Kamera und die Beleuchtungsquelle gehoben und der Kameraverschluß selbsttätig geöffnet; das Licht fällt durch die Glasbuchstaben, und die Zeile wird auf einem Film aufgenommen. Ist dies geschehen, so senkt sich der Zeilenträger wieder automatisch, die Buchstaben werden dem Verteiler zugeführt und eine neue Zeile gesetzt. Auf diese Weise werden die Spalten oder Buchseiten fortlaufend gesetzt und aufgenommen. Der Film wird dann in üblicher Weise weiterbehandelt und zum Uebertragen auf die Zinkplatte, von der der Druck erfolgen soll, benutzt. Besondere Vorrichtungen gestatten, das Bild der Zeile zu vergrößern oder zu verkleinern, so daß von einer Schrift die verschiedensten Grade erzielt werden können. Wie der „Allg. Anz. f. Druckereien" erfährt, ist diese Maschine bereits für den Satz von zwei Zeitungen, der „Blackpool Times" und „Sunday Expreß", mit Erfolg in Gebrauch, die dann in Offsetdruck gedruckt werden.

Dieselelektrische Triebwagen in Schweden. In Schweden, wo die auf einen Einwohner entfallende Kilometerleistung der Eisenbahnen größer ist als in irgendeinem anderen Lande Europas, hat man Triebwagen mit Dieselmotoren und elektrischer Kraftübertragung auf die angetriebenen Räder aus wirtschaftlichen Erwägungen in verhältnismäßig großem Umfange in Verwendung genommen. Seit dem Jahre 1913 sind solche Wagen für sieben verschiedene Linien im Betriebe, zunächst mit Leistungen von 75 und 120 PS und neuerdings mit solchen von 160 und 250 PS. Wie Baurat G. Soberski in Heft 7 der „Verkehrstechnik" (Verlag Berlin SW 68, Kochstraße 22/26) berichtet, haben im gewöhnlichen Betriebe die 160-PS-Triebwagen bei einem Zuggewicht von 90 t nur einen Brennstoffverbrauch von 0,8 kg für den Kilometer. Bei einer Probefahrt über 35 km betrug der Brennstoffverbrauch dem Gewicht nach nur 6 v. H. des Kohlenverbrauchs einer Dampflokomotive bei gleicher Leistung. Da zurzeit des Versuchs ein Kilogramm Dieselöl ebensoviel kostet wie ein Kilogramm Steinkohle, so gilt das eben angegebene Verhältnis auch für die geldlichen Aufwendungen. Im Vergleich mit der Dampflokomotive bietet aber der dieselelektrische Triebwagen auch noch den Vorteil wesentlich geringerer Bedienungs- und Unterhaltungskosten.

Die holländischen drahtlos telephonischen Konzerte sind seit längerer Zeit wieder aufgenommen worden. Sie finden reeglmäßig Donnerstags und Sonntags statt von 7 bis 10 Uhr abends. Sie werden mit 1500 W auf der 1050-Meter-Welle gegeben; die Reichweite wird auf 1500 Kilometer geschätzt. Man hofft, auf 3000 Kilometer zu kommen; dann würden außer dem zentralen und östlichen Europa ganz Kleinasien und Südägypten bestrichen werden.

Kohlenreichtum Spitzbergens. Im Jahre 1922 hat man gegen 300 000 Tonnen Kohle verschifft. Davon wurde 65 v. H. von norwegischen, 20 v. H. von schwedischen, 10 v. H. von holländischen und 5 v. H. von einer englisch-russischen Gesellschaft gefördert. Man gewinnt an der Adventbai gute Dampfkohlen, gute Schwelkohlen an der Königsbucht nördlich vom Eisfjord. Man steht jetzt mitten in Versuchen, aus den Schwelkohlen Oele zu gewinnen.

Technisch-wissenschaftliche Veranstaltungen

Hauptversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft 19. bis 24. Februar, Berlin. Hauptversammlung 24. Februar, vormittags 9 Uhr, Beethovensaal (Berlin W, Köthener Straße 32). Vorträge: Wie können die landwirtschaftlichen Institute die zahlreichen Anregungen der D. L. G. Tagungen zum Nutzen der Praxis verwerten (Professor Dr. Römer-Halle und Rittergutsbesitzer Reinhardt-Burgwerben); Die Gewinnung von Eiweiß im Inlande (Prof. Dr. Gerlach und Prof. Dr. Finkerling). — Kolonialabteilung 22. Februar, nachmittags 5 Uhr, Museum für Völkerkunde. Geh. Reg.-Rat Dr. Busse: Tagesfragen aus dem deutschen und ausländischen Tabakbau.

Deutsche Maschinentechnische Gesellschaft, Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Lindenstraße 80. 20. Februar, abends 7 Uhr, Künstlerhaus, Berlin W, Bellevuestraße 3. Regierungsbaurat Laubenheimer: Die Bauart der Großgüterwagen. (Mit Lichtbildern.)

Verein für Wasser- und Gaswirtschaft. 23. Februar, vorm. 9 Uhr, Rathaus Charlottenburg. Prof. Dr. Weider: Stand und Aussichten der Arbeiten über Lufthygiene. Stadtbaurat Dr.-Ing. Paul-Leipzig: Verwertung der Abwärme aus Wassergasanlagen. Geh. Oberregierungsrat Schlegelberger: Eintragung von Rechten ins preußische Wasserbuch. Prof. Dr. Wilhelmi: Der Wert der biologisch-mikroskopischen Wasseranlayse.

Technisch-wissenschaftliches Vortragswesen, Berlin. Dienstag, 6., 13., 20. und 27. März, abends 7½ Uhr, Berliner Technische Hochschule, Hörsaal 141. Dr.-Ing.: Nathalis: Wechselstromaufgaben in vektoranalytischer Behandlung. Hörergebühr 1000 M. Teilnehmerkarten von der Geschäftsstelle des T. W. V. Berlin, Sommerstraße 4a.

SUNLICHT
Aus edelsten Oelen nach besonderem Verfahren hergestellt
SEIFE
Darin liegt das Geheimnis für die stets gleichbleibende Güte!

Frisches Fleisch

Rinder-Querrippe Pfund 2000 M
Rinderkamm ..... Pfund 2100 M
Rinderbrust ..... Pfund 2200 M
Roastbeef mit Knochen, Pfd. 2600 M
Kalbskamm u.-Brust Pfd. 1900 M
Kalbsnierenbraten Pfd. 2100 M

Tafel-Margarine Pfd. 3900 M.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Mohrrüben ..... Pfund 50 M
Rote Rüben ..... Pfund 55 M
Weißkohl ..... Pfund 110 M
Sellerie ..... Pfund 40 u. 60 M
Zwiebeln ... Pfund 25 u. 34 M

Bratschollen ... Pfund 650 M
Grüne Heringe . Pfund 780 M
Dorsche ausgenommen Pfund 900 M
Große Lachsheringe vorzüglich 450 M
Hasen gestreift u. ausgewort. Pfund 1950 M

Frisches Fleisch

Kalbskeule ganz u. geteilt Pfd. 2100 M
Gehacktes Fleisch Pfd. 2500 M
Schweinebauch mit Beilage, Pfd. 3500 M
Schweinerücken mit Beilage Pfund 3500 M
Schweineschinken Pfd. 3500 M
Schweineblatt mit Beilage .. Pfd. 3500 M

Schweineschmalz Pfd. 4100 M.

Schiffahrt und Spedition

Lloyd Triestino Triest
Regelmäßiger Passagier- und Warendienst ab Triest nach der Adria, der Levante, dem Schwarzen Meer, Indien und dem Fernen Osten.
italienische Staatsbahnen

Cosulich Linie Triest
Regelmäßige Abfahrten von Triest nach New-York und Südamerika
Ital. Reiseverkehrsamt Rom

Navigazione Generale Italiana Genua
(La Veloce, Società Italiana di Servizi Marittimi, Roma)
Regelmäßiger Passagier- und Warendienst ab Genua und Neapel nach Nord-, Süd- und Zentralamerika, der Levante und dem Schwarzen Meer
Amtliches italienisches Reisebureau

Schiffs- und Eisenbahnkarten bei den Generalagenturen: **Berlin:** Unter den Linden 47 / **Hamburg:** Esplanade 22 / **München:** Maximilianstrasse 14 / **Wien I:** Kärntnerring 6.
Ferner bei Reisebureau J. Hartmann, **Köln,** Hohe Strasse 104-6, und **Frankfurt a. M.,** Bahnhofsplatz 8.

CUNARD LINIE

„Mauretania"
schnellster Dampfer der Welt

Regelmäßige Passagier- und Frachtlinien
nach allen Weltteilen.

DIREKTE LINIE
HAMBURG
via
Southampton-Cherbourg
NEW YORK
mittels Doppelschrauben-Passagierdampfer.
Nächste Abfahrt:
Schnelldampfer **„Tyrrhenia"**,
17000 To., I., II., III. Kl., Gelleuerg. 21. Febr.
Der Dampfer besitzt Kühlräume zur Aufbewahrg. leicht verderbl. Güter.
Hamburg—Southampton: Kajüte Lstr. 3.10 bis 5.-

CUNARD- ANCHOR- UND ANCHOR-DONALDSON-LINIEN
Nächste Abfahrten der Post- und Schnelldampfer von Cherbourg und englischen Häfen nach
Halifax D. „Cassandra" . . . 21. Feb.
Boston D. „Andania" . . . . 3. März
New York D. „Columbia" . . . 3. März
New York D. „Albania" . . . . 3 März

Weg. Passagen u. Frachten wende man sich an
Cunard See Transport Gesellschaft
m. b. H.,
HAMBURG, Neuer Jungfernstieg,
oder an
Cunard Linie Reisebureau G. m. b. H.,
Berlin, Unter den Linden 6.

HAPAG
PERSONEN- UND FRACHTVERKEHR

HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG-NEW YORK
HAMBG.-BALTIMORE
HAMBURG-BOSTON
HBG.-PHILADELPHIA
HAMBURG-NORFOLK
HAMBURG-BRASILIEN
HAMBURG-LA PLATA
in Verbindung mit den
UNITED AMERICAN LINES

HBG.-PACIFIC-KÜSTE
mit Dampfern der American Hawaiian Steamship Co.
HAMBURG-LEVANTE
in Verbindung mit der Deutschen Levante-Linie
HAMBURG-AFRIKA
in Verbindung mit der Woermann-Linie A.-G. der Deutschen-Ost-Afrika-Linie und der Hamburg-Bremen-Afrika-Linie A.-G.
HAMBURG-OSTASIEN
in Verbindung mit dem Norddeutschen Lloyd, Alfred Holt & Co., The Ellerman & Bucknall Steamship Co. Ltd.

HBG.-SÜDAMERIKA
HBG.-CUBA-MEXICO
HAMBG.-WESTINDIEN UND WESTKÜSTE
HBG.-ST. PETERSBURG
HAMBURG-RIGA
NORDSEEDIENST
OSTSEEDIENST
HAMBG.-RHEINLINIE
LUFTVERKEHR
Postbeförderung, Fern-, Rund- und Reklameflüge
REISEBÜRO
Eisenbahnfahrkarten, Selbstwagenplätze, Gepäckversicherung
SCHIFFSKARTEN
nach allen Überseehäfen
DURCHFRACHTEN
von und nach allen nordischen Hafenplätzen im Anschluß an vorstehende Linien

HAMBURG AMERIKA LINIE
HAMBURG
Reiseauskunfte erteilen die Geschäftsstellen in
Berlin W 8, Unter d. Linden 8, Potsdamer Platz 3 und Leipziger Str. (Kaufhaus Tietz).
Baden-Baden, Reisebüro H. Hansen Am Leopoldsplatz
Breslau, Schweidnitzer Stadtgraben 13
Dresden, Moscinskystr. 7
Frankfurt a. M., Kaiserstr. 14
Köln, am Kaufhaus Tietz
Leipzig, Augustusplatz 2
München, Arcisstraße 9
Stuttgart, Schloßstraße 6
sowie an allen größeren in- und ausländischen Plätzen
Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtbeauftragte G. m. b. H.
Berlin W 8,
Unter den Linden 8.

ROYAL MAIL LINE
Die Königl. Englische Postdampfer Linie
gegr. 1839
Regelmäßiger beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst
Hamburg-New York
Postdampfer **„Orbita"** 21. Februar
Postdampfer **„Orduna"** 28. März
Diese Dampfer besitzen vorzügliche Einrichtungen für Passagiere in der Kajüte und 3. Klasse.
Fahrpreis: Hamburg—Southampton Lstr. 3.10.— und Lstr. 5.—
Die Dampfer sind mit Kühlräumen versehen.
Brasilien-La Plata
von **Southampton**
Postdampfer **„Andes"** 23. Februar
„**Arlanza**" 9. März
Regelmäßiger Frachtdampfer-Dienst v. Hamburg nach
Westindien, Westküste Amerikas
Nähere Auskunft erteilen
ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.
Hamburg, Alsterdamm 39. Telephon: Norden 4030/31 Elbe 1365
in Berlin für Passage u. Fracht: Royal Mail G. m. b. H., Unter den Linden 17-18
Brasch & Rothenstein, Berlin, Unter den Linden 71. — Tel. Zentrum 9492.
Änderungen vorbehalten.

KÖNIGLICH HOLLÄNDISCHER LLOYD
VON AMSTERDAM NACH
SÜD AMERIKA
PERNAMBUCO-BAHIA-RIO DE JANEIRO
SANTOS-MONTEVIDEO-BUENOS-AIRES
NÄCHSTE ABFAHRTEN:
D. FLANDRIA 21. FEBR. — D. GELRIA 14. MÄRZ.
NÄHERE AUSKÜNFTE:
Für Passage: PASSAGE-AGENTUR DR. W. J. VAN BALEN, BERLIN NW 7, UNT. D. LINDEN 68a. TEL. ZENTRUM 8793.
Für Fracht: SEB. BOSER, G. M. B. H., BERLIN W 57, VERL. GROSS-GORSCHENSTR., PL. 118/119

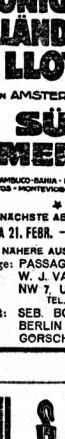
IV. Wiener Internationale Messe
18. bis 24. März.
Günstigste Einkaufsgelegenheit für alle Branchen.
Auskünfte:
Ehrenamtl. Vertreter der Wiener Intern. Messe
Hermann Schwarz,
Berlin W 66, Leipziger Str. 121.
Messeausweise, Fahrkarten, Pavillon, Unterkunftsvermittlung im Mitteleuropäischen Reisebüro (M E R 10) im Südbahnhof Stammlinie.
Große technische Messe.

OTTO SCHWARTZ
Breslau X, Matthiasstraße 12
Gegr. 1885. Tel. Amt Ring 573. 7251. 7293. 7905. 08. 07
Stabeisen, Bleche, Halbzeug, S. M.-Stahl
Fassoneisen, Abfallbleche, Bandeisen, Röhren, Schweiß- und Werkzeuggußstähle, Stanzweilen.
Für Fabrik- und Maschinenbedarf
Schrauben, Muttern, Unterlegscheiben, Nieten, Splinte, Spannschlösser.
Eisen- und Drahtwaren aller Art
Drähte, Nägel, Geflechte, Schaufeln, Spaten, Ketten, Heu-, Dung- und Rübengabeln, Sensen usw.
Ersatzteile für Maschinen und Geräte
der Landwirtschaft, Hufeisen, Wagen- und Pflugbauartikel.
Werkzeuge und Werkzeugmaschinen
für Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede, Stellmacher, Installations- und Automobil-Reparatur-Werkstätten.
Präzisionswerkzeuge für Eisenbahn-Werkstätten u. Maschinenfabriken: Spiralbohrer, Reibahlen, Schneidkluppen, Gewindebohrer, Fräser, Lehr- und Meßwerkzeuge
Großes Lager • sofortige Lieferung

BLECHE
FEIN- | MITTEL- | GROB-
0,4-3mm | 3-5mm | 5-50mm
roux der, Stanz- u. Tiefstanz-, Falz- und Stahlbleche,
VERBLEIT und VERZINKT
SCHWEITZER & OPPLER
KOMMANDIT-GESELLSCHAFT AUF AKTIEN
ABT. NEUEISEN ★ BERLIN NW. 7
TELEGR. LIDERON, FERNSPR. ZENTRUM 13286-92, 13328-29

Gummimaschinen
jeder Art
komplette Einrichtungen liefert Maschinenfabrik
Fr. Schwabenthan & Gomamm A.-G.
BERLIN N.

Kugellager
baut
Kinblingu. Co., Bln.,
Königsgräb. Str. 70.



Flaschenzüge
Winden
·Krane·
liefert sofort ab
Lager zu günstigen Preisen
Georg Wagner
BERLIN SO 16
Köpenicker Str. 71

Möbel
sehr preiswert
große Auswahl in
weißen und polierten
Schlafzimmern
Speisezimmern
Modernen Küchen
GEBR. KASSNER
Bülowstrasse 6,
am Nollendorfplatz

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Nr. 79 / 2. Beilage — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Freitag, 16. Februar 1923, mor ns

Wirtschaftliche Betriebsführung.

Jahresbericht des Brauerei-Sprit-Konzerns.

Der Abschluß der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, die, ebenso wie ihre Interessengemeinschafts-Gesellschaften, die C. A. F. Kahlbaum A.-G. und die Ostwerke A.-G., ihr Geschäftsjahr mit dem 31. August beendet, steht zwar, wie derjenige aller anderen industriellen Unternehmungen, im Zeichen der Markentwertung, er zeigt jedoch in seinen Ziffern die bis zu diesem Zeitpunkt eingetretene Geldentwertung nur zum Teil an. Daß das Herabgleiten unserer Währung in den Ziffern nicht ganz zum Ausdruck kommt, hängt damit zusammen, daß die Preispolitik der Brauereien verhältnismäßig maßvoll gewesen ist. Das trotzdem befriedigende Ergebnis konnte daher nur erreicht werden durch eine Steigerung des Absatzes und durch vorteilhaften Einkauf der Rohstoffe. Daneben hat die außerordentliche Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung die nennenswerte Erhöhung der Gewinnziffern und als deren Folge die Verteilung einer wesentlich gesteigerten Dividende ermöglicht. Die Entwicklung der Erträgnisse bei der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle:

(in tausend Mark)	1921/1922	1920/1921	1919/1920
Geschäftserträgnis	659 799	160 058	99 806
Unkosten, Steuern und Zinsen	537 531	143 537	89 919
Abschreibungen	16 104	4 534	4 299
Zuweisung zum Werkerhaltungs-Konto	20 988	—	—
Reingewinn	85 832	12 371	5 917
Dividende	58 000	8 000	3 960
„ in pCt.	58*	20**	12 bzw. 6
Wohlfahrtszwecke	7 689	1 347	475
Gewinnbeteiligung der Beamten und Arbeiter	11 721	1 653	816
Aufsichtsratstantieme	6 028	711	280
Neuer Vortrag	1 643	659	385

* auf 100 Mill. M. Kapital, ** auf 40 Mill. M. Kapital.

In der Bilanz stehen Grundstücke und Gebäude nur mit einem ganz wenig erhöhten Betrage, nämlich mit 53,34 (52,9) Mill. M. zu Buche. Dabei haben sich auf diesen Konten wichtige Veränderungen vollzogen, u. a. ist das Grundstück der früheren Pfefferberg-Brauerei verkauft worden. Da aber in der Provinz verschiedene Grundstücke für neue Niederlagen erworben worden sind und in Berlin außerdem der Ankauf des früheren Hilsebein-Grundstückes vorgenommen wurde, so konnte eben eine Ermäßigung dieser Konten nicht eintreten. Sämtliche mobilen Anlagen der Gesellschaft, also auch Maschinen, die in der Vorjahrsbilanz noch 2,08 Mill. M. darstellten, sind bis auf 100 M. abgeschrieben. Barbestände betragen 9,78 (1,41) Mill. Mark, Wertpapiere und Beteiligungen 4,76 (2,58) Mill. M., Guthaben bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften 299,82 (72,09) Mill. Mark, Darlehen 35,78 (14,1) Mill. M., Außenstände 58,44 (6,17) Mill. Mark, Vorräte 246,89 (46,75) Mill. M. Zu dem Konto der „Vorräte" ist besonders zu bemerken, daß am Bilanztage die Rohstoffe und Bierbestände der Gesellschaft beträchtlich höher als im Vorjahre gewesen sind. Das Unternehmen war an diesem Tage für den größten Teil des laufenden Jahres eingedeckt. Auf der Passivseite sind Gläubiger mit 230,08 (20,91) Mill. M. aufgeführt. Die Einlagen der Kunden und Angestellten belaufen sich auf 53,21 (36,18) Mill. M. Erwähnenswert ist noch die Steigerung der offenen Reserven von 21,57 auf 54,11 Mill. Mark, die im wesentlichen auf die vorgenommene Kapitalserhöhung zurückzuführen ist, und die Stärkung des Werkerhaltungskontos, dessen wir oben Erwähnung getan haben.

Das neue Geschäftsjahr ist durch die fortschreitende Geldentwertung und die daraus resultierende Steigerung aller Unkosten gekennzeichnet. Beeinflußt werden dürfte das Ergebnis auch durch die Absatzverringerung, die in den ersten Monaten des laufenden Jahres eingetreten ist. Trotzdem erwartet die Gesellschaft, daß sie sich bei der Widerstandsfähigkeit ihres eigenen Unternehmens und derjenigen der Konzern-Gesellschaften den schwierigen Zeit- und Wirtschaftsverhältnissen gegenüber mit Erfolg behaupten wird.

Bei der C. A. F. Kahlbaum A.-G. in Berlin ergab sich ein Bruttogewinn von 86,15 (i. V. 19,42) Mill. M., wozu der Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit 2,80 (1,68) Mill. M. tritt. Demgegenüber beanspruchten Handlungsunkosten 17,39 (3,18) Mill. M., Unkosten bei der Begebung von Obligationen 2,4 (3,63) Mill. M., so daß ein Reingewinn verbleibt von 69,24 (12,74) Mill. M. Hieraus werden, wie bereits gemeldet, 6 pCt. Dividende auf die Vorzugsaktien und 75 pCt. (26 pCt.) auf 80 (32) Mill. M. Stammaktien verteilt. Die Tantieme des Aufsichtsrats beläuft sich auf 4,65 Mill. (676 547) M., so daß auf neue Rechnung noch verbleiben 2,93 Mill. M. Das Geschäft der Gesellschaft besteht, nach der Abstoßung der Spritfabriken, im wesentlichen nur noch in der Fabrikation und dem Vertriebe von Likören und dem Weinhandel. Auf beiden Gebieten war die Gesellschaft erfolgreich tätig, insbesondere hat der Weinhandel eine erheblich gesteigerte Bedeutung für die Gesellschaft gewonnen. In der Bilanz stehen Warenvorräte und Betriebsmaterialien mit 298,17 (56,18) Mill. M. zu Buche, Beteiligungen mit 26,76 (10,21) Mill. M. Die starke Erhöhung dieses Kontos beruht auf dem Erwerbe der Aktien der Brauerei-Gesellschaft „Zur Sonne" in Speyer, worüber wir früher bereits berichtet haben, ferner auf Kapitalserhöhungen von Gesellschaften, an denen die Kahlbaum-A.-G. beteiligt ist, endlich auf Uebernahme von Aktien der Wenesti-Zigarettenfabrik. Dagegen sind die Anteile der C. A. F. Kahlbaum Chemische Fabrik G. m. b. H., wie erinnerlich, veräußert worden. Barbestände und Wechsel umfassen 3,07 Mill. (377 249) M., Guthaben bei Banken, Behörden usw. 90,39 (54,26) Mill. M., sonstige Debitoren 97,93 (21,29) Mill. M., dagegen Kreditoren einschließlich der Verbindlichkeiten bei Banken, Konzern- und Tochter-Gesellschaften 118,65 (31,28) Mill. M. Die gesetzliche Rücklage hat sich von 2,06 auf 47,38 Mill. M., die außerordentliche Rücklage von 13,66 auf 42,75 Mill. M. erhöht. Im laufenden Geschäftsjahre haben sich die Geschäfte der Gesellschaft weiter günstig entwickelt. Im Weinhandel rechnet die Verwaltung noch mit einer weiteren Ausdehnung ihrer Interessen.

Der Bruttogewinn der Ostwerke A.-G. hat sich im Geschäftsjahre 1921/1922 auf 110,73 (i. V. 52,49) Mill. M. erhöht. Unkosten beanspruchten 24,98 (7,74) Mill. M., Unkosten bei der Begebung von Obligationen 2,31 (3,55) Mill. M., so daß sich einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre von 3,23 Mill. M. ein Reingewinn ergibt von 86,66 (16,27) Mill. M. Hieraus erhalten 100 Mill. M. Stammaktien (i. V. 40 Mill. M.) 75 (26) pCt. Dividende, die Vorzugsaktien 6 pCt. Die Tantieme des Aufsichtsrats beträgt 5,88 Mill. (988 112) M. und der Vortrag auf neue Rechnung 3,31 Mill. M. Die Betriebe der Gesellschaft haben sämtlich ertragreich gearbeitet, ebenso erbrachten die Beteiligungen an anderen Unternehmungen durchweg zufriedenstellende Ergebnisse. Die Beteiligungen, die mit 28,67 (16,79) Mill. M. zu Buche stehen, haben sich in der Hauptsache um einen größeren Betrag von Aktien der Oberschlesischen Kokswerke vermehrt, die die Gesellschaft gegen Abstoßung von Anteilen der Chemischen Fabrik Kahlbaum und der Chemischen Fabrik Schering erhalten hat. Neu erworben wurde ferner die Majorität der Geschäftsanteile der Zuckerfabrik Thöringswerder G. m. b. H. Im übrigen beruht die Erhöhung dieses Kontos, ebenso wie diejenige des Wertpapier-Kontos, (333,34 Mill. M. gegen 128 Mill. M.) auf Kapitalsvermehrungen von Gesellschaften, an denen die Ostwerke beteiligt waren. Warenvorräte und Betriebsmaterialien erhöhten sich von 13,95 auf 68,45 Mill. Mark, Barbestände und Guthaben bei der Reichsbank und beim Postscheckamt sowie Wechsel von 3,28 auf 83,63 Mill. M., Guthaben bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften betragen 854,61 (74,85) Mill. M., sonstige Schuldner 398,31 (52,57) Mill. M., andererseits Kreditoren einschließlich der Verbindlichkeiten bei Banken, Konzern- und Tochtergesellschaften 1300,15, (147,25) Mill. M. Die außerordentlich hohen Posten dieser Art bei den Ostwerken, die die gleichen Konten bei den Schwestergesellschaften wesentlich übersteigen, beruhen darauf, daß die Ostwerke bei der Arbeitsteilung innerhalb des Konzerns die kassen- und bankmäßigen Geschäfte für die gesamte Interessengemeinschaft im wesentlichen übernommen haben. Ueber die Aussichten über das laufende Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß es der Gesellschaft gelungen ist, die für ihre Fabrikationsbetriebe erforderlichen Rohstoffe noch vor Eintritt der starken Markentwertung einzudecken, so daß ein befriedigendes Ergebnis gesichert erscheint.

Die Interventionen am Devisenmarkt.

Trotz der großen Interventionen, durch die der Dollar gestern bis unter 20 000 M. gedrückt wurde, verfügt die Reichsbank, nach unseren Informationen, noch über reichliches Devisenmaterial für eine weitere Regulierung des Marktes in dem ihr erwünscht erscheinenden Sinne. Das ist nicht so zu deuten, als ob mit Gewalt auf einen noch weiteren Druck auf die Devisen hingearbeitet werden soll. Indessen ist damit zu rechnen, daß das für die Mark zurückeroberte Terrain mit Energie verteidigt werden wird. Möglicherweise, ja wahrscheinlich ist damit nicht einmal die Herausgabe weiterer Posten von Devisen verbunden. Denn es zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß die Erschütterung des hohen Kursstandes der Devisen das von der reinen Spekulation oder von anderen Seiten in mehr oder weniger spekulativer Absicht zurückgehaltene Devisenmaterial in dem Maße herausbringt, wie die Aussicht auf einen neuen Umschwung schwindet. Es sieht danach aus, als ob wir hier erst am Anfang eines Prozesses der Lockerung von Devisenbeständen, die ohne zwingendes Bedürfnis zurückgehalten wurden, stehen. Die scharfe Einengung des hiesigen offenen Geldmarktes, die übrigens zusammen mit der Aktion am Devisenmarkt in wohlüberlegter Absicht bewirkt worden sein dürfte, fördert naturgemäß die Realisation unnötig konservierter Devisenvorräte. Da das so an den Markt kommende Material an fremden Zahlungsmitteln von der Reichsbank aufgenommen wird, füllt es ihre durch die Interventionen in Anspruch genommenen Devisenbestände wieder auf und stärkt ihre Fähigkeit zu einer weiteren planmäßigen Beschützung der Mark.

Eine zweite Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Die a.-o. G.-V. der Deutschen Grundkreditbank, Gotha, genehmigte den Gemeinschaftsvertrag mit der Preußischen Zentral-Boden-Kredit-Aktien-Bank und der Rheinisch-Westfälischen Bodenkredit A.-G., Köln. Der Vertrag soll der Vereinfachung der Verwaltung und zur Feststellung von gemeinsamen Grundsätzen bei der Gewinnverteilung dienen. Die Gesellschaften bleiben selbständig. Sie verpflichten sich, Vorzugsaktien mit 12fachem Stimmrecht zu schaffen, und zwar die Preußische Boden-Kredit 6 Mill. M., die Deutsche Grundkredit-Bank 3 Mill. M. und die Rheinisch-Westfälische Boden-Kredit-Bank 2 Mill. M. Nach Mitteilung der Verwaltung sind die 45 Mill. M., um welche das Aktienkapital auf Grund der letzten ao. G.-V. erhöht worden ist, zu 135 pCt. dem Konsortium überlassen worden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden: Dr. Salomonsohn (Disconto-Gesellschaft), von Schwabach (Bleichröder), Geheimrat Louis Hagen, Köln, und Gottfried von Langen, Köln. — Die ao. G.-V. der Preußischen Zentralbodenkredit-Aktienbank, Berlin, genehmigte gleichfalls den Interessengemeinschaftsvertrag. Ferner wurde beschlossen, die am 4. Oktober geschaffenen 6 Mill. M. Sonderaktien in Stammaktien umzuwandeln und das Grundkapital um 24 Mill. M. Stammaktien und 6 Mill. M. Namens-Vorzugsaktien, die mit einer 8prozentigen Vorzugsdividende und zwölffach qualifiziertem Stimmrecht ausgestattet sind und an die Inhaber der bisherigen 6 Mill. M. Sonderaktien begeben werden sollen, zu erhöhen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Direktor Nathan (Dresdner Bank), Dr. Solmsen (Disconto-Gesellschaft), Kommerzienrat Louis Hagen-Köln und Gottfried von Langen-Köln. — Ueber die ao. G.-V. der Rheinisch-Westfälischen Boden-Kredit-Bank, Köln, die bereits am 5. d. M. ihre Zustimmung zu dem Vertrag erteilte, wurde von uns s. Zt. berichtet.

Kapitalserhöhungen Frankfurter Banken. Der Aufsichtsrat der Frankfurter Bank, die vor kurzem mit der Deutschen Vereinsbank eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hat, beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals von 37 auf 82 Mill. M. durch Ausgabe von 44 Mill. Stammaktien und 1 Mill. M. Vorzugsaktien. Es ist in Aussicht genommen, daß ein unter Führung der Deutschen Vereinsbank stehendes Konsortium 24 Mill. M. Stammaktien den alten Aktionären zu 600 pCt. anbietet und 20 Mill. M. zugunsten der Frankfurter Bank verwertet werden. — Der Aufsichtsrat, der zum Sichelkonzern gehörigen Westbank A.-G. in Frankfurt a. M. beschloß, die Erhöhung des Aktienkapitals von 100 auf 500 Mill. vorzuschlagen. Es ist in Aussicht genommen, den bisherigen Aktionären einen Betrag von 250 Mill. M. neuer Aktien im Verhältnis von 2 : 5 anzubieten zu einem Kurse, der zurzeit mit 250 pCt. in Aussicht genommen ist. Die restlichen Aktien sollen im Interesse der Bank Verwendung finden.

Weitere Kapitalserhöhungen beantragen: Motoren-Werke Mannheim A.-G., vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau, um 10 auf 50 Mill. M. Ferner beantragt Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr. — Hannoversche Gummiwerke Excelsior A.-G. um 5½ Mill. M. Vorzugsaktien mit 20fachem Stimmrecht.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 15. Februar. (W. T. B.) Tägliches Geld 5 pCt. (Vortag: 5 pCt.). — Wechsel auf London (Cable Transf.) 4,68,87 (4,68,25), do. 60 Tage 4,66,25 (4,65,50), do. Paris 6,03 (6,01), do. Amsterdam 39,55 (39,51), do. Kopenhagen 19,07 (18,96), do. Prag 2,96 (2,97), do. **Berlin (Schlußkurs) G. 0,0050** (0,0045), do. **B. 0,0051** (0,0046), h. K. bz. 0,0053 (0,0046), n. K. bz. 0,0050 (0,0042). Silber, ausländisches 63⅝ (63⅝), do. inländisches 99⅝ (99⅝). — Kaffee loko 13⅛ (13¼). März 12,18 (12,43), Mai 11,58 (11,82), Juli 10,92 (11,16), Okt. 10,06 (10,28), Dez. 9,70 (9,93). — Baumwolle, Tendenz: stetig; loko 28,20 (28,05). Febr. 27,99 (27,82), März 28,09 (27,92), April 28,21 (28,08), Mai 28,32 (28,23), Juni 28,07 (27,98). — Baumwollzufuhr i. Atl. u. Golfhäf. 22 000 (7000). Metalle: Elektrolytkupfer loko 15¼—15⅛ (15¼), Zinn loko 41,75 (41), Blei loko 8,12 (8,12), Zink loko 7,17 (7,12), Eisen 28 (28), Weißblech 4,75 (4,75). — Schmalz prime Western 12,05 (12,15). — Talg 9 (9). — Baumwollsaatöl loko 10,80 (10,85), Mai 11,17 (11,38). — Petroleum in Cases 16,50 (16,50), do. in Tanks 7 (7), do. Standard white 13,25 (13,25), do. Credit balances 4,25 (4). — Zucker, Zentrifugal 6,53 (7,15 Verkäufer). — Terpentin 149 (148½). — Savannah, Terpentin 142 (142). — New Orleans, Baumwolle loko 28,50 (28,50).

New York, 15. Februar. (W. T. B.) Weizen Rotwinter loko 137 (Vortag 141), do. Hartwinter loko 133 (137). — Mais neue Ernte loko 89 (91). — Mehl spring wheat chears 5,50—5,60 (5,50—5,60). Getreidefracht n. England 1 sh 8 d (1 sh 8 d), do. n. d. Kontinent 8 c (8 c).

Chicago, 15. Februar. (W. T. B.) Weizen. Tendenz: Matt. do. per Mai 119⅞ (123¾), do. per Juli 114¾ (117⅝). — Mais: Tendenz kaum stetig. do. per Mai 74¾ (76¼), do. per Juli 75¾ (77). — Hafer per Mai 46⅛ (46⅞), do. per Juli 45⅛ (45⅞). — Roggen per Mai 87⅛ (89¾) do. per Juli — (87⅝). — Schmalz per März 11,15 (11,27½), do. per Mai 11,30 (11,42½). — Rippen per März 10,80 (10,90). — Speck niedr. Preis 10,50 (10,25), do. höchst. Preis 11,25 (11,25). — Leichte Schweine niedr. Preis 8,40 (8,25), do. höchst. Preis 8,65 (8,45), schwere do. niedr. Preis 7,95 (7,85), do. höchst. Preis 8,25 (8,10). — Schweinezufuhr i. Chicago 12 000 (22 000), do. i. Westen 65 000 (105 000).

*

Markparität: 0,0050 Cts. pro M. = 20 000 M. pro Doll.

Valuta- und Fondsmarkt.

Der Dollar abends 20 250

In den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden kam es am Devisenmarkt zu einer leichten Erholung. Eine vorübergehende Kaufwelle trieb den Dollar auf 21 000, doch ging der Kurs bald wieder auf 20 250 zurück. Zu diesem Preise blieben Käufer im Markt, obgleich New York anfangs gute Markkurse meldete. Die erste Marknotierung traf mit 0,0051 ein; das bedeutet etwa 19 600 für den Dollar. Von den übrigen Zahlungsmitteln nannte man: Holland 8000, Paris 1220 und Zürich 3600.

Amtliche Notierungen ausländischer Geldsorten u. Banknoten an der Berliner Börse vom 15. Februar.

Geldsort. u. Banknoten	15.2. Geld	15.2. Brief	14.2. Geld	14.2. Brief		15.2. Geld	15.2. Brief	14.2. Geld	14.2. Brief
					Jugoslav	177,55	178,45	214,45	215,55
					Norweg	3391,50	3408,50	4311,15	4335,85
Amerik. 1000–5 Doll.	19102,10	19197,90	23940,00	24060,00	Oest. neue	24,90	25,10	27,90	28,10
do. kl.	19050,15	19348,85	23840,25	23959,75	do. do. kl.	—	—	—	—
Belgische	967,5	972,45	1201,95	1208,05	Rumän	86,75	87,25	112,70	113,30
Dänische	3566,05	3583,95	4311,15	4335,85	do. ü. 500	—	—	—	—
Englische	90173,25	90626,75	109226,25	109773,75	Schwed	5062,30	5087,70	6109,65	6140,35
do. kleine	90024,35	90475,65	109176,35	109723,65	Schweiz	3305,95	3324,05	4314,15	4335,85
Finnische	478,8	481,2	578,55	581,45	Spanische	2992,50	3007,50	3566,05	3583,95
Französ	1135,15	1140,85	1401,45	1408,55	Tsch.-Slow	568,55	571,45	672,30	675,70
Holländ	7531,10	7568,90	9224,85	9278,15	do. unt. 100	567,55	570,45	671,30	674,70
Italien	892,7	897,25	1107,20	1112,8	Ungarische	5,88	5,92	6,93	6,97

Bulgarische 95,75 G., 96,25 B. (104,70 G., 105,30 B.).

Danzig, 15. Februar. (Sonderdienst der „Vossischen Zeitung".) Devisen: Dollar: 17 705,62 G., 17 794,38 B., Polennoten: 45,38 G., 45,62 B., Auszahlung Warschau: 40,89 G., 41,11 B., Auszahlung Posen: 40,89 G., 41,11 B., London 85 286,25 G., 85 713,75 B., Amsterdam 718,200 G., 721,800 B., Paris 112,218 G., 112,782 B. Effekten: Danziger Privataktienbank-Aktien 13 000, 3½proz. Danziger Stadtanleihe von 04 1000, 4proz. do. von 02 und 11 1500, do. von 19 1600.

Warschau, 15. Februar. (Sonderdienst d. „Vossischen Zeitung".) Devisen: Dollar: 49 000, London: 22 500, Paris: 3020, Brüssel: 2667½, Zürich: 8866, Prag: 14,80, Wien: 72, Berlin: 2,45½, 2,49½, Danzig: 2,52½.

Prag, 15. Februar. **Devisenkurse.** (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".)

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
Berlin	0,17½	0,18	Budapest	1,32	1,33	Paris	208,00	211,00
D. Marknot.	0,18¾	0,17½	New York	34,50	34,50	Rom	165,00	166,25
Wien	0,0502½	0,0502½	London	161,62½	161,62	Bukarest		

Sofia, 15. Februar. Devisen. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) London 832, New York 179, Paris 1045, Mailand 850, Berlin 0,90, Wien —, Prag 530, Warschau —.

Zürich, 15. Februar. **Devisenkurse.**

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
						Kopenhagen	101,00	100,50
Berlin	0,0265	0,0228	New York	5,33¾	5,33½	Stockholm	141,20	141,30
Wien	0,0074½	0,0074½	London	24,97	24,95	Christiania	99,25	99,25
Prag	15,75	15,80	Paris	31,95	32,25	Madrid	83,25	83,40
Budapest	0,20	0,20½	Italien	24,40	25,50	Buen. Aires	197,50	197,75
Holland	210,75	210,60	Brüssel	28,25	28,40	Bukarest	—	—

Warschau 0,01,30 (0,01,25) Belgrad 530 (52.).

Kurse von 5 Uhr nachmittags: Berlin 0,0270, London 24,97, Paris 32,52½, Mailand 25,57½, New York 5,33⅜.

Paris, 15. Februar. **Devisenkurse.** (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".)

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
Deutschland	0,08½	0,075	Holland	—	657,25	Bukarest	7,70	7,50
Amerika	16,41½	16,63½	Italien	79,1	78,30	Prag	48,50	49,20
Belgien	88,00	88,60	Schweiz	308,75	312,75	Wien	—	22,50
England	75,95	77,835	Spanien	256,75	259,0	Warschau	—	—

London, 15. Februar **Devisenkurse.** (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".)

	15.2. Geld	15.2. Brief	13.2. Geld	13.2. Brief					
					Rom	[illegible]	97½	7½	8
					Schweiz	24,94	[illegible]	24,92	24,97
					Amsterdam	0,84	0,84	11,83½	11,84
New York	4,6½	4,68½	4,67½	4,68	Madrid	29,94	29,96	29,97	29,99
Paris	76,80	76,90	77,90	77,7	Athen	[illegible]	[illegible]	3,80	3,90
Brüssel	87,45	87,55	88,40	88,5	Berlin	89000	91000	108000	110000

Aegypten 97 7/16 G., 97 9/16 B. Polen 175 000 G., 185 000 B.

Amsterdam, 15. Februar **Devisenkurse.**

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
London	11,85½	11,88¾	Wien	0,0035½	0,0036	New York	253,16	253⅜
Berlin	0,01,28½	0,01,11	Kopenhagen	48,10	48,00	Brüssel	13,15	13,42½
Paris	15,47½	15,22½	Stockholm	67,20	67,25	Madrid	39,45	39,60
Schweiz	47,45	47,52½	Christiania	47,10	47,25	Italien	12,15	12,17½

Prag 7,45—7,55 (7,45—7,55) Helsingfors 6,50—6,60 (6,50—6,65).

Stockholm, 15. Februar. **Devisenkurse.**

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
			Brüssel	20,00	20,40	Christiania	70,30	70,60
London	17,65	17,67	Schweiz	71,00	71,15	Washington	3,70½	3,76½
Berlin	0,02,10	0,01,65	Amsterdam	149,00	149,10	Helsingfors	10,00	9,88
Paris	22,75	22,90	Kopenhagen	71,60	71,50	Prag	11,30	11,30

Christiania. 15. Februar. **Devisenkurse.**

	15.2.	14.2.		15.2.	14.2.		15.2.	14.2.
			New York	5,37	5,38	Antwerpen	29,25	29,50
London	25,18	25,15	Amsterdam	213,0	212,50	Stockholm	142,80	142,75
Hamburg	0,02,75	0,02,25	Zürich	101,00	101,00	Kopenhagen	102,50	102,00
Paris	32,50	33,00	Helsingfors	14,25	14,0	Prag	16,25	16,25

Uebersee-Wechselkurse. (Telegramme der Deutschen Ueberseeischen Bank.) Valparaiso, 14. Februar. London (90 T/S.) 39,30 Pesos = 1 Pfd. Sterl., Berlin (Kabelzahlg.) 5 Centavos = 100 M., New York (Sicht) 8,49 Pesos = 1 US.-Doll., Gold 13,10 201 pCt. — Buenos Aires, 14. Februar. Berlin (Kabelzahlg.) 21 000—19 000 M. = 1 Goldpeso, New York (Kabelzahlg.) 118,75—118,90 Goldpesos = 100 US.-Doll. — Rio de Janeiro, 14. Februar. London (90 T/S.) 5 15/16 d = 1 Milreis, Berlin (Sicht) 45 Reis = 100 M., New York (Sicht) 8,700 Milreis = 1 US.-Dollar.

Neue Roheisenpreise. In der vorgestrigen Sitzung des Roheisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes in Hannover wurden die Roheisenpreise wie folgt festgelegt: Für Haematit und cu-armes Stahleisen für die Zeit vom 8.—15. Februar auf 779 100 M., für die Zeit vom 16.—23. Febrar auf 775 800 M., für Gießerei-Roheisen I. 749 100 M. bezw. 745 800 M., für Gießerei-Roheisen III. 746 100 bezw. für Gießerei-Roheisen III. 746 100 bez. 742 000 Mark, für Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität 736 100 bezw. 732 800 Mark, für Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität 736 100 beziehung/w. eisen 735 500 bezw. 1 003 600 M., Tempereisen 773 100 bzw 775 800 742 800 M., für Gießerei-Roheisen Luxemburger Qualität 736 100 bzw. 732 800 M., Siegerländer Stahleisen 701 400 bezw. 896 700 M., Spiegeleisen 735 500 bezw. 1 003 600 M., Tempereisen 773 1000 bezw. 775 8000 Mark, Ferro-Silicium 985 100 bezw. 1 013 700 M. Für die ab 6. Februar festgesetzten Preise bleiben die bisherigen Kurs-, Koks- und Frachtklauseln in Kraft. Für das mit englischer Kohle verblasene Eisen werden besondere Preise festgesetzt.

Schleswig-Holsteinische Bank, Husum. Die Verwaltung sieht eine Kapitalserhöhung um 90 auf 150 Mill. M. vor durch Ausgabe von Stammaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1923. Von den neuen Aktien werden 60 Mill. M. von einem Konsortium unter Führung der Dresdner Bank und der Commerz- und Privat Bank übernommen mit der Verpflichtung, davon 30 Mill. M. den Aktionären anzubieten so, daß auf je zwei alte eine junge Aktie zu 800 pCt. zuzüglich Schlußnotenstempel und Bezugsrechtssteuer entfällt. Die ferner von dem Konsortium übernommenen 30 Mill. M. sollen nach Vereinbarung mit der Bank freihändig verwertet werden. Die weiter auszugebenden 30 Mill. M. sollen als Schutzaktien dienen, zu pari ausgegeben und von einer der Bank nahestehenden Gesellschaft zu dauerndem Besitz übernommen werden. Es ist beabsichtigt, die Aktien nach Fertigstellung des Abschlusses für 1922 durch das erwähnte Konsortium an der Berliner Börse einführen zu lassen.

Eisenwerk L. Meyer jun. & Co. A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, der G.-V. eine Dividende pro Stammaktie von 30 Pf. zum Goldankaufspreis der Reichsbank am 14. Februar vorzuschlagen. Das Aktienkapital der Gesellschaft soll um 37 Mill. M. Stammaktien und 1 Mill. M. Vorzugsaktien auf 50 Mill. M. erhöht werden. Den alten Aktionären soll ein Bezugsrecht von drei neuen Aktien

auf eine alte zu 150 pCt. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1923 ab angeboten werden, wobei die Bezugsrechtssteuer die Aktionäre zu tragen haben.

Geschäftsberichte.

Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roeßler, Frankfurt a. M., Abschluß für das Zwischengeschäftsjahr vom 1. April bis 30. September 1922: Bruttogewinn 220,51 (1921/22: 88,62) Mill. M., Unkosten 101,34 (40,43) Mill. M., Abschreibungen 49,26 (9,87) Mill. M., Reingewinn einschl. Vortrag 70,84 (39,13) Mill. M. Daraus: wieder 6 pCt. Dividende auf die Vorzugs- und 40 (30) pCt. auf die Stammaktien, 935 808 (934 099) M. Vortrag auf neue Rechnung. Bilanz: Edelmetalle 53,21 (31,37) Mill. M., Wechsel 19,48 (45,52) Mill. M., Kasse, Postscheck und Giro 65,49 (22,60) Mill. M., Bankguthaben und kurze Darlehen 93,09 (72,36) Mill. M., Chemikalien 158,06 (38,86) Mill. M., Effekten und Beteiligungen 64,49 (46,48) Mill. Mark, Schulden 979,25 (268,09) Mill. M., gesetzliche Rücklage 190 (80) Mill. M., Gläubiger 965,49 (238) Mill. M. In der Metallabteilung war der Eingang an Scheidegütern, dank der noch anhaltenden Beschäftigung der Schmuckindustrie, dem Vorjahre entsprechend. Der Edelmetallhandel muß sich nach wie vor mit den geringen in Deutschland verfügbaren Mengen begnügen. Die Keramische Abteilung hat zufriedenstellend gearbeitet. In der Chemikalienabteilung leiden einige Zweige noch immer unter großen Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohmaterialien. In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrat schlägt die Gesellschaft die Erhöhung ihres Stammkapitals um 20 Mill. M. vor, Hand in Hand gehend mit einer Kapitalerhöhung bei den beiden anderen Firmen der Interessengemeinschaft. Gleichzeitig soll bei dieser Gelegenheit die bis jetzt noch sehr verschiedene Höhe der Stammkapitalien der drei Gesellschaften möglichst ausgeglichen werden. Da die Scheideanstalt in den letzten Jahren ihr Kapital wesentlich rascher vermehrt hat als die beiden anderen Gesellschaften, so entfällt auf sie nur ein kleiner Betrag der Erhöhung. Deshalb schlägt die Gesellschaft vor, von der Gewährung eines Bezugsrechtes an die Aktionäre diesmal abzusehen und die neuen Aktien zur Verwertung im Interesse der Gesellschaft zur Verfügung der Verwaltung zu halten. Eine Vermehrung der Vorzugsaktien soll nicht vorgenommen werden. Zur Sicherung gegen Ueberfremdung soll den bestehenden Vorzugsaktien statt des seitherigen zweifachen Stimmrechtes ein fünffaches Stimmrecht eingeräumt werden.

A.-G. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel, Berlin. Abschluß für 1921/22: Rohgewinn 172,65 (i. V. 21,30) Mill. Mark, Unkosten 55,88 (6,94) Mill. M., Steuern und Versicherungen 22,06 (6,94) Mill. M., Reingewinn einschl. Vortrag 95,68 (10,20) Mill. M. Daraus, wie bereits gemeldet, 75 (40) pCt. Dividende, 21,52 (0) Mill. M. an den Reservefonds und 7,58 (0,98) Mill. M. Vortrag auf neue Rechnung. Bilanz: Bankguthaben 49,67 (8,77) Mill. Mark, Guthaben bei Tochtergesellschaften 213,69 (50,80) Mill. M., Vorräte 12,13 (4,84) Mill. M., Debitoren 182,44 (20,97) Mill. M., Bankschulden 29,84 (2,87) Mill. M., Schulden bei Tochtergesellschaften 42,50 (5,94) Mill. M., Kreditoren 211,31 (28,66) Mill. M. Die erprobten Organisationen des Einkaufs und Verkaufs haben sich weiterhin bewährt. Die Großfabrikation von Gelatine und phosphorsaurem Futterkalk als Ersatz der im Auslande verloren gegangenen Industrie ist in vollem Gange. Die Entwicklung des laufenden Jahres ist gut.

Dynamit A.-G., vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg. Von der Verwaltung wird uns mitgeteilt, daß die noch ausstehenden Obligationen der Gesellschaft in allerkürzester Zeit gekündigt werden, daß aber die Gesellschaft sich bereit erklärt hat, den Inhabern von Obligationen, die ihre Obligationen bis zum 30. April d. J. einreichen, einen Kurs von 150 pCt. zu vergüten.

Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G. Eine a.-o. G.-V. soll Beschluß fassen über die Beschaffung neuer Mittel für die Organisation des Betriebes und des Verkaufs.

Mechanische Weberei zu Linden A.-G. in Hannover-Linden. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der am 22. März d. J. stattfindenden G.-V. die Verteilung einer Dividende von 50 pCt. (i. V. 20 pCt.) und einer Sonderausschüttung von ebenfalls 50 (30) pCt. vorzuschlagen. Der Vorsitzende berichtete, daß für das laufende Geschäftsjahr noch größere Aufträge vorlägen und das Ausland erfreulicherweise wieder in stärkerem Umfange als Käufer auftrete.

Neue Aktiengesellschaften. Unter der Firma Norddeutsche Industrie-A.-G., Hamburg, wurde eine Gesellschaft mit 3 Mill. M. Kapital gegründet. — Mit 7 Mill. M. Kapital wurde die Niederdeutsche Motoren- und Maschinenbau-A.-G., Hamburg, gegründet; desgleichen mit 5 Mill. M. die Elektrizitäts-Handels-A.-G., Hamburg. — Die Firma Gottfried Keil, Magdeburg, wurde mit einem Kapital von 15 Mill. M. in die Gottfried Keil A.-G. umgewandelt.

Neueröffnete Konkurse	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Termin	Anm.-Frist	Gläub.-Vers.	Prüf.-Termin
Tischlermstr. David Meyer	Wolthusen	Emden	9. 2.	24. 3.	7. 3.	5. 4.
„Fabage" Fabrikations- und Handels G. m. b. H., früher Lassek & Co. G. m. b. H.	Hamburg	Hamburg	12. 2.	14. 4.	14. 4.	9. 5.

Warenmärkte.

Berlin, 15. Februar. Lederbörse. (Bericht des Börsenvereins der Häute-, Leder- und Schuhinteressenten zu Berlin E. V.) Infolge der starken Schwankungen der Devisen in der letzten Zeit ist auf dem Häutemarkt eine Unsicherheit eingetreten, die sich zunächst in einer allgemeinen Zurückhaltung geltend macht. Auch im Lederhandel hat dadurch das Geschäft in den letzten Tagen etwas nachgelassen. In der Schuhfabrikation und im Schuhhandel haben sich dieselben Erscheinungen gezeigt. Die nächste Börsenversammlung findet am 22. Februar statt.

Mannheim, 15. Februar. Häute- und Fellauktion. Es erzielten Kuhhäute 5780, 6168, 6000, 5130 M., Rinderhäute 7546, 6106, 6050, 6030 M., Ochsenhäute 5800, 5660, 5760, 4825 M., Bullenhäute 7000, 6257, 5165 und 4775 M. pro Pfund je nach dem Gewicht von 30—49, von 50—59, von 60—79, von 80 und mehr Pfund. Kalbfelle wurden mit 11 000—12 760 M., Hammelfelle mit 4000 M. pro Pfund bezahlt. Diese Preise bewegen sich etwa 200 pCt. über jenen bei der vorausgegangenen Auktion in Karlsruhe. Der Verlauf war trotz starken Besuchs schleppend.

Leipzig, 15. Februar. Mitteldeutsche Häute-Auktion. Die Mitteldeutsche Häute-Auktion für sächsische Gefälle war gut besucht, tendierte aber matt. Von den zur Versteigerung gekommenen Großviehhäuten wurde ein Teil wegen zu niedriger Gebote zurückgezogen. Gegenüber den voraufgegangenen Auktionen erfuhren die Preise bis 50 pCt. Abschlag, dagegen war die Bewertung im Vergleich zur letzten sächsischen Auktion etwas höher. Es wurden erzielt im Durchschnitt: Ochsen 3000—4150, Rinder 3490—5210, Kühe 3000—4000.

Bremen, 15. Februar. Baumwolle. 4½ Uhr nachmittags: 13 509 nom. (Vortag: 16 296).

Alexandrien, 15. Februar. Aegyptische Baumwolle. (Telegramm der Firma Coury & Co., Nachf. von Schmid & Co., Alexandrien. Generalvertreter Emil Lenke-Bremen.) Schlußpreis Sakellaridis per März 32,80, per Mai 33,70. Oberägyptische Ashmouni per Februar 30,15, per April 29,90.

Hamburg, 15. Februar. Metalle. Silber prompt 385 000 B., 375 000 G., Februar 380 000 B., 375 000 G., März 395 000 B., 385 000 G., 375 000—385 000 bez., April 510 000 B., 490 000 G. — Zink prompt 3200 B., 3000 G., Februar 3200 B., 3000 G., März 3200 B., 3100 G., April 4000 B., 3600 G., 3800 bez. — Zinn prompt 17 500 B., 16 250 G., Februar 17 500 B., 16 250 G., März 17 750 B., 17 250 G., April 22 500 B., 21 000 G. — Banca prompt 17 500 B., 16 250 G., Februar 17 500 B., 16 250 G., März 17 750 B., 17 250 G., April 22 500 B., 21 000 G. — Blei: Lagerware 2750 B., 2450 G., Hütte 2750 B., 2450 G., Weichblei 2125 B., 2000 G. — Kupferkathoden 6450 B., 62,50 G., Raffinade 5750 B., 5700 G.

Lebensmittel

Leberwurst
Dose ca. 350 Gramm Inhalt
129500

Hausmacher-Leberwurst
Dose ca. 350 Gramm Inhalt
191900

Fleisch — Wild
Suppenfleisch Pfund 220000
Roast-Beef ohne Knochen Pfund 240000
Kaninchen gefroren Pfund 95000
Hirschfleisch Pfund von 220000 an

Wurstwaren
Breslauer Wurst Pfd. 333600
Polnische Wurst Pfd. 333600
Mortadella Pfd. 366800
Presskopf Pfd. 411200

Fische/Räucherwaren
Schollen ...... Pfund 65000
Dorsche ausgenommen Pfund 88500
Schellfische ...... Pfund 130000
Sprotten ...... Pfund 110500

Margarine
Pfd. 330000

Schweine-Schmalz amerikanisch
Pfd. 384000

Kaufhaus des Westens G. m. b. H.

Staats-Theater
Opernhaus. Freit. 4. Ab.-Vrst. 7½ Uhr Madame Butterfly.
Schauspielhaus. Freit. 47. Ab.-Vrst. Neu einstudiert: 7 Wilhelm Tell.
Deutsches Th. 6749—6550
7. Abonnem.-Vorst. 7½ Uhr
Penthesilea
Straub, Hartmann, Sonabd. 7½ Imp. evi. saltonen im Juni.
Kammerspiele 7½ Uhr
Improvisationen im Juni
Ge rge, Dieterle, Storler, Denera, Genetz, Schweikart. Sonbd. 8: Der Kreis.
Groß. Schauspielh. Karlstraße
Täglich 7½ Uhr
Die törichte Jungfrau.
Musik von Oscar Straus.
Sturm, Kammersang. Clewing, Thimig, Waßmann, v. Thellmann.
Theater i. d. Königgrätzer Straße
7½ Ausd Leben d Insekten
Steinrück, Schulz, Ander, Richard, Picha, v. Twardowski, Herrmann, Marz, Rehkopf.
Komödienhaus. 8 Kameraden
Berliner Theat. 7.15 Madame Pompadour
Wörner, Ralph, Alberts, Götzl, Haskel
Volksbühne. 7 Mein Leopold
Bernfeld, Hilpert, Leibrich, Leopold, Stade.
Wintergarten
Varieté-Spielplan! Rauchen gestattet

Lessing-Theat. 7½ Uhr
Käthe Dorsch in Liebelei. — Die Lore.
Sonnabd. 7. z. 1. Male Bürger Schippel
Granach, v. Lentin, Bahn, Rex, Herrmann. Sonntag 7½ Uhr Bürger Schippel.
Montag 7½ Uhr Liebelei — Die Lore
Deutsch. Künstler-Th. 7 Uhr, zum 1. Male Der Fürst von Pappenheim.
Schwankoper te von Arnold u. Bach. Musik v. Hugo Hirsch. Adalbert, Hesterberg, ... Sonnabd. bis Mont. 7½ Fürs v. Pappenheim
Kleines Theat. Täglich 8 Uhr
Die Unmoralischen.
Gerolaloeil, Olga Limburg, Falkenstein, Kaiser-Titz
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr
LISSI
die Kokotte
Personen unter 18 J. haben keinen Zutritt
Residenz-Th. Täglich 8¼ Uhr
Es lebe das Leben
Marietta Olli, Göttcher, Wasa, Klein, Keller Nebel
Komische Oper
7½ Dir. James Klein 7½ Die große Revue Europa spricht davon
Uebertrifft an Pracht selbst die Revuen in Paris und London.
„Der blaue Vogel"
Goltzstr. 9. T. Nollend. 613 Allabendlich 8 Uhr das dritte Programm
Central-Theat. 7½ Othello
Sonnabd. u. Sonnt. 7½ Die Macht der Finsternis.

Robert-Bühnen
Theater am Kurfürstendamm Täglich 7½ Uhr Else Eckersberg
Die Mary
Albers, Morgan, Pröckl, Nette.
Tribüne Täglich 7½ Uhr Paul Wegener
Der Gedanke
Maria Fein, Kurt Götz, Käthe Haack.
Deutsch. Opernhaus 7 U. Er-tauführung
D. Maskenball.
Gr. Volksoper im Theater d. Westens 6½ U.: Die Walkür.
Intimes Th.
8: Frau Adas G.m.b.H. Die G'schamige.
Lustspielhaus. Heute weg. Vorber. zur Premiere geschloss.
Metropol-Th.
New York-Berlin
St. 8: Die Bajadere
Thalia-Theater
7½ Ein Jahr ohne Liebe

Neues Operetten-Th. 7½ Der Neue Gilbert
Katja, die Tänzerin
m. Margit Suchy, Ilse Muth, Beckersachs, Paulsen, Tiedtke, Gross, Mameiok.
St 8: Die kleine Sünderin mit Harald Paulsen, Josefine Dora.
Neues Theat. a. Zoo. 7½ U.: Gilberts Operette
Dorine und d. Zufall
Renaissance-Theat. 7½ Die Juden. Gastsp. Eman. Reicher
Th. a. Nollendorfplatz 7½ Die Königin der Straße
St. 3½: Vetter aus Dingsda
Admirals-Varieté
7½ Februar-Programm unübertrefflich.

Russisches Romantisches Theater Apollo-Theat., Friedrichstr. 218 Regie: Boris Romanoff.
Russisches Ballett.
Das neue Programm. Nur noch wenige Tage in Berlin. Anfang 7½ Uhr. Tel. Kurfürst 695. Untergrundbahnstation Kochstraße.

Admiralspalast
Sonntag, 18. Februar, mittags 11½ Uhr:
Konzert der Kammermusik-Vereinigung der Kapelle der Staatsoper.
Solistin: Hertha Dehmlow
Programm: D-Dur Divertimento — Mozart. Quintett — Danzi. Aus dem Forellenquintett — Schubert.

Meistersaal. Heute, Freit. 7½ U.: Klavierabend — CARA VERSON
Brahms, Chopin, Prokofieff, Mac Dowell, Rachmaninoff, Godowsky, Albeniz, Ravel, Royen, Withorne.
Kt. 5:0-200 M. b. Bote & Bock, Werth., Abdk
K.-Dir. Herm. Wolff u. Julius Sachs

Ufa
Spielplan vom 16.—22. 2. 23
UFA-PALAST A. ZOO Ein Glas Wasser
TAUENTZIENPALAST Der Frauenkönig
U.T. KURFÜRSTEND Schlagende Wetter
MOZARTSAAL Nora
KAMMERLICHTSP. Der Rhein
U.T. NOLLENDORFPL. Stadt in Sicht
U.T. FRIEDRICHSTR. Unter Wilden und wilden Tieren
U.T. ALEXANDERPL. Dämon Zirkus.
U.T. WEINBERGSWEG Die Launen der Nelly Burks
U.T. SCHÖNEBERG Vom 16.—19. 2. 23: Rose Bernd Vom 20.—22. 2. 23: Stadt in Sicht
U.T. HASENHEIDE D. steinerne Reiter

Gerichtl. Bekanntmachung.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Sammi Fränkel in Berlin, Elbinger Str. 47, ist infolge Schlußverteilung nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Abteilung 83./7. 2. 23.

Handelsregister.

In das Handelsregister B des unterzeichneten Gerichts ist heute eingetragen: Nr. 28 712 **J. Fuchs Edelmetallverwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Ankauf und Verkauf von Edelmetallen jeder Art im Eigenhandel und Kommissionsgeschäft und die Vornahme von mit dem Edelmetallhandel zusammenhängenden Geschäften. Stammkapital: 60 000 M. Geschäftsführer: Kaufmann Jume Fuchs, Berlin, Dr. Ernst Seckelsohn, Wilmersdorf. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. September bzw. 28. September bzw. 14. Dezember 1922 abgeschlossen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 713 **Grundstücksgesellschaft Lankwitz, Kurfürstenstraße 39a mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb und die Nutznießung des in Berlin-Lankwitz, Kurfürstenstraße 39a belegenen Grundstücks. Stammkapital: 50 000 M. Geschäftsführer: Direktor Georg Ecker, Lichterfelde. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Oktober 1922 abgeschlossen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 714 **Grundstücksgesellschaft Pappelallee 5a mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb und die Nutznießung des in Berlin, Pappelallee 5a, belegenen Grundstücks. Stammkapital: 50 000 M. Geschäftsführer: Direktor Georg Ecker, Lichterfelde. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Oktober 1922 abgeschlossen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 715 **Groß-Rokum Gesellschaft für Import und Export von Textilwaren und Gebrauchsartikeln mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Ein- und Ausfuhrhandel mit Waren aller Art, insbesondere mit Konfektionswaren und Gebrauchsgegenständen. Stammkapital: 1 000 000 Mark. Geschäftsführer: Kaufleute Mozes Drielsma, Amsterdam, Bouke Jacobus Tatgenhorst, Amsterdam. Der Käte Sonnenfeldt ist Einzelprokura erteilt. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. November 1922 abgeschlossen. Jeder der Geschäftsführer Mozes Drielsma und Bouke Jacobus Tatgenhorst ist zur Alleinvertretung befugt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 716 **Olof Dahlin & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Bürobedarfsartikeln jeglicher Art im In- und Auslande sowie Beteiligung an verwandten Geschäften. Stammkapital: 250 000 M. Geschäftsführer: Ingenieur und Kaufmann Hans Moldt, Berlin-Friedrichshagen, Kaufmann Olof Dahlin, Stockholm. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. November 1922 bzw. 16. Januar 1923 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer, von denen jeder allein vertretungsberechtigt ist. ● Nr. 28 717 **Aspasia Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb von Handelsgeschäften jeglicher Art, insbesondere solchen der Ein- und Ausfuhr sowohl für eigene Rechnung als auch in Gestalt von Agentur- und Kommissionsgeschäften. Zulässig ist auch der Betrieb von Grundstücksvermittlungsgeschäften. Ausgeschlossen ist der eigene Erwerb von Grundstücken. Stammkapital: 500 000 Mark. Geschäftsführer: Kaufmann Wilhelm Stritzel zu Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1922/15. Januar 1923 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch jeden Geschäftsführer selbständig. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 718 **Paul Eggert & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Die Verarbeitung von Holz im Großbetriebe und die Verwertung von Holzverarbeitungsprodukten, insbesondere auch unter Fortführung des bisher von dem Gesellschafter Eggert betriebenen Unternehmens sowie die damit zusammenhängenden Geschäfte. Stammkapital: 5 000 000 M. Geschäftsführer: Dr. jur. Georg Schoenfeldt, Steglitz. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Januar 1923 abgeschlossen. Sind gleich mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht vom Gesellschafter Eggert das von ihm bisher unter seinem Namen in Berlin, Koloniestraße 39, betriebene Holzverarbeitungsunternehmen mit allen dazugehörigen Sachen, Rechten und Werten, jedoch ohne Passiven. Der Wert dieser Sacheinlage wird auf 4 900 000 M. festgesetzt. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 28 719 **W. Ferd. Klingelnberg Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Remscheid, Zweigniederlassung Berlin, Ost-Abteilung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Handel mit Werkzeugen jeder Art namentlich Maschinenwerkzeugen, sowie mit Maschinen jeder Art, namentlich Werkzeugmaschinen, insbesondere die Fortführung der von Gustav Adolf und Walter Friedrich Klingelnberg, bisher zu Chemnitz in Sachsen, Hagen in Westfalen, Mannheim in Baden als Zweigniederlassungen der offenen Handelsgesellschaft W. Ferd. Klingelnberg Söhne zu Remscheid betriebenen Geschäfte. Die Gesellschaft ist befugt gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Stammkapital: 2 500 000 M. Geschäftsführer: Fabrikbesitzer Gustav Adolf Klingelnberg in Remscheid, Fabrikbesitzer Walter Friedrich Klingelnberg in Remscheid. Den Kaufleuten Fritz Schürmann in Berlin-Wilmersdorf und Ernst Mentzel in Berlin-Schöneberg ist Einzelprokura erteilt, aber nur für die Zweigniederlassung Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Mai 1921 abgeschlossen. Jeder Geschäftsführer kann die Gesellschaft allein vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Gustav Adolf Klingelnberg und Walter Friedrich Klingelnberg 1. das von ihnen bisher zu Chemnitz als offene Handelsgesellschaft unter der Firma „W. Ferd. Klingelnberg Söhne Zweigniederlassung Chemnitz" betriebene Geschäft mit der Firma sowie mit allen Aktiven und Passiven nach dem Stande und gemäß der Bilanz vom 31. Dezember 1920. 2. Das von ihnen bisher zu Hagen in Westfalen als offene Handelsgesellschaft unter der Firma „W. Ferd. Klingelnberg Söhne Zweigniederlassung Hagen i. W." betriebene Geschäft mit der Firma sowie mit allen Aktiven und Passiven nach dem Stande und gemäß der Bilanz vom 31. Dezember 1920. 3. Das von ihnen bisher zu Mannheim als offene Handelsgesellschaft unter der Firma W. Ferd. Klingelnberg Söhne Zweigniederlassung Mannheim" betriebene Geschäft mit der Firma sowie mit allen Aktiven und Passiven nach dem Stande und gemäß der Bilanz vom 31. Dezember 1920. 4. Das bisher der offenen Handelsgesellschaft W. Ferd. Klingelnberg Söhne zu Remscheid gehörige Warenlager. 5. Das bisher der offenen Handelsgesellschaft W. Ferd. Klingelnberg Söhne zu Remscheid gehörige, an der Falkenberger Straße zu Remscheid gelegene unbebaute Grundvermögen. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf insgesamt 2 400 000 M. festgesetzt und wird in Höhe von je 1 200 000 M. auf die Stammeinlagen der beiden Gesellschafter angerechnet. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Bei Nr. 5309 **Berlin-Hamburgische Verwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Geheimer Regierungsrat Arnold Pritsch ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Albert Mauthey in Berlin ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 5194 **Bornholmer Str. 5 Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Franz Friedrich Emil Hoffmann ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Carl Linck in Berlin-Neukölln ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 6349 **Grundstücksgesellschaft Kamerunerstraße 7 mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Feodor Lehmann ist nicht mehr Geschäftsführer. Frau Frieda Weißbraun in Stanislau (Polen) ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 6810 **Hausverwertungsgesellschaft Kopernikusstraße 2 mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Josef Klingenstein ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Fritz Brandenburger in Berlin-Steglitz ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 8312 **Amor Grunderwerbsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Frau Anna Schulze, geb. Köhler, ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Wilhelm Sliwinski in Berlin-Halensee ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 13 334 **Hausverwertungsgesellschaft Berlin-Schöneberg Barbarossastraße 21 Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Direktor Max Meyer ist nicht mehr Geschäftsführer. Stadtrat a. D. Wilhelm Jacobs in Berlin-Schöneberg ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 13 456 **Berliner Weinstuben Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Firma ist gelöscht. ● Bei Nr. 13 786 **Deutsche Vermögens-Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Gesellschafterbeschluß vom 20. Januar 1923 ist das Stammkapital um 4 900 000 M. auf 5 000 000 Mark erhöht. ● Bei Nr. 15 783 **Hanke & Kaeber Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Gesellschafterbeschluß vom 20. Dezember 1922 ist das Stammkapital um 1 480 000 M. auf 1 500 000 Mark erhöht. ● Bei Nr. 19 380 **Buch- und Papierhandlung Robina Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 20. Dezember 1922 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Vertretungsbefugnis abgeändert. Auch bei Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer ist jeder Geschäftsführer für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Hermann Lifschütz und Miron Lipowsky sind nicht mehr Geschäftsführer. ● Bei Nr. 21 186 **Kahn & Kahn Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Das Stammkapital ist um 800 000 M. auf 1 000 000 Mark erhöht. Durch Beschluß vom 21. September ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich des Stammkapitals (§ 3) und des Geschäftsjahres (§ 11) abgeändert. ● Bei Nr. 24 129 **Berliner Anschaffungsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dem Dr. rer. pol. Wilhelm Katsch in Berlin-Steglitz und dem Ernst Sommermeier in Berlin-Karlshorst ist Gesamtprokura erteilt. ● Bei Nr. 24 338 **Chemische Fabrik Trotha Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 18. Dezember 1922 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Vertretungsbefugnis und des Geschäftsjahres abgeändert. Die Geschäftsführer Marwitz und Kulenkampff sind von der Beschränkung des § 181 BGB. befreit. ● Bei Nr. 27 846 **Danziger & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Siegfried Bäcker ist nicht mehr Geschäftsführer.

Berlin, den 10. Februar 1923.
Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 152.